



14. Jahrestagung der Gesellschaft für Hochschulforschung 2019

TRANSFORMATION DER GESELLSCHAFT TRANSFORMATION DER WISSENSCHAFT

Wissensproduktion und Wissenschaftskommunikation in
einer sich verändernden Arbeits- und Lebenswelt

Book of Abstracts

21./22.3.2019

Otto-von-Guericke-Universität Magdeburg
Fakultät für Humanwissenschaften

Die Jahrestagung beschäftigt sich mit den Wechselwirkungen zwischen gesellschaftlichen Transformationsprozessen und den Entwicklungslinien des Wissenschaftssystems: So ist die Digitalisierung ebenso Ergebnis von, wie Motor für technologische und soziale Innovationen. Die GfHf-Tagung in Magdeburg will den Stand der Diskussion zum Verhältnis zwischen Wissenschaft und Gesellschaft beleuchten. Diese beschäftigt sich mit der Frage, wie das Wissenschaftssystem mit veränderlichen gesellschaftlichen Bedingungen für die Wissensproduktion und mit neuen Anforderungen an die eigenen Praktiken umgehen kann.

Willkommen zur 14. Jahrestagung der Gesellschaft für Hochschulforschung

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen,

wir freuen uns, Sie zur 14. Jahrestagung der GfHf im Namen der Otto-von-Guericke-Universität in Magdeburg begrüßen zu können.

Die Tagung steht unter dem Motto „Transformation der Gesellschaft – Transformation der Wissenschaft“. Adressiert werden damit Herausforderungen, die sich für die Wissenschaftssystementwicklung aus aktuellen gesellschaftlichen Entwicklungsprozessen ergeben. Entsprechend wirkmächtige „Megatrends“ sind bspw. in der Digitalisierung zu sehen. Diese ist zugleich Produkt wissenschaftlicher Wissensarbeit, wie auch Motor gesellschaftlicher Entwicklung und der Entwicklung neuer Modi wissenschaftlicher Kommunikation und Kooperation. Zugleich können Veränderungen in der Kommunikation über wissenschaftliches Wissen (und dessen insgesamt leichtere Zugänglichkeit, Verfügbarkeit und Überprüfbarkeit) als Quelle für Akzeptanzverluste der strengen Regeln für die Produktion dieses Wissens vermutet werden. Unmittelbar sichtbar wird dies in politischen Diskursen, in denen eine sinkende gesellschaftliche Komplexitätstoleranz für die Delegation wissenschaftlicher Diskurse und Forschungsergebnisse ausgenutzt wird. Auch wenn das eine oder andere Zukunftsszenario im Zusammenhang mit den beschriebenen Entwicklungen bedrohlich zu sein scheint, versteht sich die Tagung zugleich aber auch als Gelegenheit, die Chancen zu beleuchten, die neuen Technologien und sozialen Praktiken für die Wissensproduktion und die zukünftige Entwicklung der Wissensgesellschaft innewohnen. Wir freuen uns daher umso mehr über die Vielzahl eingereichter Beiträge, die ein breites Spektrum von Aspekten der relevanten Zukunftsperspektiven ansprechen und sich dabei auf alle Leistungsbereiche von Wissenschaft in Forschung, Lehre, Wissenstransfer und -kommunikation sowie Wissenschaftsmanagement beziehen. Wir hoffen, mit unserer Auswahl ein interessantes Programm zu bieten und relevante Diskurse anzustoßen. Wir greifen mit der Tagung zudem die vor einiger Zeit begründete „Tradition“ eines englischsprachigen Tracks in der insgesamt deutschsprachigen Tagung auf. Dieser baut eine Brücke zur Hochschulforschung in Europa.

Wir hoffen, dass Sie sich in Magdeburg wohl fühlen und eine anregende Tagung erleben. Seien Sie herzlich willkommen.

Mit freundlichen Grüßen

Philipp Pohlenz
für das Organisationsteam

Kurze Programmübersicht

Donnerstag, 21.03.2019

| | |
|-------------------|--|
| 08:30-09:00 Uhr | Registrierung und Willkommenskaffee (Hörsaal 6) |
| 09:00-10:00 Uhr | Begrüßung: Prof. Dr. Philipp Pohlenz Keynote: Prof. Dr. Sabine Maasen (Hörsaal 6) |
| 10:00-10:15 Uhr | Kaffeepause (Hörsaal 6) |
| 10:15-11:15 Uhr | 1. Teil Präsentationen |
| 11:15-11:30 Uhr | Kaffeepause (3. Etage) |
| 11:30-12:30 Uhr | 2. Teil Präsentationen |
| 12:30-13:30 Uhr | Mittagspause (3. Etage) |
| 13:30-14:30 Uhr | 3. Teil Präsentationen |
| 14:30-15:00 Uhr | Kaffeepause (3. Etage) |
| 15:00-16:30 Uhr | 4. Teil Präsentationen |
| (16:00)-17:00 Uhr | Postersession mit Kaffeepause (Foyer Hörsaal 6) |
| 17:00-18:30 Uhr | GfHf – Mitgliederversammlung (Hörsaal 6) VDI – Forum (G40B – 025) |
| 18:45-19:00 Uhr | Transfer zur Abendveranstaltung |
| ab 19:00 Uhr | Abendveranstaltung (Festung Mark) |

Freitag, 22.03.2019

| | |
|-----------------|-------------------------------------|
| 09:00-10:15 Uhr | Podiumsdiskussion (Hörsaal 6) |
| 10:15-10:30 Uhr | Kaffeepause (Hörsaal 6) |
| 10:30-11:30 Uhr | 5. Teil Präsentationen |
| 11:30-11:45 Uhr | Kaffeepause (3. Etage) |
| 11:45-12:45 Uhr | 6. Teil Präsentationen |
| 12:45-13:00 Uhr | Verabschiedung/Farewell (Hörsaal 6) |

Forschung (Track I)

Donnerstag, 21.03.2019

10:15 - 11:15 Uhr / Raum G40B-238

Bibliometric Review – Eine Antwort auf die zunehmende Wissensproduktion?

Isabel Steinhardt (Universität Kassel)

Das Wissenschaftssystem sieht sich einer steigenden Anzahl an Publikationen gegenüber. So wächst die Anzahl der Publikationen in Deutschland seit den 90er Jahren jährlich um 2,1% (Schmoch et al. 2016: 17). Aufgrund dieses Wachstums an Literatur stellen sich die Fragen, wie können wissenschaftlichen Publikationen angemessen gesichtet, gelesen und für die eigene Forschung nutzbar gemacht werden? Wie können Forschungsfelder sinnvoll erschlossen und eine gemeinsame Wissensbasis ermittelt werden? Auf welcher Forschung sollte die eigene Forschung aufbauen und welche Artikel sollten zitiert werden? Diese Fragen beschäftigt nicht nur Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler, sondern sind ebenso zu einem gesellschaftlichen Thema geworden. Denn die „Angriffe auf die Wissenschaft“ (Mau und Villa 2018) lassen sich nur eindämmen, wenn die theoretischen und methodischen Wissensbestände (Weingart and Winterhager 1984; Cobo et al. 2011) eines Forschungsfeldes klar benennbar sind und damit der Gesellschaft angemessen kommuniziert werden können. Eine methodische Lösung für die Erschließung der Publikationsmengen scheint in dem Verfahren des Bibliometric Review gesehen zu werden. Ziel ist es eine standardisierte und nachprüfbare Methode zu entwickeln, um Probleme der narrativen Analyse wie unvollständige Literaturrecherche oder Gewichtung nach subjektiven Kriterien (Wagner und Weiß 2014) zu vermeiden. So steigt seit 2016 die Nutzung dieses Verfahrens exponentiell an, wie unsere Analyse anhand einer Titelsuche bei google-scholar gezeigt hat. Um zu verstehen, was hinter diesem neuen Verfahren steht, wurde ein Systematic Review (Petticrew und Roberts 2006) aller gefundener Artikel durchgeführt. Dabei zeigt sich, dass unter Bibliometric Review die Erschließung von neuen Forschungsfeldern, also eine Weiterentwicklung des Mappingverfahrens (Morris and van der Veer Martens 2008) von etablierten Forschungsfeldern, verstanden werden kann.

Zur Anwendung kommen dabei sowohl deskriptive Verfahren wie Auszählung der Autoren, Länder oder Affiliationen, als auch bibliometrische Verfahren wie z.B. Co-Zitationsanalyse, Bibliometrischer Kopplung oder Textmining. Als Datenbasis des Bibliometric Reviews werden entweder Artikel einschlägiger Zeitschriften analysiert, oder Artikel mittels Datenbanken wie Web of Science oder Scopus anhand spezifischer Schlagworte ausgewählt. Für die bibliometrische Analyse werden Programme wie z.B. VosViewer verwendet, die mittels Algorithmen die Berechnungen durchführen. Das heißt, ein tatsächliches Durchlesen der Artikel, die als Grundlage für ein Forschungsfeld ausgemacht wurden, findet kaum mehr statt. Das Systematic Review zeigt zudem, dass der Reflexion der Methodik wenig Raum gegeben wird. Das heißt es wird nicht thematisiert, was die methodischen Implikationen sind, die durch die algorithmische Berechnung entstehen. Auch wird nicht diskutiert, warum welcher Autor beispielsweise in einem Forschungsfeld besonders häufig zitiert wurde – liegt es wirklich am herausragenden Artikel oder an Zitierkartellen oder ist der Artikel gar als Negativbeispiel herangezogen worden? Um diese Fragen zu diskutieren werden in dem vorgeschlagenen Beitrag zunächst die Ergebnisse der durchgeführten Metaanalyse vorgestellt und das Verfahren des

Bibliometric Review dargestellt, um dann die Möglichkeiten und Herausforderungen zu erläutern des Verfahrens zu erläutern. Der Beitrag wird dabei in den gesellschaftlichen Kontext des Vertrauensverlustes in die Wissenschaft gestellt und diskutiert, wie Methoden zum Vertrauensverlust- aber auch zur Vertrauensbildung beitragen können

Erschließen, Gestalten, Zuständig werden: Zum Zusammenhang zwischen Akademisierung von Ausbildung und der Konstruktion von Betätigung

Annemarie Matthies, Christoph Schubert (Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg)

Im Zentrum der sowohl öffentlich als auch bildungspolitisch geführten Debatten um eine „Überakademisierung“ stehen die Effekte, welche die stetig wachsende Anzahl von Hochschulabsolventen auf der Makroebene – insbesondere auf der des Beschäftigungssystems – habe. Die Expansion akademischer Bildung jedoch drückt sich nicht allein in der Zunahme des Anteils akademisch Ausgebildeter aus. Dieser Entwicklung historisch wie logisch vorgelagert sind Modifikationen auf der Mesoebene der Institutionalisierung von Ausbildung an Hochschulen: Für die Erschließung und konkrete Ausgestaltung beruflicher Handlungsfelder hat diese weitreichende Folgen.

Unser Beitrag sucht zwei zentrale Aspekte des Zusammenhangs zwischen akademischer Ausbildung und ihr entsprechender Betätigung aufzuklären. Anhand von Fallstudien ausgewählter anwendungsbezogener Studiengänge – vorgestellt werden Wirtschaftsinformatik und Lerntherapie – beschreiben wir die Logiken der Akademisierung mit Blick darauf, dass (1.) die Ausbildungen im tertiären Bildungsbereich gerichtet sind auf gesellschaftliche Handlungsfelder, denen eine (disziplinär je spezifische) akademische Betätigung als notwendig bzw. dem Handlungsfeld als adäquat zugeschrieben wird und (2.) eben dadurch Handlungsfelder als solche praktisch erschlossen werden. Ein Mechanismus der Erschließung bestehender Handlungsfelder liegt, so unsere These, in deren Neudefinition; auf dieser Grundlage wird ihnen eine als notwendig bestimmte, akademisch geprägte ‚Bearbeitung‘ zugewiesen, was gleichbedeutend ist mit einer Zuständigkeitserklärung der Hochschulen für diese Felder.

Anhand der Fallstudienbereiche wird analytisch nachvollzogen, welche konkreten wechselseitigen Bezugnahmen zwischen einerseits der Erschließung gesellschaftlicher Handlungsfelder und andererseits der Konstruktion von Betätigung in den entsprechenden Feldern bestehen. Die empirischen Untersuchungen der Fächer Wirtschaftsinformatik und Lerntherapie rekonstruieren anhand von Interviews mit Fachbegründer*innen und Hochschuldozent*innen sowie mittels Studienganganalysen (Curricula und anderer inhaltlich-formaler Festlegungen zu den Studiengängen) handlungsrelevante kognitive und normative Erwartungen. Die empirischen Analysen in den genannten Fallstudienbereichen offenbaren dabei einerseits fachlich spezifische Logiken der Akademisierungsprozesse; andererseits zeigen sich Gemeinsamkeiten. Im Vortrag sollen erste Befunde vorgestellt werden, die sich auf folgende Gesichtspunkte beziehen: die Erzeugung wissenschaftlich relevanter Gegenstände, aus welchen dann akademisch zu bewältigende Handlungsprobleme resultieren. Argumentiert wird, dass die Einrichtung eines anwendungsbezogenen Studienfachs, die darauf beruht, dass spezifische Handlungsprobleme für berufliche Felder konstruiert oder bereits bestehende Handlungsprobleme neu definiert werden, mit dem Anspruch auf praktisches Tätigwerden verbunden ist. Anhand der Fallstudienbereiche wird dieses Argument erläutert

Donnerstag, 21.03.2019

11:30 - 12:30 Uhr / Raum G40B-238

Wie Forscher/innen Erwartungen gesellschaftlicher Relevanz begegnen – das Beispiel Experimentalphysik

Melike Janßen, Uwe Schimank (Universität Bremen)

Der Beitrag untersucht, wie sich Drittmittelabhängigkeiten auf die Autonomie von ForscherInnen in ressourcenintensiven Wissenschaftsgebieten auswirken und wirft die Frage auf, wie diese – insbesondere vor dem Hintergrund dieser Abhängigkeiten – mit den an sie gestellten Erwartungen umgehen, gesellschaftlich relevantes Wissen zu produzieren. Hierfür werden zwei Teildisziplinen der Experimentalphysik miteinander verglichen, die einen unterschiedlichen Zugriff auf Drittmitteln haben und ein Spektrum von Grundlagenforschung und Anwendungsorientierung abbilden. Dabei lassen sich unterschiedliche Strategien aufzeigen, die Wissenschaftler/innen entwickeln, um weiterhin die aus ihrer Sicht relevanten Themen zu bearbeiten und diese gleichzeitig mit Relevanzforderungen der Umwelt – vermittelt über die Kriterien und Vorgaben der Mittelgeber – in Einklang zu bringen.

Chancen und Risiken einer digitalen Transformation der Hochschulen aus Sicht von Professorinnen und Professoren

Yvette Hofmann (Bayerisches Staatsinstitut für Hochschulforschung und Hochschulplanung)

Das deutsche Hochschulsystem ist seit Jahren geprägt durch Reformen und Umstrukturierungen. Darüber hinaus führt die zunehmende Digitalisierung und Globalisierung der Hochschullandschaft nicht nur zu einer vermehrten Mobilität von Studierenden und wissenschaftlichem Nachwuchs, sondern es ändern sich dadurch auch althergebrachte, traditionelle Lehr-, Lern- und Arbeitsformen. Dennoch liegen bisher kaum empirische Kenntnisse darüber vor, wie Professorinnen und Professoren die digitale Transformation der Hochschulen beurteilen und welche Auswirkungen diese bereits jetzt auf deren Arbeitsalltag hat. Der Beitrag schließt diese Lücke, indem auf Basis der Aussagen von bisher knapp 1.500 Professorinnen und Professoren aufgezeigt wird, inwiefern sich die digitale Transformation bereits jetzt in ihrer Lehre, Forschung und (Selbst-)Verwaltung niederschlägt, welche Rahmenbedingungen aus ihrer Sicht erforderlich wären, um die Potentiale einer Digitalisierung der Lehre ausschöpfen zu können und inwiefern sie dabei Unterstützung seitens ihrer Hochschulleitung respektive Hochverwaltung erfahren.

Donnerstag, 21.03.2019

13:30 - 14:30 Uhr / Raum G40B-238

Das Konzept der Transdisziplinarität als Antwort auf das Verhältnis von Wissenschaft und Gesellschaft

Maria Kondratjuk (Otto-von-Guericke-Universität Magdeburg)

Im Beitrag soll der Frage nachgegangen werden, wie das Konzept der Transdisziplinarität eine Antwort auf das Verhältnis von Wissenschaft und Gesellschaft darstellen kann. Dafür soll sich zunächst dem Konzept der Transdisziplinarität als Forschungs- und Wissenschaftsprinzip aus wissenschaftstheoretischer Perspektive genähert werden, um dann unterschiedliche Positionen und Zugänge von Transdisziplinarität, die mitunter in elaborierte Forschungsprogramme münden, aufzuzeigen. Schließlich wird aus dieser Auseinandersetzung versucht, eine Antwort auf das Verhältnis von Wissenschaft und Gesellschaft herauszuarbeiten.

Mehr als Fassadenmanagement?! Diversity Policies an deutschen Universitäten zwischen Anspruch und Realität

Marlene Langholz-Kaiser (Europa-Universität Flensburg)

Eine wachsende Anzahl von Hochschulen hat in den letzten Jahren damit begonnen strategische Diversity-Konzepte zu implementieren, die unterschiedliche Maßnahmen zur Herstellung von Bildungsgerechtigkeit unter einem Dach bündeln. Was diese Ansätze eint, ist das Ziel, die Wahrnehmung von Vielfalt innerhalb der Organisation positiv zu verändern. Ihre institutionelle Verankerung, Ausrichtung und Schwerpunktsetzung variiert jedoch stark und hängt von einer Reihe von Faktoren ab, die in dieser Arbeit näher untersucht werden sollen. Ausgehend von der Annahme, dass die Einführung von Diversity Policies primär als Reaktion auf Umwelterwartungen in einem zunehmend von Wettbewerb geprägten organisationalen Feld erfolgt, stellt sich die Frage inwiefern die Organisation verbindliche und messbare Politiken, Maßnahmen und Instrumente entwickelt und wie konsequent diese umgesetzt werden. Von besonderem Interesse sind dabei unterschiedlichen Annahmen darüber, was Diversitätsstrategien ausmacht und wie diese mit der traditionellen Gleichstellungsarbeit, insbesondere dem Gender Mainstreaming, in Beziehung stehen.

Als theoretischer Bezugsrahmen dient der soziologische Neoinstitutionalismus, der die Entstehung und Gestaltung von Organisationen insbesondere durch ihr Streben nach Legitimität und ihrer Ausrichtung an den Erwartungen der organisationalen Umwelt erklärt. Staatliche und nichtstaatliche Organisationen üben normativen Druck aus und fördern so mimetische Prozesse der Strukturangleichung im organisationalen Feld der Hochschulen. Die Übernahme von rationalisierten Strukturelementen erfolgt jedoch unter der Bedingung einer losen Kopplung zwischen Formal- und Aktivitätsstruktur, wodurch es zu einer Diskrepanz zwischen ‚talk‘ und ‚action‘ kommt. Gleichzeitig wird vermutet, dass die Implementierung von diversitätsorientierten Strukturen nicht wirkungslos bleibt, da die Übernahme formaler Strukturen zum Aufbau eines Rationalitätsmythos führt, auf den Kommunikationen und Handlungen sich beziehen können und der häufig nicht-intendierte Effekte

nach sich zieht.

Für die detaillierte Analyse und Gegenüberstellung von organisationaler Formalstruktur und Praxis werden an drei Universitäten qualitative Fallstudien durchgeführt. Als Erhebungsverfahren dienen Experteninterviews mit unterschiedlichen am Implementierungsprozess beteiligten Akteur*innen und (Hochschulleitungen bzw. Vize-Präsident*innen für Diversity, Gleichstellungsbeauftragte, Dekane und Dekaninnen etc.) sowie Dokumentenanalysen (Leitbilder, Strategiepapiere, Zielvereinbarungen).

Donnerstag, 21.03.2019

15:00 - 16:30 Uhr / Raum G40B-238

Imaginary Friends

Silvio Suckow (Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung)

In Forschungseinrichtungen auf der ganzen Welt wird interdisziplinäre Digitalisierungsforschung (Harvard, Oxford, Berlin) betrieben, um wissenschaftliche Erkenntnisse für die digitale Zukunft zu generieren. Die Hoffnungen der Politik sind hoch, dass durch Digitalisierung und Sektorkopplung (z.B. Energie- und Verkehrssektor - Smart Grids) Lösungen aktueller "grand challenges" (z.B. Klimawandel) umsetzbar werden.

Wie gehen Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler mit diesen Anforderungen um, wenn sie wettbewerblich Forschungsmittel beantragen? Basierend auf Experteninterviews mit Principal Investigators (PIs) eines neu gegründeten interdisziplinären Instituts für die vernetzte Gesellschaft in Berlin (Weizenbaum-Institut, das "Deutsche Internet-Institut") zeigt dieses Papier, wie Forschende den zweijährigen Prozess der Etablierung einer interdisziplinären Forschungsagenda zur Digitalisierung beschreiben. Diese Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler mussten politische Erwartungen integrieren, den Anforderungen der wissenschaftlichen Auswahlkommission gerecht werden und die verschiedenen Disziplinen zu sinnvollen wissenschaftlichen Teams zusammenfügen, um den Zuschlag des BMBF zu erhalten.

In diesem Vortrag wird die These vertreten, den analytischen Ansatz von Imaginaries (Jasanoff / Kim 2015) zu verwenden. Dabei werden Interdisziplinarität als Imaginary der Wissenschaftspolitik ("besonders innovative wissenschaftliche Arbeits- und Organisationsweise") und Digitalisierung als Imaginary der Politik / Wirtschaft (Industrie 4.0, Digitaler Mittelstand) betrachtet. Es wird die These vertreten, dass es den Forschenden gelungen ist, diese beiden Imaginaries miteinander glaubhaft zu verbinden und durch gegenseitige Bezugnahme Unsicherheiten in den Planungen für und der Ausrichtung des zukünftigen Instituts zu überdecken.

Die an der Erstellung des Förderantrags beteiligten Forschenden nutzten das eine Imaginary, um überzeugend zu veranschaulichen, wie sie das andere Imaginary umsetzen werden. Kurz: Durch interdisziplinäres Arbeiten soll neues Wissen zur Digitalisierung generiert werden und durch digitale Tools das interdisziplinäre Arbeiten umgesetzt werden. Dies kann in der Argumentation der PIs als eine gegenseitige Absicherungsstrategie bezeichnet werden und es wird vorgeschlagen, dies als "Imaginary Friends" zu bezeichnen. Die "Imaginary Friends" unterstützen sich gegenseitig in Bereichen großer Ungewissheit. Sie werden von den PIs genutzt, um den Zusammenhalt für die interdisziplinäre Gruppe der antragstellenden Forschenden zu schaffen und die Vorgehensweise

nach außen zu legitimieren. Die Ergebnisse zeigen, wie der wiederholte Querverweis der beiden Imaginaries Konflikte lindern und Überzeugungskraft stärken kann.

Abschließend ist derzeit von Interesse wie die Imaginary Friends nach der Antragsphase in der tatsächlichen Arbeit des Weizenbaum Instituts repräsentiert sind. Erste Ergebnisse, ob ein Fortbestehen, eine Reformulierung oder eine Zerfaserung der Imaginary Friends im Prozess des gemeinsamen wissenschaftlichen Arbeitens - gerade unter den Docs und Post-Docs - stattfindet, sollen präsentiert werden.

Medialisierungstendenzen im Wissenschaftssystem - Einflüsse der Medienorientierung auf die Binnenstruktur der Hochschule

Helena Berg (Johannes Gutenberg-Universität Mainz)

„Was wir über unsere Gesellschaft, ja über die Welt, in der wir leben, wissen, wissen wir durch die Massenmedien“ (Luhmann 2004: 9), schreibt Niklas Luhmann und weist damit auf die zentrale Bedeutung medialer Kommunikation in unserer heutigen (Medien-)Gesellschaft hin. Der hohe Stellenwert der Medien bleibt jedoch - so die Annahme - nicht ohne Rückwirkungen auf die Gesellschaft selbst: Diese verändert sich aufgrund der Massenmedien, sie wird von ihnen geformt und geprägt. Das hier angesprochene Phänomen wird in der Forschungsliteratur unter dem Begriff der „Medialisierung“ konzeptualisiert. Medialisierung soll dabei Prozesse sozialen Wandels in der Gesellschaft beschreiben, die mit dem Bedeutungszuwachs der Massenmedien und dem Aufkommen neuer Medien- und Kommunikationsformen im ausgehenden 20. Jahrhundert eingesetzt haben (vgl. Schulz 2011: 31). Konkret bezeichnet das Konzept der Medialisierung eine zunehmende Durchdringung und Prägung einzelner Gesellschaftsbereiche durch die Massenmedien und beruht auf der Annahme, dass sich einzelne gesellschaftliche Bereiche, wie beispielsweise die Wissenschaft, die Politik oder der Sport die Funktionslogik der Medien zu eigen machen (vgl. Marcinkowski/Steiner 2010: 51; Meyen 2009). Mögliche Reaktionen auf den Bedeutungszuwachs der Massenmedien werden dabei auf verschiedenen gesellschaftlichen Ebenen diskutiert, sodass Medialisierung nicht nur ein makrostrukturelles Phänomen darstellt, sondern auch auf der Mesoebene von Organisationen sowie auf der Mikroebene gesellschaftlicher Akteure beobachtbar ist (vgl. Donges 2008, Meyen 2009).

Mit Blick auf den Wissenschaftssektor haben die in den 1990er-Jahren einsetzende wettbewerbliche Entwicklung sowie die im Zuge der Hochschulreform veränderte Konstellation von Politik bzw. Staat im Sinne des New Public Management immer mehr Transparenz und Rechenschaftslegung von Hochschulen und Wissenschaftseinrichtungen gefordert. Hochschulen stehen mit ihren sämtlichen Leistungsbereichen in Forschung, Studium und Lehre sowie Wissenschaftsmanagement seitdem verstärkt im Mittelpunkt des öffentlichen Interesses und mithin der medialen Beobachtung. Wie u.a. die gegenwärtig öffentliche Diskussion in Bezug auf den Stellenwert von Wissenschaftskommunikation belegt, kann sich inzwischen keine Hochschule mehr einen „Rückzug in den Elfenbeinturm“ erlauben. Für die Behauptung, Positionierung und Differenzierung im Wettbewerb gewinnen die Außenwirkung und Sichtbarkeit und mithin das medial vermittelte Bild an steter Relevanz (vgl. u.a. Endrweit 2011: 28). In diesem Kontext wird vielfach befürchtet, dass die Eigenlogik der Wissenschaft - die Orientierung an langfristigem Wissen und der Suche nach Wahrheit - überformt wird von einer Ausrichtung an der medialen Logik und Arbeitsweise, die stärker kurzfristige, Aufmerksamkeit erregende Ereignisse und Unterhaltung in den Blick nimmt (vgl. Weingart 2001).

Im Rahmen des Vortrags soll basierend auf den Ergebnissen leitfadengestützter Expert*innen-

Interviews mit Hochschulleitungen und Kommunikationsverantwortlichen an rheinland-pfälzischen Hochschulen gezeigt werden, ob sich Hochschulen als Kerninstitution der Wissenschaft medialisiert haben und wenn ja, wie sie konkret auf den Bedeutungszuwachs der Massenmedien reagieren. In den Gesprächen wurden insbesondere folgende Aspekte thematisiert:

- Wahrgenommener Bedeutungswandel und Stellenwert von Massenmedien für Hochschulen,
- Reaktionen auf den Bedeutungszuwachs von Massenmedien mit Blick auf Veränderungen von Organisationsstrukturen, Kommunikationsaktivitäten und den Umgang mit Medienvertreter*innen,
- Einstellungen zum Bedeutungswandel von Massenmedien.

Der Vortrag erörtert darüber hinaus die Rückwirkungen des Einflusses der Medienöffentlichkeit auf das Wissenschaftssystem und thematisiert die damit verbundenen Chancen und Risiken sowohl auf organisationaler Ebene (Mesoebene) als auch auf individueller Ebene der Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler (Mikroebene).

Die Datafizierung der Wissensproduktion und ihre sozialen Implikationen

Martina Franzen (Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung)

Mit der zunehmenden Digitalisierung der Gesellschaft steigt nicht nur die Menge an digital verfügbaren Daten über die Welt. Vielmehr wirkt die Existenz von Big Data auch auf Gestaltungsprozesse in zahlreichen Kontexten zurück, wenn es beispielsweise in der Wissenschaft darum geht, neue computergestützte Methoden in Anschlag zu bringen, um die schiere Menge an Daten zu bewältigen. Auch wenn die Annahme, mehr Daten führen (automatisch) zu mehr Erkenntnissen kaum haltbar ist, steigt der interne und externe Druck in der Wissenschaft, tatsächlich Big Data Science zu betreiben. Je nach Forschungsbereich werden ganz unterschiedliche Datenarten gesammelt, erfasst, analysiert und interpretiert, um neues Wissen zu produzieren. Insbesondere für die Erhebung und Klassifikation von Daten wird zunehmend auch auf die freiwillige Mitarbeit von Crowdsources gesetzt, was unter dem Diktum von Citizen Science neuerdings auch forschungspolitisch gefördert wird. Zu den Erfolgsprojekten von Citizen Science gehören beispielsweise Projekte wie Galaxy Zoo, wo es darum geht, anhand von Teleskopdaten Bilder von Galaxien nach ihren morphologischen Eigenschaften zu klassifizieren oder Foldit, wo Lösungen zur effizienten Faltung von Proteinen gesucht werden. In beiden Fällen konnten nicht nur in kürzester Zeit viele Freiwilligen zur Teilnahme mobilisiert werden, sondern darüber auch ein wissenschaftlicher Mehrwert erzielt werden. Citizen Science Projekte dieser Art sind als digitale Forschungsumgebungen auf eine breite Beteiligung zur Co-Produktion von Wissen ausgelegt, ohne bei den Teilnehmenden dezidiertes Fachwissen vorauszusetzen.

Ziel des Vortrags ist es, die Datafizierung der akademischen Wissensproduktion im Hinblick auf die soziale Öffnung der Wissenschaft zu kontextualisieren. Entlang illustrativer Beispiele von Crowdsourcing aus verschiedenen Fachgebieten soll gezeigt werden, inwiefern eine datengetriebene Wissenschaft neue Inklusionsmuster entstehen lässt, deren Realisierung über digitale Infrastrukturen erfolgt. Wissenschaftssoziologisch steht zur Debatte, inwiefern die zunehmende Datafizierung der Forschung nicht nur neuartige Kooperations-, sondern auch Konkurrenzbeziehungen zwischen der professionellen Wissenschaft und externen Akteuren (Citizen Scientists, Data Scientists, Maschinen) hervorbringt und welche Implikationen damit für das Wissenschaftssystem einhergehen.

Freitag, 22.03.2019

10:30 - 11:30 Uhr / Raum G40B-238

„National Academics Panel Study (Nacaps)“ – Eine Panelstudie zum wissenschaftlichen Nachwuchs in Deutschland

Jens Ambrasat, Kolja Briedis, Susanne Redeke, Uwe Ruß, Andreas Sarcletti, Ulrike Schwabe (Deutsches Zentrum für Hochschul- und Wissenschaftsforschung)

Die (Aus-)Bildung und Sozialisation des wissenschaftlichen Nachwuchses hat eine große Bedeutung, nicht nur für die Selektion und Reproduktion im Wissenschaftssystem, sondern auch für die Leistungs-, Wettbewerbs- und Innovationsfähigkeit des Wissenschafts- und Wirtschaftsstandortes Deutschland. Für Individuen ist der Erwerb von Bildungszertifikaten auf höherem tertiärem Niveau mit vorteilhaften Arbeitsmarktchancen verbunden (Enders/Bornmann 2001, Heineck/Matthes 2012) und begünstigt speziell die Besetzung von Führungs- und Elitepositionen in unterschiedlichen Bereichen (Hartmann/Kopp 2001). Jedoch können zahlreiche wissenschaftliche und wissenschaftspolitische Fragen zur Qualifizierung, Rekrutierung sowie den beruflichen Werdegängen des wissenschaftlichen Nachwuchses derzeit empirisch nicht adäquat beantwortet werden, da es an einer einheitlichen und belastbaren Datenbasis fehlt (BuWiN 2017). Mit der „National Academics Panel Study (Nacaps)“, einer theoretisch fundierten Multi-Kohorten-Panelstudie, wird ein wichtiger Beitrag dazu geleistet, diese Datenlücke zu schließen. Für die Erklärung individueller Qualifizierungs-, Erwerbs- und Lebensverläufe von Hochqualifizierten stehen zunächst die Betreuungsbedingungen sowie der Arbeitsalltag von Promovierenden im Fokus. Dazu werden zentrale theoretische Konstrukte wie

- Wissenserwerb und Promotionsmotive
- Karrierestrategien und -entscheidungen
- Persönlichkeitsmerkmale und Selbstwirksamkeitskonzepte
- Mentor-Mentee-Beziehung
- Auslandsmobilität
- Monetäre und nicht-monetäre Bildungserträge auf Individualebene und
- Promotionsbedingungen und Promotionskontexte an Hochschulen und außeruniversitären Forschungseinrichtungen
- Akademische Arbeitsmärkte
- Vereinbarkeit von Beruf und Familie

auf Kontextebene operationalisiert und in regelmäßigen Abständen (überwiegend) prospektiv erhoben. Damit lassen sich dezidiert Fragen nach den Determinanten akademischer Karriereverläufe inner- und außerhalb der Wissenschaft auf Individual- und Kontextebene sowie den interdependenten Beziehungen beider Ebenen aus einer kausalanalytischen Perspektive beantworten. Gleichsam kann die relative Bedeutung askriptiver und erworbener, leistungsbezogener Merkmale analysiert werden. Es lassen sich somit exemplarisch folgende Forschungsfragen empirisch beantworten:

- Wie wirken sich unterschiedliche formelle und informelle Promotionskontexte, Förderbedingungen

und Mentoring in der Promotions- und Postdoktorandenphase auf den Kompetenzerwerb und die Sozialisation des wissenschaftlichen Nachwuchses aus?

- Welche Determinanten beeinflussen den Promotionserfolg und späteren Karriereverlauf?
- In welchem Verhältnis stehen individuelle Interessen und Entscheidungsprozesse und institutionelle, systemische Selektions- und Auswahlprozesse?
- Wie stellt sich die berufliche Situation der Promovierten im Wissenschaftssystem im Vergleich zu den Promovierten dar, die das Wissenschaftssystem verlassen haben? Welche individuellen und gesellschaftlichen Renditen erbringen Promotionen?

Nacaps ist als Online-Erhebung konzipiert und startet mit der Befragung einer ersten Promovierendenkohorte Anfang 2019; die Befragung einer ersten Promotionsabsolventenkohorte soll im Jahr 2021 folgen. Angestrebt wird eine Vollerhebung der Promovierenden und Promovierten aller promotionsberechtigten Hochschulen in Deutschland. Die anfangs Promovierenden werden über einen Zeitraum von mindestens 15 Jahren wiederholt befragt. Zugleich werden in regelmäßigen Abständen neue Promovierenden- und Promoviertenkohorten in das Panel aufgenommen. Ziel des Projekts ist es, (a) regelmäßig deutschlandweit repräsentative Querschnittsdaten zur Qualifizierung des wissenschaftlichen Nachwuchses sowie (b) Längsschnittdaten zu den individuellen Karriereverläufen Promovierender und Promovierter innerhalb und außerhalb der Wissenschaft zu erheben und der Scientific Community in Form von Scientific Use Files zur Verfügung zu stellen. Damit liefert Nacaps eine wichtige Datengrundlage im Bereich theoriegeleiteter empirischer Bildungs- und Hochschulforschung. Die bestehende längsschnittliche Dateninfrastruktur in Deutschland (beispielsweise SOEP, PIACC-L und NEPS) wird somit ergänzt, um eine weitere Panelstudie, deren Fokus auf wissenschaftlichem Nachwuchs liegt. Mit diesem Beitrag werden das Erhebungsdesign und die zentralen theoretischen Konstrukte und Forschungsfragen dargestellt sowie ein Ausblick auf Analysepotenziale des Nacaps gegeben.

„I have never taken a real sociology course“ – Über die Erfahrung Teil eines international vergleichenden Forschungsprojektes in den Sozialwissenschaften zu sein

Jennifer Dusdal (Universität Luxemburg)

Hochschule und Wissenschaft, die Produktion und Vermittlung wissenschaftlichen Wissens sind weltweite Aktivitäten. Aber nicht nur die absolute Anzahl an Publikationen und internationalen Ko-Autoren wächst stetig, sondern auch die internationale wissenschaftliche Zusammenarbeit nimmt an Umfang und Bedeutung zu. Zudem steigt die Zahl an Ländern, die zur Wissenschaft beitragen. Das Konzept der Zusammenarbeit wird weitestgehend als selbstverständlich betrachtet, obwohl es nicht einfach zu definieren ist und verschiedene Formen annehmen kann. Klassisch wird der Grad wissenschaftlicher Zusammenarbeit in der Bibliometrie anhand von Ko-Autorenschaften gemessen. Allerdings beginnen viele Kooperationen informell und sind das Ergebnis von Beziehungen zwischen Wissenschaftlern, die sich bereits seit vielen Jahren kennen. Basierend auf Katz und Martins (1997) Beschreibung von Forschungsk Kooperationen betrachte ich internationale Zusammenarbeit als einen intrinsischen, sozialen Prozess. Sie gelten als Antwort auf eine zunehmende Professionalisierung der Wissenschaft, die Weiterentwicklung Wissens, den leichteren Zugang zu (finanziellen) Ressourcen, eine Verbindung mit der wissenschaftlichen Elite, intellektuellen oder sozialen Einfluss, einen leichteren und kostengünstigeren Zugang zu Kommunikationsmitteln sowie auf Regierungsinitiativen

zur Stärkung internationaler Kontakte. Heute werden weltweit mehr als 1/3 aller Forschungsartikel in Zusammenarbeit publiziert. Übertragen auf das von Humboldt postulierte Prinzip „In Einsamkeit und Freiheit“ wird Forschung nicht mehr von einem Wissenschaftler allein betrieben, sondern in Kooperationsnetzwerken. Sie gewinnen an Bedeutung, Wissenschaftler teilen ihr Interesse an einer Forschungsfrage und veröffentlichen die Ergebnisse ihrer Arbeit gemeinsam. Forscher mit multikulturellen, mehrsprachigen und disziplinären Hintergründen stehen nicht nur vor konzeptionellen, methodischen und praktischen Entscheidungen, sondern auch vor sozialen Herausforderungen, die in der Literatur bisher kaum untersucht wurden. Vor allem die Kombination von formellen und informellen Beziehungen zwischen Kooperationspartnern und die internen Einflussfaktoren auf der Teamebene müssen als Forschungslücke betrachtet werden. Der wichtigste Aspekt dieser besonderen Art der Zusammenarbeit sind bereits bestehende Beziehungen der beteiligten Wissenschaftler und Organisationen. Mit dem in den Managementstudien entwickelten Konzept des „collaboration framework“ können drei Determinanten erfolgreicher Forschungsk Kooperationen identifiziert werden: Teamcharakteristika, Motivation, Kooperationsprozesse. Darüber hinaus spielen Arbeitsteilung, Datenmanagement und Publikationsstrategien innerhalb der Team(Hierarchien) eine große Rolle.

Die Erforschung der kooperativen Dimensionen globaler Forschungsprojekte und Teamdynamiken stehen im Zentrum meines Interesses. Folgende Forschungsfragen werden beantwortet: Was ist internationale Zusammenarbeit? Was motiviert die Zusammenarbeit? Wer sind die Kooperationspartner? Was heißt es für Wissenschaftler in einem internationalen und diversen Team zusammenzuarbeiten? Die empirische Basis bildet ein mehrjähriges, internationales Forschungsprojekt aus der Hochschul- und Wissenschaftsforschung. Qualitativ wurden Besprechungsprogramme und Protokolle von Teamsitzungen, Videokonferenzen und E-Mails des Forschungsteams ausgewertet. Darüber hinaus wurden Interviews mit Teammitgliedern aus verschiedenen Statusgruppen (Doktoranden, Postdocs, Projektantragsteller, Forschungsmanager), mit unterschiedlichen kulturellen Hintergründen (Ostasien, Europa, USA) sowie Erfahrungen in der Durchführung von Forschungsprojekten.

Quantitativ wurden Daten einer repräsentativen Auswahl veröffentlichter Artikel in Fachzeitschriften aus den Natur-/Technikwissenschaften und Medizin von 1900–2010 analysiert, die auf einem Rohdatensatz von Thomson Reuters SCIE aufbauen. Dieser wurde durch umfangreiche Rekodierung aufbereitet, um die zunehmende Bedeutung (inter-)nationaler Kooperationen über den Bereich der Sozialwissenschaften hinaus zu veranschaulichen. Die Ziele meines Vortragsvorschlags sind (1) die Bedingungen, Vorteile und Herausforderungen länderübergreifender, kooperativer Forschungsprojekte in den empirischen Sozialwissenschaften zu beleuchten und (2) die subjektiven Aspekte von Kreativität und Verantwortung sowie die Entscheidung in einem weltweit vernetzten Forschungsprojekt mitzuarbeiten, zu untersuchen.

Freitag, 22.03.2019

11:45 - 12:45 Uhr / Raum G40B-238

Gleicher Titel, ungleiche Entlohnung. Wie können geschlechtsspezifische Lohnunterschiede unter Promovierten erklärt werden?

Lea Goldan (Universität Würzburg)

Gemessen am Bruttostundenlohn liegt der Gender Pay Gap unter Akademiker/innen in Deutschland bei ca. 25 % bis 27 % (Leuze/Strauß 2009: 275, 2014: 286; Statistisches Bundesamt 2010: 34). Aktuelle Forschung deutet darauf hin, dass auch in der speziellen Bildungsgruppe der Promovierten solche geschlechtsspezifischen Lohnunterschiede bestehen (Engelage/Hadjar 2008; Konsortium Bundesbericht Wissenschaftlicher Nachwuchs 2013: 261f.). Bisherige Studien zeigen eben diesen Umstand zwar auf, untersuchen aber nicht, wie die geschlechtsspezifischen Lohnunterschiede in dieser hochqualifizierten Bildungsgruppe erklärt werden können. Ziel des Beitrags ist es daher einerseits die genaue Höhe der geschlechtsspezifischen Lohndifferenzen in der Gruppe der Promovierten erstmals zu beziffern und andererseits die sozialen Mechanismen hinter diesen zu bestimmen. Auf diese Weise soll die bestehende Forschungslücke geschlossen werden.

Ausgehend von der Humankapitaltheorie (Becker 1962, 1964) wird davon ausgegangen, dass sich Frauen und Männer mit Dokortitel in Bezug auf die Art des im Studium erworbenen Humankapitals, hinsichtlich ihrer Produktivität auf dem Arbeitsmarkt und ihrer Beschäftigungssektoren (öffentlich vs. privat) unterscheiden. Nach feministischen Devaluationsansätzen (Correll/Ridgeway 2003; Liebeskind 2004; England et al. 2007; Ridgeway 2001, 2011) wird weiterhin erwartet, dass Unterschiede in der Geschlechterzusammensetzung der Studienfächer und dem Ausüben von Führungspositionen ebenfalls ursächlich sein könnten.

Auf Grundlage des DZHW-Absolventenpanels 2001 werden geschlechtsspezifische Unterschiede in den logarithmierten Bruttostundenlöhnen unter Promovierten zehn Jahre nach dem ersten Studienabschluss mit Hilfe von hierarchischen OLS-Regressionen und Oaxaca-Blinder-Dekompositionen untersucht. Die Analysen zeigen, dass zu diesem Zeitpunkt der Gender Pay Gap zwar geringer ist als in der allgemeinen Gruppe der Akademiker/innen, dass aber dennoch eine deutliche geschlechtsspezifische Lohndifferenz besteht: Frauen mit Dokortitel verdienen durchschnittlich 16 % weniger als Männer mit Dokortitel. Unter Promovierten können die Lohnunterschiede dadurch erklärt werden, dass promovierte Frauen häufiger Fächer mit einem hohen Frauenanteil studiert haben, dass sie seltener Führungspositionen innehaben und dadurch, dass sie nach ihrem ersten Studienabschluss weniger Berufserfahrung gesammelt haben als promovierte Männer. Die betrachteten Faktoren erklären gemeinsam 68 % der geschlechtsspezifischen Lohnunterschiede unter Promovierten. Da ein beachtlicher Teil der geschlechtsspezifischen Lohnunterschiede nicht erklärt werden kann (32 %), wäre es für weiterführende Forschung interessant stärker auch promotionsspezifische Merkmale wie z.B. den Promotionskontext oder Produktivitätsindikatoren während der Promotionsphase als mögliche Mechanismen zu berücksichtigen.

Macht sich ein Dokortitel heute noch bezahlt? Eine Untersuchung der Entwicklung promotionsbezogener Gehaltsunterschiede in der letzten Dekade.

Thorsten Euler, Fabian Trennt (Deutsches Zentrum für Hochschul- und Wissenschaftsforschung)

Aktuelle Debatten über die Entwicklung des Arbeitsmarktes im Zuge der Konsequenzen technologischen Fortschritts gehen häufig davon aus, dass Routineaufgaben zukünftig immer stärker von Maschinen und Algorithmen absolviert werden, während der Umgang mit unklaren oder wechselnden Situationen und Anforderungen als Kompetenz qualifizierter Arbeitskräfte an Bedeutung gewinnt. Davon ausgehend, dient die Investition in eine Bildung als probates Mittel zur Sicherung einer guten Positionierung auf dem Arbeitsmarkt (Dengler & Matthes, 2015). Gleichzeitig erwarten jedoch einige Autoren angesichts der jüngsten massiven Bildungsexpansion im Hochschulbereich ein zunehmendes Überangebot an hochqualifiziertem Personal und damit schwierigere Beschäftigungsperspektiven – selbst für Hochschulabsolvent(inn)en (Green & Zhu, 2010). Promotionen bereiten im Besonderen für innovative Tätigkeiten (d.h. nicht-routinierte Aufgaben) (Arbeitskreis Deutscher Qualifikationsrahmen, 2011) vor und unterlagen nur in geringerem Maße der Bildungsexpansion (Autorengruppe Bildungsberichterstattung, 2016). Entsprechend stellt sich die Frage, ob sich der Abschluss einer Promotion als Bildungsinvestition unter Hochqualifizierten im Sinne der Theorie beruflichen Wettbewerbs (Thurow, 1979) heutzutage noch stärker bezahlt macht und in höheren Einkommen mündet. Zur Beantwortung dieser Frage werden lineare Regressionsmodelle der logarithmierten Stundenlöhne von Hochschulabsolvent(inn)en mit und ohne Dokortitel berechnet. Mittels Kontrolle relevanter Kovariaten (z.B. Leitungsposition, Berufserfahrung, Adäquanz der Beschäftigung) sind wir in der Lage, Entwicklungen in den Effekten einer Promotion von Einkommensunterschieden aufgrund veränderter Zusammensetzungen der Abschlusskohorten zu trennen. Die jeweils dritten Wellen des DZHW-Absolventenpanels der Abschlussjahrgänge 1997, 2001 und 2005 (n = 5.477; 4.734; 3.760) – jeweils zehn Jahre nach dem Studienabschluss – dienen dabei als Datengrundlage. Aufgrund der unterschiedlichen Mechanismen der Lohn-genese werden Privatwirtschaft und öffentlicher Dienst getrennt betrachtet. Erste Analysen weisen Unterschiede für den öffentlichen und privaten Sektor auf. Beschäftigte in der Privatwirtschaft aus jüngeren Abschlusskohorten erleben einen leichten Rückgang der Stundenlöhne im Vergleich zu älteren Kohorten. Jedoch erzielen sie immer noch höhere Durchschnittslöhne als Beschäftigte im öffentlichen Dienst. In beiden Sektoren geht ein Promotionsabschluss mit einem höheren Einkommen einher. Blinder-Oaxaca-Dekompositionen für die jeweilige Kohorte weisen darauf hin, dass die höheren Einkommen von Promovierten durch Zusammensetzungsunterschiede zwischen Promovierten und Nicht-Promovierten hinsichtlich der Adäquanz der Beschäftigung, der Positionierung in segregierten Arbeitsmärkten und individuellen Leistungsindikatoren erklärt werden können. Unter Kontrolle relevanter Kovariaten wird der Effekt einer Promotion zum größten Teil vermittelt und sinkt für die Privatwirtschaft auf einen nicht-signifikanten Restwert, während für den öffentlichen Dienst ein signifikanter Promotioneffekt verbleibt. Darüber hinaus erhöht sich der Einkommensvorteil eines Doktorgrades für öffentlich Bedienstete im Zeitverlauf. Im Ergebnis lässt sich für den deutschen Arbeitsmarkt feststellen, dass sich die Einkommenseffekte einer Promotion im öffentlichen Dienst in den letzten Jahren verändert haben, während sie für die Privatwirtschaft stabil blieben. Offenbar führt die Bildungsexpansion im hochschulischen Bereich nicht zu einer generell schlechteren Positionierung Hochqualifizierter auf dem Arbeitsmarkt, sondern bedarf eines differenzierten Blicks auf einzelne Sektoren oder interagierender Merkmale.

Lehre (Track II)

Donnerstag, 21.03.2019

10:15 - 11:15 Uhr / Raum G40B-326

Auswirkung von MINT-Vorkursen auf das Kompetenzerleben im Studienverlauf. Empirische Ergebnisse einer hochschulübergreifenden Längsschnittstudie.

Annika Felix, Sarah Berndt (Otto-von-Guericke-Universität Magdeburg)

Forschungsfragen und Relevanz

Aufgrund gesellschafts- und bildungspolitischer Wandlungsprozesse, die auch Einfluss auf das Hochschulwesen nehmen sowie aufgrund des Effektivitätsdruckes, dem sich Hochschulen im Wettbewerb ausgesetzt sehen, stellen die Hochschulen in den vergangenen Jahren vermehrt passgenaue Strukturen und fachspezifische sowie -übergreifende Maßnahmen zur Verfügung (vgl. Hanft 2015, S. 22). Der Studieneingang wird dabei als Schlüssel für den Studienerfolg und die Senkung der Studienabbruchquote angesehen (vgl. Schubarth/Mauermeister 2017). Trotz der Ausweitung des Maßnahmenangebotes gibt es bisher nur wenig Erkenntnisse über den Nutzen und die Wirkung solcher Maßnahmen. Eine Frage, die in diesem Zusammenhang nur selten in den Fokus rückt, ist die von Auswirkungen der Teilnahme an MINT-Vorkursen auf das Kompetenzerleben der Studierenden im Studienverlauf. Von Interesse ist dabei zum einen, ob sich durch die Teilnahme an MINT-Vorkursen kurzfristige Effekte zum Zeitpunkt des Studieneinstiegs auf die Wahrnehmung der eigenen Fähigkeiten und Fertigkeiten zeigen und zum anderen ob bzw. inwiefern die Effekte auch zum Ende des ersten Studienjahres Bestand haben. Dabei soll auch der individuelle Zielerreichungsgrad in Bezug auf die Teilnahme an MINT-Vorkursen (Zielsetzungs-Zielerreichungs-Bilanz) berücksichtigt werden, da zu vermuten ist, dass sich eine positive Bilanz in einem stärkeren subjektiv wahrgenommenen Kompetenzerleben widerspiegelt.

Theoretischer Rahmen

Kompetenzen genießen in der wissenschaftlichen Diskussion bereits seit geraumer Zeit Beachtung. So legen Deci/Ryan (1993) in ihrer Selbstbestimmungstheorie dar, dass intrinsische Motivation, welche sich aus den drei psychischen Grundbedürfnissen Kompetenz- und Autonomieerleben sowie soziale Eingebundenheit speist, ein entscheidender Prädiktor für Studienerfolg ist.

Das Umdenken hin zur Outcome-Orientierung im Bildungssystem beflügelt jedoch zunehmend den Diskurs, so unterstreicht die Hochschulrektorenkonferenz (HRK) in ihrem „Fachgutachten zur Kompetenzorientierung in Studium und Lehre“ (vgl. Schaper 2012) die Relevanz von kompetenzorientierten Lehren und Lernen, betont jedoch zugleich, dass nicht die Vermittlung konkreter Berufskompetenzen im Vordergrund stehen sollte, sondern die Schaffung eines Bewusstseins für die eigenen Fertigkeiten, Kenntnisse und Kompetenzen (vgl. Schaper 2012:22).

Der Kompetenzbegriff als solcher ist trotz seiner Präsenz sehr mehrdeutig. Aus einer erziehungswissenschaftlichen Perspektive haben sich Kompetenzmodelle entwickelt, welche die vier Kompetenzdimensionen Fach-, Selbst-, Personal- oder Sozialkompetenzen sowie Methodenkompetenzen unterscheiden (z.B. Roth 1971, Frey 2008). Braun (2008) definiert in Anlehnung an die bestehenden Konzepte die Dimensionen Fach-, Methoden-, Kommunikations-, Kooperations- und Personalkompe-

tenzen. Daran anschließend sollen auch im vorliegenden Beitrag von einer Mehrdimensionalität des Kompetenzbegriffes ausgegangen werden.

Methodisches Vorgehen und Datengrundlage

Datengrundlage bilden die Erstsemesterbefragung im WiSe 2016/2017 (Studienanfänger/innen im grundständigen Studium, N=3.254, Rücklauf 21%) sowie die Wiederholungsbefragung im SoSe 2017 (N=888, 45%) die im Rahmen des Verbundprojektes „StuFo“ an fünf Universitäten (Magdeburg, Potsdam, Mainz, Greifswald und Kiel) durchgeführt wurden.

Ergebnisse

In der Gesamtschau zeigt sich, dass MINT-Vorkurse sehr häufig frequentiert werden. Mehr als 8 von 10 Studierenden, für deren Studiengang eine solche Unterstützungsmaßnahme angeboten wurde, nahmen an dieser auch teil. Nichtsdestotrotz partizipieren 17 Prozent der Befragten trotz Empfehlung nicht. Je nach Teilnahme bzw. Nichtteilnahme variiert das Kompetenzerleben der Studierenden zu Studienbeginn. Ob sich auch Veränderungen der Selbsteinschätzung der Fähigkeiten und Fertigkeiten zum Ende des ersten Studienjahres vollziehen wird im Beitrag exploriert. Dabei werden sowohl Gruppenvergleiche als auch intraindividuelle Veränderungen nachgezeichnet

Donnerstag, 21.03.2019

11:30 - 12:30 Uhr / Raum G40B-326

Erhöhte Vergleichbarkeit von Noten durch Steuerungsmöglichkeiten für Hochschulen

Elena Tsarouha (Universität Tübingen)

Forschungsfrage und Relevanz

Prüfungen sind komplexe Konstrukte, die mehrere Funktionen gleichzeitig erfüllen. Darunter sind z. B. die Rekrutierung oder Aufnahme und Fortsetzung eines Studiums zu nennen. Vor einer Verwendung von Noten als Leistungsindikator und somit auch als Ausschlusskriterium für bestimmte Zugänge müsste geklärt werden, ob und in welchem Ausmaß systematische Notenunterschiede auftreten und damit die Vergleichbarkeit und Aussagekraft der Noten beschränken. Die Forschungsfrage lautet: Welche Steuerungsmöglichkeiten gibt es für Hochschulen, um Abschlussnoten vergleichbar(er) zu machen?

Der vorliegende Beitrag bietet Anknüpfungspunkte hinsichtlich der Entwicklungen in den Leistungsbereichen des Wissenschaftssystems: Lehre/Studium und Wissenschaftsmanagement.

Theoretischer Rahmen

Prüfungspraktiken und Einflussgrößen auf die Notengebung sind komplex. Verschiedene Einflussgrößen können sich überlagern, gegenseitig verstärken oder nivellieren. Dies zeichnet sich u. a. auch in Prahl's Konstrukt des Prüfungswesens ab, in dem er die verschiedenen Ebenen des Prüfungswesens differenziert (1995). Um die Forschungsfrage beantworten zu können, werden die Ebenen und darin enthaltene Aspekte von Prüfungssystemen dahingehend beleuchtet, inwiefern sie an die Prüfung herangetragene Kriterien und Reglementierungen sind, die Dispositionsspielräume

der unmittelbaren Prüfungsakteure zulassen oder verhindern.

Ferner ist die Übertragung und Erweiterung der Diskussionen der 1970/80er Jahre zur pädagogischen Diagnostik im Schulkontext auf den Hochschulkontext relevant. Insbesondere hinsichtlich des Messens – Bewertens – Beurteilens von Prüfungsleistungen und damit einhergehenden sogenannten Prüferinnen-/Prüferfehlern.

In Studien (Müller-Benedict und Grözinger 2017; Müller-Benedict und Tsarouha 2011) werden auf der Makroebene unterschiedliche durchschnittliche Notenniveaus festgestellt, die langfristig stabil sind. Solche Unterschiede gibt es z. B. zwischen verschiedenen Disziplinen und Studiengängen. Für die Erforschung möglicher Ursachen ist eine konzeptionelle Ausdifferenzierung der disziplinären Kulturen aus der gegebenen Literatur notwendig.

Methodisches Vorgehen und Datengrundlage (bei empirischen Arbeiten)

Die Forschungsfrage wurde anhand einer Methodentriangulation untersucht, indem quantitative nachgewiesene Notenunterschiede und die qualitative Erforschung der Praxis der Notengebung ergänzend zusammengeführt wurden. Als quantitative Datengrundlage wurden die Prüfungsstatistiken des Statistischen Bundesamtes für die Jahre 1995 bis 2007 sowie langfristige Daten aus verschiedenen Prüfungsamt-Archiven herangezogen, die im Rahmen des an der Europa-Universität Flensburg durch die DFG von 2012 bis 2015 geförderten Projekts Notengebung an deutschen Hochschulen (Leitung: Müller-Benedict, Grözinger) erhoben wurden. Die qualitativen Daten stammen aus vier Einzelinterviews, zwei Experteninterviews und neun Gruppendiskussionen mit Prüferinnen und Prüfern in Abschlussprüfungen an deutschen Hochschulen. Das Datenmaterial der Gruppendiskussionen wurde mit der Dokumentarischen Methode nach Bohnsack (2014) analysiert.

Beide methodischen Herangehensweisen (quantitativ und qualitativ) wurden in mehreren Phasen des Forschungsprozesses miteinander verzahnt, z. B. bei der Bestimmung der Gesprächsteilnehmenden und der Diskussion der Ergebnisse (Steuerungsmöglichkeiten).

Ergebnisse

Es wurden zahlreiche Einflussgrößen (57) auf die Notengebung identifiziert und eine auf der Mikroebene wirksame Typologie der Einflussgrößen auf die Notengebung entwickelt (Tsarouha 2019). Die Typologie differenziert disziplin-, fach-, kommissions-, bundesland-, studiengang- und abschlusspezifische Einflussgrößen.

Die identifizierten Einflussgrößen unterscheiden sich in leistungskonforme und nicht-leistungskonforme Einflussgrößen. Weiter lassen sich die Einflussgrößen dahingehend bestimmen, ob diese strukturell bedingt sind. Strukturell bedingte Einflussgrößen bieten Steuerungsmöglichkeiten für Hochschulen, bezogen auf nicht-leistungskonforme Einflussgrößen, mit dem Ziel, die Vergleichbarkeit von Noten zu erhöhen.

Der Vortrag fokussiert strukturell bedingte kommissionspezifische Einflussgrößen und damit verbundene potentielle Steuerungsmöglichkeiten.

Ausdifferenzierung individueller Studienverläufe

Sylvi Mauermeister (Universität Potsdam), Melinda Erdmann (Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung), Olaf Ratzlaff (Universität Potsdam)

Relevanz und Ziel des Beitrags

In den letzten zwei Dekaden gewannen ökonomische Prämissen wie Effizienz, Effektivität und Wettbewerb bei der bildungspolitischen Steuerung von Hochschulen immer größere Bedeutung (u.a. Tieben 2016). Dieser Fokus hat unter anderem zur Folge, dass das Verständnis von erfolgreichen Studienverläufen zwischen institutioneller und individueller Perspektive zunehmend auseinandergeht. Aus institutioneller Perspektive gilt bereits das Verlassen eines Fachs oder einer Hochschule als verlorene Investition, entsprechend wird auch ein Studien- oder Hochschulwechsel als Studienabbruch gedeutet (u.a. Spiess 1999). Für die Individuen haben sich durch die wettbewerbliche Ausdifferenzierung von Hochschul- und Studienangeboten die Rahmenbedingungen der Studienwahl in den letzten Jahren so verändert, dass die Wahrscheinlichkeit, "sich zu verwählen" und die Möglichkeit, Studienentscheidungen zu korrigieren, gestiegen sein dürfte (Schröder 2015). Die Folgen der Ausdifferenzierung auf das individuelle Studierverhalten sind in der aktuellen Hochschulforschung, die v.a. der institutionellen Perspektive gerecht wird, noch wenig beleuchtet.

Ziel des Beitrags ist es somit, die institutionelle Sicht auf Studienverläufe und den Studienabbruch um die individuelle Perspektive zu erweitern und zu zeigen, welche Implikationen sich daraus für die Hochschulforschung und die Gestaltung von Studium und Lehre ergeben können.

Forschungsfragen

Zielgeleitet fokussieren die Beiträge die Frage, wie sich Studienverläufe in den letzten zwanzig Jahren verändert haben und heute darstellen (Ratzlaff i.E.). Konkret werden Umfänge des Studiengangswechsels und der Einfluss von Studienerfahrungen auf den weiteren Studienverlauf betrachtet (Erdmann i.E.). Der Wechsel wird dabei nicht vorwiegend problemorientiert als Abbruch des (Erst-) Studiums betrachtet, sondern als Möglichkeit, vorangegangene Entscheidungen zu korrigieren und sie aus individueller Sicht zu verbessern. An diese Betrachtung schließt sich unmittelbar die Frage an, welche Bedingungen eine solche Korrektur der Entscheidung ermöglichen und ob alle sozialen Gruppen die gleichen Möglichkeiten dazu haben (Mauermeister i.E.). Da weder die individuelle Perspektive auf den Wechsel noch die Ungleichheitsforschung Schwergewichte aktueller Hochschulforschung darstellen, sind entsprechend fokussierte Studien noch rar.

Daten und Methode

Um bei der Beantwortung der Fragestellung sowohl die institutionelle Perspektive als auch die individuelle Perspektive zu berücksichtigen, werden für die Diskussion Ergebnisse längsschnittlicher Befragungsdaten (Projekt "StuFo") verknüpft mit Ergebnissen hochschulischen Prozessdaten (Studienverlaufsstatistiken). Anhand der Befragungsdaten wird die Komplexität der Bildungsverläufe über zwei Jahre nach Studienbeginn nachgezeichnet und anschließend durch Regressionsanalysen hochschulischer Prozessdaten (Studienverlaufsstatistiken) ergänzt. Schließlich wird die individuelle Möglichkeit, Studienentscheidungen zu korrigieren und sich mit Blick auf die Studienwahl zu verbessern, mit Hilfe von Moderationsanalysen unter herkunftsbezogenen Aspekten betrachtet.

Ergebnisse und Schlussfolgerungen

Die Ergebnisse der Studien machen deutlich, dass die institutionelle, problematisierende Perspektive auf den Wechsel mit der individuellen Studienpraxis zunehmend unvereinbar zu sein scheint. So geht der „Abbruch“ des Erstfaches aus individueller Sicht häufig mit einem Wechsel des Studienfaches, des Studienganges oder der Hochschule einher und damit nicht mit dem endgültigen Verlassen des Hochschulsystems. Auch verweisen sowohl die Ergebnisse beider Datenquellen auf die Bedeutung von Studiererfahrung für den Studienerfolg. Weiterhin bestätigte sich, dass die Wechselneigung bei relevanten Korrekturanlässen nach Herkunftsgruppe und verfügbaren Ressourcen variiert. Zudem wird die Notwendigkeit einer differenzierten Betrachtung von Bildungsverläufen für die Abbruch- und die Ungleichheitsforschung deutlich.

Donnerstag, 21.03.2019

13:30 - 14:30 Uhr / Raum G40B-326

MOOCs als disruptive Technologie im Wissenschaftssystem?!

Sebastian Tieke, Johanna Meemann (INCHER Kassel)

Das Wissenschaftssystem steht, wie die gesamte moderne Gesellschaft, unter erheblichen Einflüssen der Digitalisierung. Diese Einflüsse bedingen verschiedene Transformationen im Wissenschaftssystem, wie die Transformation von Studium und Lehre. Eine der Auswirkungen der Digitalisierung auf Studium und Lehre ist das Aufkommen von massive open online courses, kurz MOOC. Im Jahr 2012 traten die ersten MOOCs auf dem internationalen Bildungsmarkt in Erscheinung (EFI 2015) und lösten einen regelrechten Hype aus, woraufhin die New York Times dieses Jahr als MOOC-Year bezeichnete (Pappano 2012).

MOOCs können als eine disruptive Technologie auf dem tertiären Bildungsmarkt betrachtet werden (EFI 2015). Das Konzept der Disruption betont die Probleme etablierter Anbieter, die durch innovative Produkte herausgefordert werden (Christensen 1997). Einerseits wird MOOCs das Potential zugeschrieben, Hochschulbildung günstiger, flexibler und ohne Zulassungsvoraussetzungen anzubieten (Yuan und Powell 2013; EFI 2015). Andererseits wird ihnen vorgeworfen, dass sie nicht dieselben Qualitätsstandards wie ein Hochschulstudium aufweisen können, wodurch sie nicht als echte Alternative zum Hochschulstudium angesehen werden können (HRK 2014). Es gibt verschiedene Vermutungen über den Einfluss von MOOCs auf das Wissenschaftssystem. So wird angenommen, dass MOOCs die Auslöser für das Verschwinden des klassischen Hochschultypen sind (EFI 2015). Andere nehmen an, dass das Hochschulstudium in 50 Jahren rein virtuell sein könnte. In diesem Fall wird davon ausgegangen, dass das Studium nur noch an einigen wenigen reputationsstarken Hochschulen absolviert werden kann, da sie die kleinen und reputationsschwachen Hochschulen aus dem Markt gedrängt haben (Schulmeister 2013). Aufgrund dieser verschiedenen Vermutungen stellt sich die Frage, welchen Einfluss MOOCs tatsächlich auf die Hochschullandschaft und das Wissenschaftssystem haben. Transformieren MOOCs tatsächlich Studium und Lehre oder handelt es sich lediglich um eine Modeerscheinung? Falls es sich um eine Modeerscheinung handelt stellt sich

die Frage, inwiefern diese Mode Spuren in der Hochschullandschaft hinterlässt (vgl. Birnbaum 2000). Innerhalb des BMBF geförderten Projektes „MOOCs After the Gold Rush: Welchen Einfluss haben offene digitale Lehrformate auf Anbieterstruktur und Geschäftsmodelle in der tertiären Bildung? (MOOC-AG)“ unter der Leitung von Prof. Dr. Anna Kosmützky, Prof. Dr. Georg Krücken und Prof. Dr. Guido Bünstorf wurden mit einer Kombination von quantitativen und qualitativen sozial- und wirtschaftswissenschaftlichen Methoden der Datenanalyse die Dynamiken des globalen MOOC-Marktes untersucht. So haben wir wichtige Daten zu diesem Markt gesammelt, die es uns erlauben, die Entwicklung dieses Marktes zu analysieren. Auf Basis dieser Daten ist es uns möglich zu sagen, wer als Anbieter von MOOCs auftritt, wie lange diese am Markt überleben und welche Erfolgsfaktoren ihr Überleben sichern.

Darüber hinaus haben wir im Projekt die Entwicklung der wissenschaftlichen Literatur zwischen 2011 und 2018 betrachtet. Durch dieses Vorgehen ist es uns möglich, das wissenschaftliche Interesse an den MOOCs zu analysieren.

Insgesamt bietet unser Projekt die Möglichkeit, Transformationen im Bereich der Lehre und des Studiums der letzten Jahre aufzuzeigen. Durch den Markteintritt von MOOCs kommt es zu potenziellen Veränderungen in der Hochschullandschaft, weshalb dieses Thema für die Hochschulforschung von großer Relevanz ist. Mit den MOOCs hat eine scheinbar disruptive Technologie den tertiären Bildungsmarkt betreten (EFI 2015). Aus den im Projekt gesammelten Daten ist es uns möglich den Revolutionscharakter dieser disruptiven Technologie aufzuzeigen. Wir können verdeutlichen, ob MOOCs tatsächlich den starken Einfluss auf das Wissenschaftssystem ausüben, wie vermutet wird oder ob es sich lediglich um eine Modeerscheinung handelt.

Studentische Heterogenität im Spiegel hochschulischer Homogenitätsorientierung – zur Komposition Studierender verschiedener Bildungswege und Studienberechtigungen und deren Implikationen für das Studium.

Philipp Bornkessel, Sonja Heißenberg, Karsten Becker (Deutsches Zentrum für Hochschul- und Wissenschaftsforschung)

Ausgangspunkt des eingereichten Beitrags ist die Feststellung, dass diverse gesellschaftliche wie (bildungs-)politische Entwicklungen dazu beigetragen haben, die für Deutschland lange Zeit typische scharfe institutionelle Trennungslinie eines exklusiven gymnasialen Hochschulzugangs sukzessive aufzuweichen. Dadurch sowie durch den seit einigen Jahren beobachtbaren Trend einer zweiten signifikanten Expansion im Bereich hochschulischer Bildung sehen sich Hochschulen einerseits mit einer stark heterogenen Studierendenschaft konfrontiert (Hanft, 2015, S. 13). Andererseits ist dem ersten Bildungsweg mit dem Abitur als sogenannten ‚Königsweg‘ an die Hochschulen gegenüber anderen Bildungsrouten und Studienberechtigungen nach wie vor ein gewisses Maß kultureller Hegemonie zu attestieren (Wolter & Banscherus, 2016, S. 74). Begründet werden kann dies historisch mit der institutionellen Ordnung des Hochschulzugangs in Deutschland. Demnach wurde „[m]it der Einführung des Abiturs zu Beginn des 19. Jahrhunderts [...] die Hochschulreife – in ihrer doppelten Bedeutung: als formale Studienberechtigung und als Studierfähigkeit – zum Monopol des Gymnasiums“ (Wolter & Banscherus, 2016, S. 74). Ziel war es, den lange Zeit verhältnismäßig kleinen und in verschiedener Hinsicht selektiven Kreis an Schülerinnen und Schüler eines Altersjahrgangs am Gymnasium auf ein (Universitäts-)Studium vorzubereiten und dabei möglichst homogene Eingangsvoraussetzungen sicherzustellen (Hanft, Zawacki-Richter, & Gierke 2015, S. 8). Entsprechend lässt

sich bis heute, gerade an Universitäten, eine eher homogenitätsorientierte Perspektive in Bezug auf die hochschulseitig formulierten Erwartungen, Ansprüche, Eigenschaften und Anforderungen an die Studierenden registrieren (Hanft et al., 2015, S. 8). Diese tendiert dazu Heterogenität mit mangelnder Studierfähigkeit in Beziehung zu setzen und lässt zuweilen den Wunsch erkennen, die heterogenen (Ausgangs)Bedingungen der Studierenden mehr oder weniger gezielt zu vereinheitlichen, um so der nach wie vor implizit gültigen Normalitätserwartung eines homogenen Ideals zumindest näher zu kommen (Wielepp, 2013, S. 367). Dabei besteht durchaus die Notwendigkeit dies zu hinterfragen, wie exemplarisch anhand des eingereichten Beitrags gezeigt werden soll. Auf Basis von Daten der 21. Sozialerhebung (n = 55.219; Middendorf et al., 2017) werden in ihm die Befunde zweier multipler multinomialer logistischer Regressionsmodelle präsentiert, die verdeutlichen, dass sich die Studierenden unterschiedlicher Bildungswege (erster vs. zweiter Bildungsweg und dritter Bildungswegs) und Studienberechtigungen (allgemeine Hochschulreife vs. fachgebundene Hochschulreife, Fachhochschulreife und berufliche Qualifikation) hinsichtlich ihrer sozialen Zusammensetzung (z. B. soziale Herkunft, Migrationshintergrund, Geschlecht, Alter, Partnerschaftsstatus) signifikant voneinander unterscheiden und dass damit Differenzen in strukturellen und organisationalen Aspekten des Studiums einhergehen (z. B. Hochschultyp, Studienform, zeitliche Organisation, Fach- und Abschlusswechsel). So fallen etwa eine Abmilderung sozialer Herkunftseffekte durch die Nutzung alternativer Bildungswege und Studienberechtigungen auf, geschlechtsspezifische (schulische) Bildungsvorteile sowie eine größere Praxisnähe, Zielstrebigkeit und Entscheidungssicherheit insbesondere bei Studierenden des dritten Bildungswegs und mit beruflicher Qualifikation. Die identifizierten Unterschiede werden dabei zum Anlass genommen, mögliche hochschulseitige Praxisimplikationen zu strukturellen, organisationalen sowie didaktischen Aspekten des Studiums zu diskutieren. Plädiert wird hierbei dafür eine stärker integrierende Strategie zu verfolgen, die die spezifischen Voraussetzungen unterschiedlicher studentischer Zielgruppen – insbesondere ihre Lebensumstände, Bildungsbiographien, Lernmotivationen und -stile – bei der Gestaltung von Studium und Lehre einbezieht (Pasternack & Wielepp, 2013; Hanft, 2015, S. 25).

Donnerstag, 21.03.2019

15:00 - 16:30 Uhr / Raum G40B-326

Schnelles Studium, fundiertes Fachwissen und Schlüsselqualifikationserwerb – geht das?

René Krempkow (Humboldt-Universität zu Berlin)

Der Wissenschaftsrat forderte bereits vor einer Dekade, Studienqualität umfassend und systematisch abzubilden - einschließlich ihrer Ergebnisse und jeweiligen Ausgangsbedingungen (WR 2008: 78f.). Ein wesentlicher Teilaspekt von Studienqualität, der im Rahmen der Transformation des Hochschulsystems im Zuge des Bologna-Prozesses zusätzlich an Bedeutung gewann, ist die Studierbarkeit (vgl. Wissenschaftsrat 2018, 2017, Akkreditierungsrat 2009, KMK 2008). Die an den deutschen Hochschulen bislang überwiegend zur Erfassung und Analyse der Studierbarkeit eingesetzten Studierendenbefragungen erfassen vor allem die Prozessperspektive. In diesem Beitrag

soll Studierbarkeit dagegen aus Ergebnisperspektive diskutiert werden, denn bestimmte Probleme können durch Studierendenbefragungen kaum erfasst werden, z.B. Probleme der Organisation des Studiums am Studienende bzw. die Studiendauer insgesamt (Krempkow 2007: 123f.). Zudem wird seit langem kritisiert, erst Absolventen könnten das komplette Studium (mit größerem zeitlichen Abstand) rückblickend angemessen bewerten (vgl. z.B. Altrichter/Schraatz 1993).

Hierbei ordnet sich der Beitrag konzeptionell in die Studierenden- und Absolventenforschung im Rahmen der Bildungs- und Wissenschaftssoziologie ein. Für die Modellierung der empirischen Analyse wird sowohl auf früher bereits verwendete Modelle zum Studienerfolg zurückgegriffen, als auch eine Überprüfung anhand eines neueren erweiterten Modells in Anlehnung an Penthin u.a. (2017) erfolgen.

Bei der Auswertung wird insbesondere die Rolle individueller und institutioneller Faktoren fokussiert. Dies ist wichtig für die Einschätzung, inwieweit z.B. Studiengangsverantwortliche Einfluss auf die Studiendauer haben. So können sowohl individuelle Studienvoraussetzungen und studentische Erwerbstätigkeit als auch auf institutioneller Ebene Lehrqualität und Studienbedingungen wesentlichen Einfluss haben. Wobei letztere in vorliegenden bundesweiten Analysen z.B. der Sozialerhebung des DZHW bislang nicht berücksichtigt werden können, da sie seit mehreren Erhebungswellen nicht mehr erfragt wurden. Zudem wird in meine Analysen einbezogen, inwieweit eine kürzere oder längere Studiendauer mit der Ausprägung von Fachwissen und Schlüsselqualifikationen einhergeht, und zwar unter Kontrolle weiterer potentieller Einflussfaktoren. Datenbasis für die Sekundärdatenanalysen sind aktuelle Daten bundesweiter Absolventenstudien. Die Ergebnisse werden hierbei in die Ergebnisse früherer identisch durchgeführter Analysen eines anderen bundesweiten Datensatzes und der Datensätze ausgewählter großer Universitäten eingeordnet (vgl. Krempkow 2011). Als Analyseverfahren werden OLS-Regressionen eingesetzt, da diese potenziell besser die Varianz der abhängigen Variable erklären können als z.B. Strukturgleichungsmodelle (vgl. Döring/Bortz 2016). Im Ergebnis sind Aussagen darüber zu erwarten, inwiefern Studiendauer und die Ausprägung von Fachwissen und Schlüsselqualifikationen in Zusammenhang zusammenhängen, und wie stark weitere institutionelle und individuelle Einflussfaktoren eine Rolle spielen. Wissenschaftspolitische Relevanz erhalten diese Fragen auch dadurch, dass die Einhaltung der Regelstudienzeit als ein zentraler Indikator der Hochschulfinanzierung diskutiert wird. Insgesamt ist das Ziel dieses Beitrages, mit einer theoretisch informierten Analyse der Einflussfaktoren auf die Studiendauer Informationen zu generieren, die Hinweise auf Potentiale und mögliche Maßnahmen zur weiteren Verbesserung der Studierbarkeit erlauben und dabei das gesamte Studium bis zum erfolgreichen Abschluss einbeziehen.

Zur Transformation hochschulischer Ausbildungsformen im Bereich der Frühpädagogik

Annett Maiwald (Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg)

Im Zuge der Reaktionen auf die OECD-PISA-Studien und der Ausweitung der bildungspolitischen Debatte auf den Elementarbereich entstanden eine Vielzahl frühpädagogischer Studiengänge, die zur Professionalisierung der Kleinkinderziehung und der Ermöglichung "Früher Bildung" beitragen sollen. Der Vortrag präsentiert erste empirische Forschungsbefunde aus Studiengangsanalysen und Interviews mit Frühpädagogik-Absolventinnen in der Kita-Praxis. Die neuen Hochschulausbildungen entstanden überwiegend als BA-Programme an Fachhochschulen. Sie forcieren für die akademische

Qualifikation die Ausprägung eines “forschenden Habitus”, der durch die Betonung von Lernfähigkeit, stark methodenorientierte Inhalte und dementsprechende Lehr-Lernformate eines explorativen, haptisch-sensitiven Lernens in Lernwerkstätten gekennzeichnet ist. Anhand der Programmatiken und der Methodendominanz wurde in den Curricula die Diffusion von Vorstellungen einer strukturellen Koinzidenz zwischen Wissenschaft, Hochschulausbildung und Kita-Praxis rekonstruiert. Die akademisierte Berufsrolle wird als “forschende Praktikerin” typisiert, das pädagogische Handeln wird in “Forschungskompetenz” transformiert. Dies evoziert entscheidende Wirkungen in der frühpädagogischen “akademischen” Handlungspraxis, auf die in einem Ausblick hingewiesen wird.

Freitag, 22.03.2019

10:30 - 11:30 Uhr / Raum G40B-326

Öffnung der Hochschulen für Geflüchtete durch Digitalisierung - Welche Unterstützung braucht es?

Belma Halkic, Patricia Arnold (Hochschule München)

Der Zugang zu Hochschulen für geflüchtete Studieninteressierte ist weltweit mit einer Vielzahl von Hürden versehen, in Deutschland kommen neben den generellen Hürden wie fehlenden Dokumenten oder Sprachkenntnissen auch beschränkte Kapazitäten hinzu (Lambert et al. 2018, Streitwieser et al. 2017). Im Zuge dieser gesellschaftlichen Herausforderung für den Hochschulsektor sind eine Reihe von Open Education Initiativen auf der Grundlage von digitalen Studienangeboten entstanden, die den Zugang zu Hochschulen für Geflüchtete erleichtern wollen (Colucci et al. 2017, Hochschulforum Digitalisierung 2015, UNESCO 2018). Gleichzeitig weiß man mittlerweile, dass Online-Kurse an sich noch keine Lösung darstellen: Auf der Makroebene ist es zentral, dass Zertifizierungs- und Anrechnungsmöglichkeiten existieren und die Kurse möglichst in Curricula für Studienabschlüsse oder Nano-Degrees o.ä. zusammen gestellt sind („Unbundling und re-bundling“, Agrarwal 2016). Auf der Mikroebene benötigen die Online-Lernenden Orientierung, Unterstützung und zeitnahes Feedback, um Online-Kurse, insbesondere Massive Open Online courses (MOOCs) erfolgreich abschließen zu können (Arnold et al. 2002, Arnold et al. 2015, Baxter 2012, Bauer & Knauf 2018). Bei ersten Untersuchungen zur Akzeptanz und Nutzung von Online-Kursen für Geflüchtete wird die besondere Bedeutung zusätzlicher Präsenzangebote im Sinne eines Blended Learning hervorgehoben. Weiterhin zeigt sich, dass häufig die Rahmenbedingungen der Lebenssituation das Absolvieren von Online-Kursen für Geflüchtete erschweren (Colucci et al. 2017, Fincham 2017).

Der Vortrag stellt in diesem Zusammenhang Erkenntnisse aus dem BMBF-geförderten Forschungsprojekt „SUCCESS – Studienchancen und Studienerfolg für Geflüchtete“ vor, einem Verbundprojekt dreier deutscher Hochschulen und Kiron Open Higher Education. Kiron bietet Geflüchteten über die Zusammenarbeit mit Online-Kursanbietern und Partnerhochschulen weltweit eine Online-Studienangebote an, dass bereits viele der genannten zusätzlichen notwendigen Gegebenheiten berücksichtigt wie Kursbündelung in vollständigen Curricula in Studienrichtungen, Zertifizierung, Anrechnung durch Partnerhochschulen und ein umfangreiches Unterstützungsangebot. Der Schwerpunkt des

Vortrags liegt auf den Unterstützungsangeboten (z.B. Buddy-Programm, Online Mentoring, Career Mentoring, Counselling), die das Kiron-Studienangebot mit dem Ziel des Transfers in ein reguläres Studium an einer Hochschule rahmen: Wie wirken die einzelnen Präventions- und Interventionsmaßnahmen auf den Studienerfolg? Wie werden die Maßnahmen durch die Kiron-Studierenden angenommen? Welche weiteren Unterstützungsbedarfe gibt es ggf. über die von Kiron angebotene Unterstützungsstruktur hinaus?

Als theoretischer Rahmen für die Wirkungsanalysen der empirischen Untersuchung wird eine Modellierung von Studienerfolg in Anlehnung an Arbeiten des DZHWs (Heublein et al. 2017, Mergner et al. 2015) genutzt. Studienerfolg wird dabei weit verstanden und umfasst neben dem Erwerb von ECTS bzw. akademischen Abschlüssen auch die Einmündung in die Arbeitswelt und gesellschaftliche Teilhabe. Das Forschungsdesign kombiniert die Auswertung von Studierendendaten von Kiron (u.a. Belegung und Abschlussdaten der Online-Kurse, sozio-demographische Daten und Bildungshintergrund etc.), quantitative Befragungen zu unterschiedlichen Zeitpunkten der Untersuchungskohorte (n=1375) sowie derjenigen, die das Studium bei Kiron abgebrochen haben sowie qualitative Interviews und Fokusgruppen zum vertieften Verständnis von Nutzung und Wirkung von ausgewählten Unterstützungsmaßnahmen. Erste Auswertungen weisen auf eine enorme Heterogenität der Untersuchungskohorte, auf je individuelle Nutzungsarten des Kiron-Studienangebots und der Unterstützungsangebote sowie auf zusätzliche Unterstützungsbedarfe außerhalb des Studiums hin. Die Ergebnisse sind für Hochschulakteure interessant, die die Digitalisierung von Studium und Lehre für eine Öffnung nutzen möchten und gleichzeitig einen Beitrag zu den großen gesellschaftlichen Herausforderungen im Kontext von Flucht leisten wollen.

Guided Start für Studierende – Eine Antwort auf Veränderungsprozesse in der österreichischen Universitätslandschaft

Andrea Bernhard (TU Graz)

Die österreichischen Universitäten stehen derzeit vor dem Start eines neuen Steuerungsmodells, das eine kapazitätsorientierte Studienplatzfinanzierung ab der Leistungsvereinbarungsperiode 2019-21 vorsieht. In Zukunft erhalten Universitäten den Großteil der Mittel für die Zahl ihrer prüfungsaktiven Studierenden. Als prüfungsaktiv betrieben gilt ein Studium, wenn im Studienjahr Prüfungen im Ausmaß von mindestens acht Semesterstunden oder 16 ECTS abgelegt wurden, wobei für den Abschluss in Mindeststudienzeit 60 ECTS pro Studienjahr zu absolvieren sind. Daraus resultiert ein völlig neuer Fokus auf die Lehre im allgemeinen und die Studierenden im konkreten. Fragen beispielsweise zum Übergang Schule-Universität, zu Zulassungsbedingungen und Aufnahmeverfahren, zur Studierbarkeit von Studien oder auch zur sozialen Dimension im Hochschulbereich gewinnen verstärkt an Bedeutung. Die TU Graz sieht in ihrer Strategie der Lehre, die sich am Student-Lifecycle orientiert, einen Guided Start für Studierende vor, der eine strukturierte Eingangssituation schafft und Unterstützungsmaßnahmen während der ersten Semester für einen optimalen Studienstart bzw. zur Senkung des Drop-outs vorsieht. Der Fokus liegt auf zukünftige Studierende sowie StudienanfängerInnen in den ersten zwei Semestern. Basierend auf Literaturrecherche, einer breit angelegten Studie über frühe Studienabbrüche an Österreichs Universitäten sowie den bisherigen Maßnahmentools hat die TU Graz ein strategisches Projekt zum Thema Guided Start aufgesetzt, das die grundlegenden Themen der neuen Universitätsfinanzierung aufgreift. Das Projekt ist in folgende Phasen gegliedert: (1) Ist-Analyse der laufenden und geplanten Maßnahmen, (2) Einrichten

einer Arbeitsgruppe, (3) Erarbeitung eines Maßnahmenkatalogs, (4) Entwicklung von Roadmaps zur Umsetzung der Maßnahmen, (5) Priorisierung der Maßnahmen, (6) Start der priorisierten Maßnahmen 2018, und (7) Umsetzung der weiteren Maßnahmen 2019-21. Federführend agiert hier die Arbeitsgruppe, die unter der Leitung des Vizerektors für Lehre mit Stakeholdern aus unterschiedlichen Bereichen der Universität zusammengesetzt wurde, die in die Studieneingangsphase eingebunden sind (z.B. Kommunikation und Marketing, Lehr- und Lerntechnologien, Studiendekan/innen, Studienservice, Welcome Center). Nach einer systematischen Maßnahmenanalyse hat die Arbeitsgruppe 20 Maßnahmen zusammengestellt, Roadmaps zur Umsetzung erstellt und nach ihrer Wirksamkeit priorisiert. Derzeit wird an der Umsetzung dieser Maßnahmen gearbeitet, die einem laufenden Monitoring durch die Arbeitsgruppe unterzogen werden. Dieses Projekt zeigt auf, wie durch die Vernetzung der internen Stakeholder die Vielfalt an Maßnahmen verstärkt systematisiert und strategisch weiterentwickelt werden kann. Darüber hinaus werden einzelne Maßnahmen gemeinsam mit anderen Hochschulen (z.B. Self-Assessments für Studieninteressierte) sowie in Kooperation mit Schulen und anderen Institutionen umgesetzt. Mit diesem Beitrag wird ein Projekt vorgestellt, das in erster Linie als Reaktion auf die veränderten Rahmenbedingungen durch die neue Form der Hochschulsteuerung einzustufen ist und darstellt wie im Sinne einer agilen Organisation das Projekt mit den beteiligten Stakeholdern umzusetzen. Weiters greifen die konkreten Maßnahmen eines Guided Start die gesellschaftlichen Transformationsprozesse auf, wie Digitalisierung (z.B. verstärkter Einsatz von MOOCs bei Brückenkursen für StudienanfängerInnen) oder Öffnung der Universität durch die „third mission“ (z.B. Integration von Studienmarketingmaßnahmen durch öffentlichen Veranstaltungen). Der Beitrag für den Transformationsbereich Studium und Lehre stellt einerseits eine Reaktion auf das neue Governance- und Steuerungsmodell für die österreichische Universitätslandschaft dar (Mesoebene) und zeigt andererseits die konkreten organisationalen Lern- und Anpassungsleistungen an diese veränderten Rahmenbedingungen am Beispiel der TU Graz auf (Mikroebene).

Freitag, 22.03.2019

11:45 - 12:45 Uhr / Raum G40B-326

Hat sich das Lehrengagement seit der Einführung des New Public Managements verändert?

Uwe Wilkesmann, Sabine Lauer (TU Dortmund)

Der Vortrag möchte der Forschungsfrage nachgehen, ob sich das Lehrengagement von deutschen UniversitätsprofessorInnen nach 15 Jahren New Public Management (NPM) verändert hat. Die Datenbasis hierzu liefern zwei Befragungen aus den Jahren 2009 (n = 1.119, Rücklaufquote: 14 %) und 2016/17 (n = 2.663, Rücklaufquote: 14 %). Als ein integraler Bestandteil des Lehrengagements wird die Wichtigkeit der Lehrmethodik verstanden (Wilkesmann & Schmid 2012).

Insgesamt wurden drei Hypothesen regressionsanalytisch untersucht, wobei zur theoretischen Untermauerung auf die Self-Determination Theory (SDT; Ryan & Deci 2000, 2006; Wilkesmann & Schmid 2014) und das Konzept von transaktionaler and transformationaler Governance (Wilkesmann 2013, 2016; Lauer und Wilkesmann 2017) zurückgegriffen wurde.

H1: Je höher der Grad der Selbstbestimmung in der Lehre, desto höher die Wichtigkeit, die man

der Lehrmethodik zuschreibt.

H2: Selektive Anreize für die Lehre haben (nach wie vor) keinen Effekt auf die Wichtigkeit der Lehrmethodik.

H3: Je unterstützender die Lehrkultur wahrgenommen wird, desto höher die Wichtigkeit der Lehrmethodik.

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass die Wichtigkeit der Lehrmethodik nach wie vor im höchsten Grade selbstbestimmt motiviert ist. Es lassen sich erste positive – wenn auch schwache – Effekte einer transformationalen Governance auf die Wichtigkeit der Lehrmethodik empirisch nachweisen, nämlich organisationale Anstrengungen einer ‚teaching supportive culture‘ (Feldman & Paulsen 1999). Wie erwartet, sind selektive Anreize anscheinend nach wie vor kein Anlass für ProfessorInnen, ihrer Lehrmethodik mehr Wichtigkeit zuzuschreiben. Dennoch lässt der Vergleich der beiden Datensätze erkennen, dass nicht nur mehr selbstbestimmte Formen der Lehrmotivation an Einfluss gewonnen haben, sondern auch Gefühle der Schuld und des Unwohlseins seitens der Professorenschaft verspürt werden, wenn die Lehrpflichten vernachlässigt werden.

Bewertung universitärer Lehre: Gegenwärtige Praxis in Deutschland und internationale Beispiele

Edith Braun (Universität Gießen), Axel Oberschelp, Ulrike Schwabe (Deutsches Zentrum für Hochschul- und Wissenschaftsforschung)

Zu den veränderten Rahmenbedingungen des Wissenschaftssystems zählen zunehmender Wettbewerb und Kennzahlenorientierung. Um Forschungs- und Lehrleistungen mess- und damit bewertbar zu machen, haben sich unterschiedliche Verfahren der Leistungsbewertung durchgesetzt. Während sich im Bereich der Forschung bibliometrische Verfahren als nicht unumstrittene, aber doch weitestgehend konkurrenzlose Standards zur Messung und Bewertung von Forschungsleistungen etabliert haben, ist die Situation im Bereich der (universitären) Hochschullehre durch eine große Heterogenität der Zugänge und Verfahren charakterisiert. Derzeit sind kaum standardisierte Bewertungspraktiken etabliert, um Leistungen in der Lehre vergleichbar zu machen. Im Zentrum dieses konzeptionellen Beitrags stehen zwei Fragen:

(a) Wie werden Leistungen im Bereich der universitären Lehre in Deutschland derzeit abgebildet? Welche Instrumente auf welchen Ebenen werden herangezogen?

(b) Können Beispiele für Leistungsbewertung hochschulischer Lehre aus anderen Ländern Impulse für die deutsche Entwicklung geben?

Die systematische Zusammenschau gegenwärtig eingesetzter Instrumente zur Leistungsmessung hochschulischer Lehre zeigt, dass diese in zwei Bereiche eingeteilt werden können: a) Standardisierte Messinstrumente, vor allem Befragungen aus einer Multi-Akteursperspektive, sowie b) Berichtssysteme und Bildungsmonitoring auf unterschiedlichen administrativen Ebenen.

Insgesamt wird für die standardisierte Leistungsbewertung hochschulischer Lehre in Deutschland Optimierungsbedarf festgestellt. In einem weiteren Schritt werden daher exemplarisch internationale Fallbeispiele in den Blick genommen. Abschließend ist zu konstatieren, dass ein abgestimmtes und zukunftsorientiertes Konzept für die Etablierung eines umfassenden Bewertungsmaßstabs, welcher sowohl die Einschätzung als auch die systematische Vergleichbarkeit von Leistungen im Bereich universitärer Lehre ermöglicht, noch entwickelt werden muss.

Third Mission (Track III)

Donnerstag, 21.03.2019

10:15 - 11:15 Uhr / Raum G40B-331

Die Vergesellschaftung der Wissenschaft in der Wissensgesellschaft? - Vom Zusammenhang des Wissens- und Technologietransfers mit der normativen Orientierung von Wissenschaftler*innen

Nicolai Götze, Christian Schneijderberg (Universität Kassel)

Im Zuge der gesellschaftlichen Einbettung der Wissenschaft in der Wissensgesellschaft wird eine Verschiebung von wissenschaftlichen Normen hin zur normativen Orientierung an sozialen Kriterien angenommen. Anhand des APIKS-Surveys (2018) wird der Zusammenhang von verschiedenen Dimensionen des WTT's und der normativen Orientierung von Wissenschaftler*innen in differenten disziplinären und organisationalen Kontexten überprüft.

Gelingsbedingungen für einen erfolgreichen Transfer in der wissenschaftlichen Weiterbildung

Linda Häßlich (BTU Cottbus-Senftenberg)

Die gesellschaftliche Öffnung der Universitäten im Sinne der Third Mission stellt diese vor die Herausforderung, ökonomisch verwertbares Wissen in die Gesellschaft zu transferieren (Etzkowitz & Webster, 1998) und lebenslanges Lernen zu ermöglichen. Wissenschaftliche Weiterbildung zählt zu den Kernaufgaben einer Hochschule (HRG §2 Abs. 1; Bade-Becker, 2017) und stellt eine Möglichkeit des Wissenstransfers dar.

Der Vortrag leistet auf Basis empirischer Ergebnisse einen Beitrag zur idealiteren Ausgestaltung von Weiterbildungsangeboten zur Steigerung des Transfers zwischen Wissenschaft, Praxis und Gesellschaft sowie umgekehrt.

Donnerstag, 21.03.2019

11:30 - 12:30 Uhr / Raum G40B-331

“Lehre lieber ungewöhnlich”: Vermittlungsaktivitäten der Kinderuni Wien 2018 aus Sicht der Lehrenden

Daniela Fasching, Vanessa Hanneschlaeger (Österreichische Akademie der Wissenschaften)

Unter den von Hochschulen gesetzten Maßnahmen für Wissenschaftskommunikation, die auf die

Erschließung neuer Zielgruppen und der Disseminierung wissenschaftlicher Aktivitäten innerhalb der Gesellschaft abzielen, hat sich im Laufe der letzten 15 Jahre das Format der Kinderuni als besondere Form herausgebildet. Während die unter dem Namen Kinderuni laufenden, und innerhalb unterschiedlichster (bildungs-)politischer, disziplinärer und institutioneller Kontexte entstehenden Programme von großer Heterogenität geprägt sind, ist ihnen grundsätzlich das Bestreben gemein, “to go beyond the boundaries of the traditional mission of universities and research institutions [... and to turn] towards a wider audience within society.” (Gary & Dworsky 2013: 2) Typischerweise konzipiert als Vermittlungsaktivitäten, die auf einen direkten Austausch zwischen Forschenden und Kindern gründen, können Kinderunis in all ihrer Vielfalt als Ausdruck einer fortschreitenden Umpositionierung von Forschenden und akademischen Institutionen in Relation zur Gesellschaft gesehen werden.

Der Frage, inwieweit Kinderunis selbst transformative Potentiale beinhalten, und welche kalkulierten oder unverhofften Transformationsimpulse von ihnen einerseits in Richtung Gesellschaft, andererseits in Richtung der Hochschule ausgehen, möchten wir in diesem Beitrag nachgehen. Unsere auf einer Umfrage unter den teilnehmenden Lehrenden basierende Fallstudie zur Kinderuni Wien im Sommer 2018 knüpft damit an eine Frage an, die schon Gary und Dworsky 2013 im Rahmen einer kurzen Bestandsaufnahme zum Phänomen Kinderuni stellten: “[H]ow are science communication programmes for and with children and the transformation of higher education institutions linked to each other? [...] Is it] possible to establish a process of mutual enrichment that involves children as well as academics at various levels?” (Ebd.) In Referenz auf die Eigenwahrnehmung der Lehrenden untersucht die Umfrage projektierte und beobachtete Auswirkungen der Kinderuni-Aktivitäten und erlaubt einen Überblick über Motivationen und Zielsetzungen der Beteiligten einerseits, auf rückwirkende Effekte der vermittlerischen Initiativen auf die restliche Forschungstätigkeit andererseits. Im Austausch mit dem European Children's Universities Network, das Kinderunis “catalysts for change in science with and for society” (EUCU.NET 2014) nennt, haben wir festgestellt, dass statistische Untersuchungen zu Kinderunis bislang rar sind und ein Desideratum der in diesem Bereich tätigen Wissenschaftsvermittler*innen darstellen. Als ein erster Schritt auf dem Weg zum Schließen dieser Forschungslücke fokussiert unsere empirische Untersuchung auf das konkrete Fallbeispiel der Kinderuni Wien Wissenschaft. Im Rahmen der Kinderuni Wien werden jeden Sommer über einen Zeitraum von 3-4 Wochen eine große Anzahl (2018: 430) an Lehrveranstaltungen (Vorlesungen, Seminare und Workshops) angeboten, die jeweils als Einzelveranstaltungen mit einer Dauer von 1-3 Stunden konzipiert sind. Die Kinder können so viele Veranstaltungen besuchen und die Lehrenden so viele (und so oft) anbieten, wie sie möchten.

Unsere Lehrenden-Umfrage untersucht neben Fragen zu Motivation, Herangehensweise und Rückwirkung auch Form und Frequenz vergangener Beteiligungen, den disziplinären sowie institutionellen Hintergrund der Lehrenden. Um die Repräsentativität des Umfragerücklaufs einordnen zu können, werden die Ergebnisse einer systematischen Auswertung des online-Programms gegenübergestellt, die weiters einen Überblick über die Repräsentation bestimmter Disziplinen oder Themenbereiche im Programm geben kann. In unserem Vortrag werden die Ergebnisse der Umfrage und der Auswertung des Programms präsentiert, miteinander kontextualisiert und erste Schlüsse, die sich daraus ziehen lassen, vorgestellt.

Boom des dualen Studiums: Kritische Reflexion quantitativer und qualitativer Entwicklungen

Lisa Mordhorst, Saskia Ulrich, Sigrun Nickel (CHE gemeinnütziges Centrum für Hochschulentwicklung)

Donnerstag, 21.03.2019

13:30 - 14:30 Uhr / Raum G40B-331

Ein stärkerer Austausch zwischen Hochschulen und Arbeitswelt etabliert sich im tertiären Bildungsbereich zunehmend. Nicht nur die Erhöhung der Durchlässigkeit zwischen beruflicher und akademischer Bildung, sondern auch die engere Verzahnung von Theorie und Praxis in den Curricula sowie der Einsatz dafür geeigneter Lehrmethoden sind in diesem Zusammenhang viel diskutierte Themen. In diesem Kontext hat sich eine Studienform besonders rasant entwickelt und zwar das duale Studium. Die Geschwindigkeit dieses Booms hat aber auch ihre Schattenseiten. So fehlt es oft an transparenten Kriterien, anhand derer Interessierte beurteilen können, ob das jeweilige duale Studienangebot zu ihnen passt. Zugleich zeigt sich an etlichen Stellen Verbesserungsbedarf, z.B. in der Verzahnung von Theorie und Praxis.

Vor diesem Hintergrund verfolgt der Vortrag folgende Ziele: Zunächst soll das Wachstum des dualen Studiums in den 16 Bundesländern anhand aktueller empirischer Daten im Zeitverlauf seit Anfang der 2000er Jahre analysiert werden. Darauf aufbauend werden zwei zentrale Reformbaustellen vertieft beleuchtet: Zum einen wird ein indikatorengestützter Ansatz für eine größere Transparenz der Angebote vorgestellt; zum anderen werden Anregungen zur weiteren strukturellen Verbesserung des dualen Studiums aufgezeigt. Der Vortrag basiert auf den Ergebnissen zweier empirischer Studien (Mordhorst et al. im Erscheinen und Nickel et al. 2018) und einer Indikatorenentwicklung (CHE Ranking 2017/18 und CHE Ranking 2019/20) zur vergleichenden Darstellung dualer Studienprogramme im CHE Ranking.

Die erstgenannte quantitative Studie vergleicht erstmals die Entwicklung in den einzelnen Bundesländern miteinander. Bislang gibt es fast ausschließlich bundesweite Analysen. Es zeigt sich, dass das Wachstum auf Landesebene stark variiert.

Um den mit der Expansion einhergehenden Transparenz- und Qualitätsbedarfen gerecht zu werden, bildet das CHE Ranking Informationen zu dualen Studiengängen mit eigenen Indikatoren ab, die den Spezifika dieser besonderen Studienform Rechnung tragen sollen. Initial mit dem CHE Ranking 2017/18 wurde die Indikatorenentwicklung im Austausch mit Expertinnen und Experten in Gang gebracht. Eine Fortsetzung mit noch tiefergehenden Fragestellungen findet zurzeit statt und wird im Mai 2019 veröffentlicht. Im Vortrag werden Untersuchungsergebnisse zum Grad der Verzahnung von Studium und Lehre und zu den Vertragsmodalitäten im dualen Studium präsentiert.

An die beiden zuletzt genannten Punkte knüpft die Studie von Nickel et al. an, welche im Rahmen eines von der Hans-Böckler-Stiftung geförderten zweijährigen Forschungsprojekts entstand. Mit Hilfe einer Trendanalyse, einer Befragung von Studierenden und einer Reihe von Fallstudien wurden u.a. Empfehlungen zur qualitativen Verbesserung des dualen Studiums entwickelt. Im Vortrag werden Handlungsfelder für Hochschulen, Arbeitgeber und die Politik vorgestellt.

Innovative curriculare Transformationen im Bachelorstudium: Liberal Arts Studiengänge in Großbritannien und den Niederlanden.

Tim Hoff (Universität Hamburg)

Was an Universitäten geschehen soll, zu was und wie Student*innen (aus-)gebildet werden sollen, ist ein schillerndes gesellschaftliches Debattenthema – „Bildungsfragen sind Gesellschaftsfragen“ (Klafki 2007:49). Gesellschaftliche Transformationsprozesse treiben den Diskurs um Hochschulbildung sowie eine fortlaufende Implementierung neuartiger Studiengänge an (vgl. HRK 2017:9). Seit knapp drei Jahrzehnten stechen dabei im Bachelorbereich „Liberal Arts (and Sciences)“ Studiengänge in besonderer Form hervor. Wenngleich es an einer universellen Definition fehlt, ist der Mehrzahl dieser Studiengänge gemein, dass sie es Student*innen ermöglichen, themen- statt disziplinenorientiert zu studieren und individuelle, interdisziplinäre Curricula zu entwerfen. Die Studienprogramme haben den Anspruch, mit einem hohen Maß an Wahlfreiheit und einer inhaltlichen Breite über einzelne wissenschaftliche Disziplinen hinweg eine zeitgemäße Alternative zu traditionellen Studiengängen darzustellen.

In Europa existieren gegenwärtig 62 akkreditierte Liberal Arts Studiengänge, Tendenz steigend (vgl. Hoff & Kontowski 2017). Die wenigen bisherigen Untersuchungen, die diese neuartigen Studiengänge und ihr stetiges Wachstum einzuordnen versuchen, berufen sich auf nationale und internationale Hochschulreformen oder ziehen die Relevanz neuer hochschuldidaktischer Ansätze zur Erklärung heran (vgl. Dekker 2017; van der Wende 2011). Eine umfassende Erforschung der Verfasstheit und Bildungsziele von Liberal Arts Studiengängen in Europa steht jedoch bislang aus. Dabei erscheint insbesondere ein Blick auf die Strukturen der Liberal Arts Curricula lohnenswert: Wie viel individuelle Wahlfreiheit wird den Student*innen dort zugestanden? Wie genau entstehen interdisziplinäre Curricula? Welche Pflichtanteile gibt es in den jeweiligen Studiengängen? Verbunden mit meiner Promotion – einer systematischen bildungstheoretischen Analyse von Liberal Arts Studiengängen in Europa – möchte ich letzteren Fragen im Rahmen meines Beitrags für die 14. Jahrestagung der Gesellschaft für Hochschulforschung nachgehen.

Für den Beitrag fokussiere ich mich auf Liberal Arts Curricula in Großbritannien und den Niederlanden – zwei Ländern, die als Vorreiter von Liberal Arts Studiengängen in Europa gelten können. Auf der Grundlage von Dokumenten sowie von teilstandardisierten Expert*inneninterviews mit knapp 20 Studiengangleiter*innen untersuche ich die curricularen Strukturen mittels einer inhaltlich strukturierenden qualitativen Inhaltsanalyse unter der Erstellung gemischt deduktiv-induktiver inhaltlicher Kategorien (vgl. Kuckartz, 2016; Schreier, 2014).

Der Begriff „Curriculum“ lässt sich unterschiedlich deuten. Er kann für bestimmte Inhalte stehen, die es zu vermitteln gilt (als Bildungskanon), für Lernziele und Kompetenzen, die am Ende eines formalisierten Bildungsprozesses erreicht sein soll (als learning outcomes), als ein dialogischer Prozess, der die Lernenden miteinbezieht, und mehr. In der Analyse von Liberal Arts Curricula treten zwei konzeptionelle Dimensionen der Curricula in den Vordergrund (vgl. Annala u. a. 2016:173): i. „Ownership“: Wer verfügt über das Curriculum bzw. inwiefern partizipieren Student*innen an des-

sen Aufbau? Wie viel Wahlfreiheit besteht für die Student*innen? Welche Module sind verpflichtend vorgegeben?

ii. „Knowledge“: Welchen Stellenwert hat Wissen innerhalb des Curriculums? Welche Informationen und Fähigkeiten sollen erlernt werden? Geht es um Prozesse, die den Modus der Aneignung bestimmter Inhalte verändern, im Sinne transformatorischer Bildungsprozesse (vgl. Koller 2012)?

Anhand der genannten Dimensionen lassen sich Liberal Arts Studiengänge in einer mehrdimensionalen Matrix verorten. Daran werde ich aufzeigen, in welche neuen Verhältnisse die unterschiedlichen curricularen Ansätze den Stellenwert von Fachwissen, Schlüsselqualifikationen und fachübergreifendes Wissen im Bachelorstudium setzen. Dies wird sogleich Grundlage sein, um Liberal Arts Studiengänge als beachtenswerte Alternative zu disziplinenorientierten Studiengängen auszuweisen.

Wie interdisziplinär sind interdisziplinäre Studiengänge? Intellektuelle Integration und Studienoutcomes

Anna M. Claus, Bettina S. Wiese (Rheinisch-Westfälische Technische Hochschule Aachen)

Interdisziplinarität betrachtet komplexe Probleme, welche von einer Fachdisziplin alleine nicht gelöst werden können, um Innovationen zu erzielen (Sung et al., 2003). Interdisziplinäre Studiengänge wie Wirtschaftspsychologie und Medizintechnik haben in den letzten Jahren an Bedeutung gewonnen. Aus den USA ist bekannt, dass sich die Anzahl interdisziplinärer Studiengänge dort in den vergangenen Dekaden mehr als verdoppelt hat (Brint, Turk-Bicakci, Proctor & Murphy, 2009). Auch in Deutschland ist ein Anstieg an interdisziplinären Studiengängen zu verzeichnen, allerdings lässt hier diesbezüglich die Hochschulstatistik keine präzisen Aussagen zu. Interdisziplinäre Studiengänge unterscheiden sich erheblich darin, wie sehr die intellektuelle Integration der beteiligten Fachbereiche im Studienprogramm didaktisch umgesetzt wird (Armstrong, 1980). Während einige Programme eine enge thematische Verknüpfung aufweisen (z.B. durch ein übergeordnetes Thema wie „Energie“ oder „Europa“), belassen es andere Programme bei einem Nebeneinander von Veranstaltungen der beteiligten Disziplinen. Der vorliegende Beitrag beschäftigt sich mit der Frage, ob das Ausmaß der Verknüpfung der Fachdisziplinen im Sinne intellektueller Integration für die Zufriedenheit und das Commitment der Studierenden relevant ist. Des Weiteren werden basierend auf Tintos Modell des Studienverbleibs (Tinto, 1993) die Integration in die Peer-Gruppe (soziale Integration) und der Kontakt mit dem wissenschaftlichen Personal (akademische Integration) als Mediatoren betrachtet. Hierbei ist davon auszugehen, dass in einzelnen interdisziplinären Studiengängen der Kontakt zur Peer-Gruppe sowie dem wissenschaftlichen Personal erschwert wird zum Beispiel geringere Kontakthäufigkeit.

Hierzu wurde eine Online-Fragebogenerhebung durchgeführt. Die den Analysen zugrundeliegende Stichprobe bestand aus 306 Studierenden interdisziplinärer Studiengänge (58.2% Frauen, durchschnittlich 23 Jahre alt). Zweidrittel der Studierenden waren in einen Bachelorstudiengang eingeschrieben, 79.1% der Studierenden studierte an einer Universität. 19.0% der Teilnehmenden gaben an, dass ihr Studiengang ein übergeordnetes Thema habe (z.B. Europa, Simulation, Korruption).

Die Studierenden wurden hinsichtlich der erlebten intellektuellen Integration der Fachbereiche im Studiengang befragt. Als Studienerfolgsmaße wurden Studienzufriedenheit, Abbruchintentionen und Studienerfolgserwartungen erhoben. Zusätzlich gaben die Studierenden Auskunft zu ihrer sozialen Einbindung in die Peergruppe und ihrer akademischen Integration (hier: Kontakt mit dem wissen-

schaftlichen Personal).

Das Ausmaß der intellektuellen Integration im Studienprogramm hing positiv mit der Studienzufriedenheit zusammen und ging mit geringeren Abbruchintentionen einher. Ein hoher Grad der intellektuellen Integration war überdies mit höheren Studienerfolgserwartungen assoziiert. Mediationsanalysen zeigten, dass der Zusammenhang zwischen der erlebten intellektuellen Integration im interdisziplinären Studiengang und den Outcomes durch soziale und akademische Integration vermittelt wird. Die Integration in die Studierendengruppe und der Kontakt zu den Lehrenden können die Effekte fehlender Verknüpfung der Studiengänge abmildern.

Die Ergebnisse werden in ihrer Relevanz für die Entwicklung und Evaluation von interdisziplinären Studiengängen diskutiert.

Donnerstag, 21.03.2019

15:00 - 16:30 Uhr / Raum G40B-331

Differenz in der Hochschullehre - gesellschaftliche Erwartungen in medialen und Professionsdiskursen

Nadine Bernhard (Humboldt-Universität zu Berlin)

In den Hochschulen, die jahrzehntelang nur der Ausbildung der Elite dienten, verändert sich die Zusammensetzung der Studierendenschaft durch unterschiedlichste Entwicklungen: dem Transformationsprozess in Richtung einer Wissensgesellschaft und der einhergehenden Bildungsexpansion und Massifizierung der Hochschulen, wachsende Bedeutung der Hochschulen im Rahmen des lebenslangen Lernens, technologischem Wandel, durch die UN Behindertenrechtskonvention (UN-BRK) neu entfachte Forderungen nach Inklusion, eine kontinuierlich zunehmende Internationalisierung in Form von internationaler Studierendenmobilität sowie durch den Zugang von geflüchteten Studierenden. Dabei sind viele dieser Entwicklungen nicht auf einzelne Nationalstaaten begrenzt, sondern weltweite Phänomene. Vor diesem Hintergrund werden zunehmend Forderungen an die Hochschulen nach einer stärkeren Unterstützung der heterogener werdenden Studierendenschaft z.B. beim Zugang, der Studienorganisation und-beratung aber auch in der Lehre gestellt, wie auch in Deutschland im Rahmen von Projekten des Qualitätspakts Lehre. Diese Forderungen werden zum Teil ebenfalls durch internationale und supranationale Organisationen verstärkt. Doch inwiefern werden diese Forderungen auch in Hinblick auf Hochschullehre in der Öffentlichkeit sichtbar?

Ausgehend von einem organisationssoziologischen Verständnis, dass Hochschulorganisationen externen Umwelterwartungen ausgesetzt sind, auf die sie reagieren müssen, um ihre Legitimität zu erhalten (Meyer/Rowan, 1977), soll dieser Beitrag analysieren, welche institutionellen Erwartungsstrukturen in Bezug auf einen Umgang mit Heterogenität in der Lehre an deutsche Hochschulen in Medien und Professionsdiskurs der Hochschullehre*innen gestellt werden. Dem Institutionenbegriff von Scott (2008) folgend kann zwischen einer regulativen, normativen und kulturell-kognitiven institutionellen Dimension unterschieden werden. So finden sich die Erwartungsstrukturen in der regulativen Dimension durch bestehende Gesetze und Ordnungen, aber auch in öffentlichen und Professionsdiskursen, in denen stärker die bestehenden Normen und Werte sowie Selbstverständlichkeiten sichtbar werden. Die in den Medien gespiegelten Erwartungen können dabei handlungsleitend sein

für die Hochschulorganisationen und die Lehrenden. Zudem wird in den Mediendiskursen auch für die Gesellschaft und damit auch zukünftige Studierende ein Verständnis der Institution Hochschule konstruiert, so dass nicht traditionelle Studierende sich mehr oder weniger angesprochen fühlen können, ein Studium aufzunehmen.

Inwiefern ist differenzsensible Hochschullehre eine Forderung, die in der Medien- und Profession-öffentlichkeit diskutiert wird? Welche Differenzkategorien werden als relevant für die Hochschullehre konstruiert? Inwiefern werden z.B. internationale Studierende, Geflüchtete oder Menschen mit Migrationshintergrund, Berufstätige als legitime Studierendengruppe konstruiert, die im Rahmen einer diversitätssensiblen Lehre unterstützt werden sollten? Wie wird der Bedarf einer differenzsensiblen Lehre legitimiert? Welche Wege werden diskutiert und welche Rolle spielen z.B. neue digitale Möglichkeiten in der Lehre, um die Lehre für nicht traditionelle Studierende zu öffnen?

In diesem Beitrag soll für die Jahre 2010 bis 2018 der Mediendiskurs der überregionalen Qualitätspresse (SZ, FAZ und ZEIT) sowie die vom deutschen Hochschulverband herausgegebene Zeitschrift „Forschung und Lehre“ analysiert werden. Die Analyse erfolgt mit Hilfe der qualitativen Inhaltsanalyse nach Gläser/Laudel (2006).

Da die Datenerhebung noch verläuft, kann dieser Abstract noch keine Ergebnisse liefern. Erste Ergebnisse sollen aber im Rahmen des Beitrages präsentiert werden.

Neuausrichtung der Machtstrukturen in der Hochschule durch Aufwertung der Rolle des Wissenschaftsmanagements

Justus Henke (Institut für Hochschulforschung Halle-Wittenberg)

Seit einigen Jahren gewinnen Interaktionen der Hochschulen mit Wirtschaft und Gesellschaft – häufig als „Third Mission“ oder „bidirektionaler Transfer“ bezeichnet – an hochschulpolitischer Bedeutung. Hochschulen stehen vor der Frage, wie sie ihre Third Mission strategisch entwickeln sollen. In diesem Zusammenhang wurden mit dem Wissenschaftsmanagement in unterschiedlichen Positionen Strukturen geschaffen, die die Hochschulleitung dabei operativ und konzeptionell unterstützen sollen. Diese leisten, anders als traditionelle Verwaltungspositionen, mehr Management- als Verwaltungstätigkeiten. Sie erschließen sich dabei exklusives Wissen über Prozesse der Third Mission, etwa eigene Kontakte außerhalb der Hochschule. Prinzipiell verschafft dies den Wissenschaftsmanager:innen Gelegenheiten, selbstbewusster gegenüber Hochschulleitung und Wissenschaftler:innen aufzutreten und somit eigene Sichtweisen stärker zu vertreten. Genau das könnte für ihre Professionalisierung hilfreich sein, denn bislang mangelt es an gemeinsamer Selbstwahrnehmung, klarem Rollenprofil oder Qualitätsstandards. Anhand der Analyse der Beziehungen des Wissenschaftsmanagements zu Wissenschaftlern und Hochschulleitung wird die Frage beantwortet, welche Möglichkeiten das Wissenschaftsmanagement besitzt, um seinen Einfluss auf Durchführung und Kommunikation der Third Mission geltend zu machen und inwiefern ihnen das tatsächlich gelingt. Die theoretische Untersuchung konzentriert sich hierbei, aufbauend auf dem Modell von Crozier und Friedberg (1979)[1], auf Machtbeziehungen zwischen Wissenschaftsmanagement, Hochschulleitung und Professuren als die drei zentralen Akteure der hochschulischen Third Mission. Unter dem Blickwinkel der Macht rücken die Möglichkeiten der Wissenschaftsmanager:innen in den Fokus, durch Einsatz eigener Machtressourcen – etwa Kontrolle über spezifisches Sachwissen oder Umweltkontakte – Einfluss auf die Entscheidungen anderer Akteure zu nehmen. Im Alltag wird die Einflussnahme durch bestimmte mikropolitische Taktiken übersetzt, die das Handeln in den Bezie-

hungen auf unterschiedliche Weise bestimmen. Es wird angenommen, dass bestimmte Taktiken die Machtressourcen der Wissenschaftsmanager:innen besonders wirkungsvoll ins Spiel bringen was letztlich zur ihrer professionellen Etablierung beiträgt.

Auf empirischer Ebene wurden 27 Interviews mit Wissenschaftsmanager:innen, Vertreter:innen der Hochschulleitung und Professor:innen an vier Hochschulen geführt und geprüft, ob sich die theoretisch hergeleiteten Modi der Machtbeziehungen in den Fallbetrachtungen wiederfinden bzw. modifiziert werden müssen. Die Befunde legen nahe, dass nicht Umweltbeziehungen als Machtressource unmittelbar relevant in den Beziehungen mit anderen Akteuren in der Hochschule sind, sondern stattdessen, im Verhältnis zu Wissenschaftlern, überwiegend das spezifische Sachwissen und nützliche Beziehungen zu anderen Hochschulangehörigen, vereinzelt auch Regelwahrung bei formalisierteren Prozessen. Die Auswertung ergibt ferner, dass Wissenschaftsmanager:innen bei der Durchführung ihrer Third-Mission-bezogenen Tätigkeiten im Regelfall auf eher sanfte Taktiken wie Idealisierung und sachliche Argumentation zurückgreifen. Dennoch gelingen immer wieder Tauschgeschäfte und damit mutigere Formen der Einflussnahme auf Wissenschaftler:innen. Eher selten wurde dominantes Auftreten bei der Durchsetzung bestimmter Regeln beobachtet. Als die aggressivste taktische Variante führte sie zugleich am seltensten zum Erfolg. Insgesamt funktionieren die Beziehungen zur Hochschulleitung und den Wissenschaftler:innen – auch wenn die Kooperation oft nur mit Mühe gelingt. Letztlich ist ein professionelles Rollenverständnis nur bei Teilen des Wissenschaftsmanagements erkennbar. Während ein Teil der Wissenschaftsmanager:innen sich weiterhin als Verwaltungseinheit begreift und lieber mehr Durchgriffsrechte hätte, gibt sich der andere Teil eigenständiger und setzt auf fachliche Expertise und Beratungstätigkeit in Bezug auf die Third Mission. Für die weitere Professionalisierung gilt somit, dass sich eine Kultur der Eigenverantwortung und gemeinsamer Selbstwahrnehmung erst noch durchsetzen muss.

Management (Track IV)

Donnerstag, 21.03.2019

10:15 - 11:15 Uhr / Raum G40B-140

Politische Steuerung von Hochschulen mittels Kennzahlenberichten

Björn Möller (HIS - Institut für Hochschulentwicklung)

Im Rahmen ihrer Berichtspflichten erstellen die Universitäten regelmäßig sowohl qualitative als auch kennzahlenbasierte Darstellungs- und Informationsberichte, die in einem ersten Schritt der Politik und in einem zweiten der breiten Öffentlichkeit verfügbar gemacht werden. Die politische Verwendung der erstellten Berichte (Politik hier vertreten durch die Wissenschaftsministerien der Bundesländer) steht im Zentrum meines Promotionsvorhabens. Während einige der Kennzahlenberichte aus eigenem Antrieb von den Universitäten erstellt werden, um beispielsweise die eigene Universität selbst zu präsentieren (bspw. „Zahlenspiegel“, „Die Universität in Zahlen“ etc.), müssen andere Berichte auf Wunsch der jeweiligen Landesministerien verpflichtend von den Universitäten angefertigt werden. Beispielhaft seien hier die Lieferung der hochschulspezifischen Studierenden-, Personal- oder Finanzdaten an die statistischen Landesämter sowie die Erstellung eines ordnungsgemäßen Jahresabschlusses erwähnt. Die politische Steuerung von Hochschulen entspräche demzufolge der Analyse und Diskussion der ökonomisch geprägten Kennzahlenberichte sowohl innerhalb der jeweiligen Landesministerien als auch zwischen den politischen und den entsprechenden VertreterInnen aus den Hochschulen. Als zentrale Fragestellung lässt sich hieraus ableiten: (Wie) Bewertet und steuert die Politik Hochschulen über ihre kennzahlenbasierten Darstellungs- und Informationsinstrumente?

Im Rahmen des Beitrags soll zunächst erläutert werden, welche Berichtspflichten den Hochschulen auferlegt sind, welche Akteure am Steuerungsprozess beteiligt sein könnten und wie dieser Prozess aussehen kann. Ersteres wird mit Hilfe der institutionellen Isomorphie des Neo-Institutionalismus geschehen. Der institutionellen Isomorphie folgend gibt es drei Möglichkeiten die Einführung von ökonomisch geprägten Kennzahlenberichten in das Hochschulsystem zu erklären: Zwang, Mimese und normativer Druck. (Meyer & Rowan 1977; DiMaggio & Powell 1983) Über eine Beschreibung der Isomorphie wird sich anschließend den am Steuerungsprozess beteiligten Akteuren genähert. Das Verhältnis der Akteure wird über die Prinzipal-Agenten-Theorie erklärt. Demnach bestehen zwischen der Politik als Prinzipal und den Hochschulen als Agenten unter anderem Informationsasymmetrien hinsichtlich der Bewertung und Einordnung der Kennzahlenberichte. Weiterhin wird in einem zweiten Schritt der Austausch zwischen Politik- und HochschulvertreterInnen, in der Theorie beschrieben durch die ex-ante- und ex-post-Steuerung, dargestellt. (McCubbins et al. 1987; McCubbins 1999; Gilardi/Braun 2002) Diese Analysen erlauben später beispielsweise Rückschlüsse auf den Steuerungsprozess, die Steuerungsart oder den Steuerungswillen zwischen Politik und Hochschule.

Basierend auf einem zweistufigen Forschungsdesign wurde zunächst eine Dokumentenanalyse der öffentlich verfügbaren Kennzahlenberichte sowie Rahmenbedingungen des jeweiligen Bundeslandes durchgeführt. Neben der Definition des Forschungsfeldes dient diese vornehmlich der intensiven Vorbereitung der Datenerhebungsphase in den Universitäten und Wissenschaftsministerien. Je Bundesland werden in dieser zweiten Phase an zwei Universitäten und im Wissenschaftsministerium

ExpertInneninterviews geführt, um insbesondere Informationen über den Austausch zwischen den beteiligten Akteuren zu erhalten.

Im Rahmen des Vortrags werden vorläufige Ergebnisse eines Bundeslandes, basierend auf der Analyse der Dokumente und ExpertInneninterviews sowie erste Querbezüge zu anderen Bundesländern, präsentiert. Die ersten Erkenntnisse legen bereits die Vermutung nahe, dass die genutzten Kennzahlenberichte sowie der diesbezügliche Austausch in Gänze nach jetzigem Stand eher heterogen zwischen den betrachteten Bundesländern sind. Es kristallisieren sich jedoch bundeslandübergreifende Gemeinsamkeiten heraus. Beispielsweise findet der Austausch zwischen den Akteuren in einigen Bundesländern lediglich formalisiert und in der Regel termingebunden statt, während VertreterInnen in anderen Bundesländern einen kurzfristigen und informellen Austausch bevorzugen.

Ökonomisierung der Hochschulen: ein Analysemodell und Überlegungen zu einer Forschungsagenda

Bernd Kleimann (Deutsches Zentrum für Hochschul- und Wissenschaftsforschung)

Der Beitrag greift Ökonomisierungstendenzen im Hochschulsystem (Geißler 2016; Lohr 2013; Münch 2011; Krijnen 2011) als eine Facette der Transformation des Verhältnisses von Wissenschaft und Gesellschaft auf. Ausgehend von einer differenzierungstheoretischen Konzeption von Gesellschaft (Luhmann 1997) wird Ökonomisierung dabei zunächst allgemein als Vordringen von ökonomischen Logiken und Strukturen in nicht-ökonomische Gesellschaftsbereiche verstanden (Schimank/Volkmann 2008; Schimank/Volkmann 2017) – und zwar auf vier ineinander geschachtelten Ebenen: auf der Ebene gesellschaftlicher Teilsysteme (z.B. als Verdrängung medizinischer Programmlogiken durch Kosten- und Gewinn Gesichtspunkte), auf der Ebene organisationaler Felder (z.B. Privatisierungen im Krankenhaussystem), auf der Ebene der Strukturen von Einzelorganisationen (z.B. leistungsorientierte Mittelvergabe in Hochschulen) und auf der Ebene der individuellen Leistungsrezipienten und -produzenten (z.B. Erlösorientierung bei Chefärzten).

Kern des Beitrags ist ein analytisches Modell für die Untersuchung von Ökonomisierungsphänomenen auf der Ebene der organisationalen Binnenstrukturen von Hochschulen und der Ebene ihres organisationalen Feldes. Dabei wird zwischen einem grundlegenden und einem spezifischen Ökonomisierungsbegriff unterschieden. Der grundlegende Begriff bezeichnet den (trans-)intentionalen Bedeutungszuwachs des basalen, alle historischen Wirtschaftsformen auszeichnenden Bezugsproblems der Knappheit (Luhmann 1988; Hutter 1999) in sozialen Systemen und Handlungskontexten. Funktionssystemische Logiken werden dabei progredierend durch effizienzorientierte Aufwand-Ergebnis-Kalküle (Minimal-, Maximal- und Optimumprinzip) zurückgedrängt. Diese Form von Ökonomisierung, die sich als „Knappheitsregime“ bezeichnen lässt, kann alle Organisationstypen und organisationalen Felder erfassen – inklusive der Wirtschaft selbst.

Der spezifische Ökonomisierungsbegriff setzt dagegen die kapitalistische Wirtschaft, den Markt als ihren primären Governance-Mechanismus und das Unternehmen als archetypische Organisationsform voraus. Er bezeichnet auf der binnenstrukturellen Ebene von Organisationen die Umwandlung von Non-Profit-Einrichtungen in gewinnorientierte Unternehmen und auf der Ebene von organisationalen Feldern die Umstellung auf wirtschaftstypische Governance-Mechanismen sowie den quantitativen Zuwachs gewinnorientierter Einrichtungen. Diese Form der Ökonomisierung folgt – so könnte man sagen – einem „Profitregime“.

Wie wirken sich beide Ökonomisierungsregime nun in den anvisierten Analyseebenen des Hoch-

schulsystems aus?

(1) Binnenstrukturelle Ökonomisierungstendenzen lassen sich in Anlehnung an Peetz (2014) im Rückgriff auf Luhmanns (2000) organisationssoziologische Unterscheidung zentraler Strukturkomponenten von Organisationen identifizieren. Zu diesen Strukturen zählen Entscheidungsprogramme (Zweck- und Konditionalprogramme), Kommunikationswege, das Personal und die Organisationskultur. Als Ökonomisierung wird vor diesem Hintergrund der Transfer von Strukturelementen aus Wirtschaftsunternehmen in die Binnenstruktur von Hochschulen verstanden (strukturelle „Verbetrieblichung“). Eine partielle Verbetrieblichung erfolgt als Reaktion auf das Knappheitsregime; sie besteht in der Übertragung von unternehmenstypischen Kulturelementen (Label „unternehmerische Hochschule“), Personalstrukturen (akademische Controller), Kommunikationswegen (Managerialisierung, interne Märkte etc.) oder Entscheidungsprogrammen (z.B. Umweltbeobachtungs- und Qualitätssicherungsprogrammen) in die Hochschulen. Eine vollständige Verbetrieblichung (und mithin ein Organisationstypwechsel) erfolgt dagegen erst im Rahmen des Gewinnregimes durch die Umstellung der obersten, identitätsstiftenden Zweckprogramme auf Profitgenerierung, d.h. durch die unternehmenstypische Priorisierung von Gewinnzielen gegenüber substanziellen Organisationszwecken (hier Forschung und Lehre).

(2) Auf der Ebene des (öffentlichen) Hochschulsystems als eines organisationalen Feldes prägt sich Ökonomisierung unter dem Knappheitsregime als Umstellung der Governance von staatlicher Regulierung auf zielbezogene Output-Steuerung und auf quasi-marktförmigen Wettbewerb aus. Unter dem Gewinnregime kommt es zu einem durch Deregulierung ermöglichten quantitativen Vordringen privatwirtschaftlich agierender, gewinnorientierter Einrichtungen innerhalb der Hochschulpopulation. Der Beitrag schließt mit Ideen zu einer Forschungsagenda, die ausgehend vom Analysemodell drei komparativ angelegte Forschungsdesigns für die Analyse ausgewählter Ökonomisierungsdynamiken im Hochschulsystem entwirft.

Donnerstag, 21.03.2019

11:30 - 12:30 Uhr / Raum G40B-140

Informationsmanagement an deutschen Universitäten – Entwicklungen, Herausforderungen, Perspektiven

Felix Niggemann, Axel Oberschelp (Deutsches Zentrum für Hochschul- und Wissenschaftsforschung)

Die Messung universitärer Leistungen hat in den vergangenen Jahren eine beträchtliche Bedeutungszunahme erfahren, u.a. durch deren Kopplung mit Verfahren der Mittelallokation. Instrumente wie Ziel- und Leistungsvereinbarungen, leistungsbezogene Besoldung und leistungsorientierte Mittelzuweisung sind in der deutschen Universitätslandschaft weit verbreitet.

Dies hat zu beträchtlichen Veränderungen für diejenigen Akteure in den Universitäten geführt, die für die Bereitstellung von Informationen zu universitären Leistungen verantwortlich sind. Die Veränderungen betreffen v.a. das Aufgabenprofil, die organisatorische Verortung und die personelle und

technische Ausstattung der zuständigen Stellen.

Der Beitrag nimmt die gegenwärtigen Strukturen im Informationsmanagement deutscher Universitäten in den Blick und skizziert dabei aktuelle Herausforderungen und mögliche Entwicklungsperspektiven.

Governance-Transformation im Schatten der Hierarchie?

Karsten König (Fachhochschule Dresden)

Governance-Transformation im Schatten der Hierarchie?

Eine der vielfältigen Antworten auf das zum Ende des vorigen Jahrhunderts diagnostizierte Staatsversagen im Hochschulbereich war die vermeintliche Transformation eines hierarchischen Steuerungsmodells hin zu kooperativen Steuerungsformen. Zwischen 1997 und 2006 führten alle Bundesländer Hochschulverträge, Hochschulpakete und externe Zielvereinbarungen ein, um so die Beziehung zwischen Staat und Hochschulen auf eine neue, den gesellschaftlichen Herausforderungen eher entsprechende Ebene zu stellen. Vielfach wurde dieser Prozess so dargestellt, dass an die Stelle hierarchischer Steuerung kooperative Problemlöseprozesse treten, die es Staat und Hochschulen gemeinsam ermöglichen, auf die wachsenden gesellschaftlichen Anforderungen zu reagieren.

Ein Jahrzehnt später bescheinigt Peer Pasternack den Verträgen eine „erstaunliche Karriere“, weil sie ein Bündnis gegen die Finanzminister einerseits und „veränderungsunwillige Subebenen der Hochschule“ andererseits ermöglichen. Dies klingt mehr nach Zweckgemeinschaft, als nach einem neuen Steuerungsverständnis. Ansonsten ist es im Schatten von Exzellenz und Qualitätspakt eher still um die Vereinbarungslogik geworden. In das bekannte Governance-Modell hat das kooperative Prinzip gar keinen Eingang gefunden, die Beziehung zwischen Staat und Hochschule wird hier allein über die Regler der hierarchischen Regulierung und des Wettbewerbs beschrieben

In dem hier vorgeschlagenen Beitrag wird diese Lücke ein Stück geschlossen, indem die Beziehung zwischen Staat und Hochschule nicht nur in Bezug auf Hierarchie und Wettbewerb analysiert wird, sondern das im Rahmen der Verwaltungsforschung z.B. in Bezug auf Industrie und Umweltpolitik bereits umfassend eingeführte Element der Kooperation in die Untersuchung aufgenommen wird. Dabei gelten Verhandlungen als ein drittes grundlegendes Governancen-Instrument neben Markt und Weisung und werden in positionsbezogene, kompromissorientierte und verständigungsorientierte Verhandlungen differenziert.

In der hier vorzustellenden Studie wird nun die Beziehung zwischen Staat und Hochschule bei der Einführung von Hochschulverträgen und externen Zielvereinbarungen bezogen auf die drei unterschiedlichen Verhandlungsmodi nach dem Konzept von Arthur Benz analysiert. Der Studie liegen 20 leitfadengestützte Interviews mit Akteuren jeweils aus den staatlichen und universitären Verhandlungsgruppen in zehn Bundesländern während der Einführungsphase der Instrumente zugrunde.

Die Studie wird zeigen, dass mit der Einführung von Verhandlungsinstrumenten zwischen Staat und Hochschule im Schatten gewohnter Hierarchien vor allem ein politischer Diskurs bedient wurde, der Ministerien und Hochschulen offenbar nützlich erschien, ohne die Beziehung zwischen beiden grundsätzlich zu ändern. Andererseits wurden aber doch kommunikative Ansätze gestärkt, die gerade im Kontext aktueller Innovationsforschung noch weitaus genauer analysiert werden sollten.

Karsten König

Donnerstag, 21.03.2019

13:30 - 14:30 Uhr / Raum G40B-140

Qualitative Methoden in der Hochschul- und Wissenschaftsforschung - Potentiale und Herausforderungen

Laura Behrmann, Adisa Beširović, Dilek Ikiz, Veronika Rückamp, Daniel Völk
(Deutsches Zentrum für Hochschul- und Wissenschaftsforschung)

Die zunehmende Komplexität der Wissensproduktion und Wissenschaftsorganisation und die quantitative Ausdehnung und Differenzierung der Hochschulbildung fordern die Wissenschafts- und Hochschulforschung heraus. Eine der zentralen Aufgaben liegt darin die eigenen methodischen Vorgehensweisen kritisch zu beleuchten und die Implikationen der gewählten Verfahren stärker in den Blick zu nehmen (Haman et al. 2018). Für die international vergleichende Hochschulforschung liegt bereits eine Reflexion der standardisierten Methoden und ihrer Implikationen vor (Kosmützky 2017). Unreflektiert ist zeitgleich das wachsende Feld der qualitativen Hochschul- und Wissenschaftsforschung. Qualitative, nicht-standardisierte Sozialforschung kann auf die Herausforderung der gesellschaftlichen Transformation mit ihren gegenläufigen, zeitgleichen und diachronen Entwicklungen reagieren und Gesellschaft in ihrer Prozessualität gerecht werden (Przyborski und Wohlrab-Sahr 2008; Strübing et al 2018).

Qualitative Methoden sind in den verschiedenen Forschungsfeldern, vornehmlich in den Sozial- und Geisteswissenschaften, bereits seit langem etablierte Forschungsverfahren, die zunehmend auch in den Gesundheits-, Technik- und Informationswissenschaften an Bedeutung gewinnen (Mey und Mruck 2014). Doch wie finden qualitative Methoden Einsatz in der interdisziplinär orientierten Hochschul- und Wissenschaftsforschung? Ausgehend von einer ersten Sichtung der qualitativen Hochschul- und Wissenschaftsforschung im deutschsprachigen Raum fragen wir: Welche Methoden finden, in welchem Bereich Einsatz? Anschließend möchten wir nach ihren Beiträgen und Erkenntnissen fragen. Zunächst scheint ein häufiger Nutzen qualitativer Forschung darin zu liegen, einen deskriptiven Beitrag zu leisten. Expert(inn)eninterviews und Inhaltsanalyse dominieren das Feld (u.a. Gläser und Laudel 2010). Die Bandbreite qualitativer Methoden und ihre Anwendungsmöglichkeiten sind jedoch viel umfassender. Anhand ausgewählter Studien lässt sich zeigen, wie es gelingt, Prozesse und Mechanismen der Veränderung in dem jeweiligen Forschungsfeld mit Hilfe qualitativer Sozialforschung in den Blick zu nehmen und so auf eine innovative Art und Weise einen Beitrag in der Hochschul- und Wissenschaftsforschung zu leisten. So kann qualitative Forschung besondere Gruppen in den Blick nehmen, wie nicht-traditionelle Studierende (Lobe 2015), Bedingungen und Herausforderungen von Karrierewege und Personalauswahlprozessen an Hochschulen und Universitäten (Kahlert 2015; Kleimann 2016) oder auch Veränderungen in der Handlungskoordination von Hochschulen und Universitäten (Liebeskind 2011; Hahn 2017), wie beispielsweise bei Bewertungen durch Gutachter/innen (Barlösius 2014). Nur einige Studien nutzen das Spektrum der Methoden offener und versuchen sich im Generieren von Theorien (Glaser und Strauss 1967) mit unterschiedlicher Reichweite. Nach dem Überblick zu Verfahren und Beiträgen wird dieser Beitrag an ausgewählten Studien das Potential qualitativer Wissenschafts- und Hochschulforschung aufzeigen

und Grenzen und Herausforderungen kritisch diskutieren. So wird dieser Beitrag einen ersten Anstoß geben die Praktiken der qualitativen Forschung zu reflektieren und Implikationen von Verfahren für die Hochschul- und Wissenschaftsforschung stärker in den Blick zu nehmen

Qualitative und quantitative Evaluationen von Forschung und die innerorganisatorische Handlungskoordination in Universitäten. Ein internationaler Vergleich

Laura Behrmann, Thorben Sembritzki (Deutsches Zentrum für Hochschul- und Wissenschaftsforschung)

Forschungsaktivitäten in den europäischen Wissenschaftssystemen werden zunehmend mit Indikatoren und Kennzahlen erfasst, bewertet und beurteilt: Rankings beherrschen die öffentliche Debatte (Browker & Star 1999, Sauder & Espeland 2009). Der Staat reguliert über Kennzahlen und Indikatoren: Leistungsorientierte Mittelvergabe und Zielvereinbarungen honorieren die erfolgreiche Erreichung von Zielen. Allerdings praktizieren einige Wissenschaftssysteme Evaluationssysteme für Forschung, die sich bewusst von dem Paradigma einer Quantifizierung von Leistung abgrenzen. Diese Entwicklung spiegelt die Spannungen des gesellschaftlichen Strukturwandels zwischen Standardisierung und Singularitäten auf besonders eindrückliche Art und Weise wieder (Reckwitz 2017, Mau 2017). Handlungsspielräume und Praktiken von Universitäten hängen anscheinend mehr davon ab welchen Rang sie in der (internationalen) Qualitätsanerkennung – ihrer Reputation ab – als nur von ihrem jeweiligen nationalstaatlichen Kontext (Hüther & Krücken 2016, Paradeise & Thoenig 2013). Trotzdem nutzt die Forschung, mit wenigen Ausnahmen, den nationalstaatlichen Rahmen, die Makrostruktur als erklärende Variable für Hochschulgovernance.

Wir nehmen Organisation als "Akteur" in den Blick und betrachten die Bedingungen für die Effekte und Wirkung von Evaluation bezogen auf das Evaluations Instrument und seine Beschaffenheit. Im Rahmen unserer Studie (Governance und Performanz von Forschung – Wissenschaftssysteme und ihre Organisationen im internationalen Vergleich) haben wir qualitative Interviews (Bogner, Littig & Menz 2009) mit Leitungspersonen, Dekanen und Institutsleiter(inne)n an 6 forschungsstarken Hochschulen in den drei Ländern: Frankreich, Deutschland und England durchgeführt und thematisch kodiert (Schreier 2012). In diesem Beitrag fokussieren wir die durch nationale Evaluationssysteme erfolgende Koordination von Forschungsaktivitäten in den Hochschulen. Ausgehend von einer vergleichenden Klassifikation der Evaluationspraktiken diskutieren wir die Bedeutung qualitativer und quantitativer Bewertungen für die Handlungskoordination (Cloutier, Gond & Leca 2017; Lamont 2012): Unsere Experteninterviews zeigen, welche Formen der Datenerhebung und entsprechende Datenarten für innerorganisatorische Entscheidungen in welcher Weise herangezogen werden. Auf Basis unserer Analysen lassen sich zwei Handlungsmuster unterscheiden, wobei neben den Formen der Beurteilung die jeweils beteiligten Akteure (staatliche versus nicht-staatliche) und die Disziplinierungskapazität der Evaluation (Kopplung an andere Governance-Instrumente wie z. B. Mittelzuweisungen) voneinander abweichen. Kennzahlen als Steuerungsinstrument der Wissenschaft reduzieren Komplexität zugleich schränken sie Spielräume der Handlungskoordination ein (A), wohingegen qualitative Urteile die Spielräume für abweichende Entscheidungen und plurale Ziele eröffnen (B). Die Experteninterviews verdeutlichen, dass qualitative Evaluationen Steuerung auf Organisationsebene anleiten, wohingegen Kennzahlen nicht zu einer Intensivierung der Selbststeuerungsfähigkeiten der Organisation führen. Ganz im Gegenteil: die Organisation und ihre Mitglieder geraten in den

Sog einer Erfüllungslogik wettbewerbsorientierter Kriterien. So unterscheidet sich entsprechend der länderspezifischen Kultur der Evaluation die Identitätsarbeit (Groh-Samberg, Mau & Schimank 2014) in den Hochschulen: In England verhalten sich diese in Relation zu den Kriterien des REFs wobei in Frankreich und Niederlanden Singularitäten (Reckwitz 2017) eine viel größere Rolle spielen. Ein genauere Blick zeigt aber, dass die Organisationen in England zugleich über überraschende Handlungsspielräume verfügen, wobei in Frankreich die übergreifende Bewertung aller organisationaler Entwicklungen Handlungsunsicherheiten und Orientierungslosigkeit erzeugt.

Die Befunde zeigen Grenzen der Quantifizierung und der Qualifizierung mit Blick auf unseren Forschungsgegenstand – Evaluationen von Forschung als Grundlage innerorganisationaler Handlungskoordination – auf. Diese divergierenden Wirkungen der Evaluationsform wollen wir vor dem Hintergrund des gesamtgesellschaftlichen Strukturwandels empirisch fundiert diskutieren.

Donnerstag, 21.03.2019

15:00 - 15:30 Uhr / Raum G40B-140

HoFoNa- Ideenforum

Moderation: Jana Gieselmann (Universität Bielefeld)

Das HoFoNa-Ideenforum soll dem Hochschulforschungsnachwuchs Raum bieten, Master- und Bachelorarbeiten, Dissertationen oder auch sonstige Forschungsarbeiten vorzustellen, um Ideen und weitere Anregungen zur eigenen Forschung zu erhalten. Es werden sowohl fertige Arbeiten als auch Konzepte oder Zwischenergebnisse aus dem Feld der Hochschulforschung präsentiert.

Die Vortragsthemen zur GfHf 2019 sind folgende:

1. Fächerkulturen oder die Fachkultur Lehramt? Eine Untersuchung am Beispiel normativer Orientierungen von Studierenden unterschiedlicher lehramtsbezogener

Erst- und Zweifächer - Thomas Fischer

2. Zur Entstehung von Transaktionskosten in Zielvereinbarungsprozessen zwischen Bundesländern und Universitäten - Leonie Weißenborn

3. Zielgerichtete Steuerung in Hochschulen - Felix Otto

Freitag, 22.03.2019

10:30 - 11:30 Uhr / Raum G40B-140

Kooperative Governance - die neue Rolle der Verwaltungsführungskräfte an Österreichs Universitäten

Andrea Widmann (hochschulberatung.at, Österreich)

Die Dissertation geht der Frage nach, ob die Verwaltungsführungskräfte die strategische Entwicklung der Universitäten in Österreich mitsteuern und wie ihr diesbezügliches Rollenselbstverständnis ist. Europäische Hochschulreformen sind u.a. durch das politische Konzept des New Public Managements befördert und die österreichische Wissenschaftspolitik hat dieses Prinzip durch die Autonomie der Universitäten konsequent umgesetzt. Dadurch erhält das institutionelle Management einer Universität hohe Verantwortung und umfassende Steuerungsbefugnisse. Neben den Rektoraten sind neue Gruppen von Hochschulmanager_innen entstanden („third space“), Verwaltungsführungskräfte können als Teil des Wissenschaftsmanagements angesehen werden.

Die Dissertation wurde an der Universität Klagenfurt als transdisziplinäres Interventionsforschungsprojekt - mit der Forschungspartnerin Wirtschaftsuniversität Wien – durchgeführt. Die Forschungspartnerin wurde in die Produktion der Forschungsergebnisse mit einbezogen. Interventionsforschung versteht sich als Prozesswissenschaft, die dabei unterstützt, Forschungsergebnisse in Praxishandeln einfließen zu lassen.

Es wurden 20 qualitative Interviews mit allen Führungskräfte des Verwaltungsbereichs und eine visuelle Datenerhebung zum Rollenselbstverständnis durchgeführt. Dabei wurden insbesondere auch widersprüchlichen Erwartungshaltungen, mit denen die Führungskräfte befasst sind, abgefragt. Die sowohl induktive als auch deduktive Auswertung der Daten zeigt, dass Verwaltungsführungskräfte in deutlichem Maße strategische Bereiche der Universitätsentwicklung mitsteuern, indem sie inhaltliche sowie Ressourcen-Entscheidungen beeinflussen als auch Entscheidungsbefugnisse übertragen bekommen. Sie steuern außerdem nicht nur auf der Mikro-Ebene der Organisation, sondern bringen sich auch in der Meso-Ebene ein, agieren als Verhandlungspartner gegenüber Geldgeber_innen, übernehmen Steuerungsfunktionen in der Forschungsförderung oder in Qualitätssicherungsagenturen, bringen sich in politische Meinungsbildung ein. Im Kontrast zur faktischen Einflussnahme umfasst die Selbstbeschreibung der Rolle als Verwaltungsführungskraft allerdings ausschließlich Dienstleistungsfunktionen. Steuerungsfunktionen werden tabuisiert. Ebenfalls tabuisiert werden soziale Kompetenzen der Führungskräfte. Ihr Rollenselbstverständnis ist geprägt von Fachlichkeit und Managementkompetenzen, obwohl ihr Alltag in hohem Maße sozial kompetentes Handeln verlangt. In Bezug auf die Steuerungsmechanismen an Universitäten wird von den Interviewten eine hybride Steuerung attestiert, wobei die Mechanismen der Hierarchie und der wissenschaftlichen Selbstverwaltung tendenziell kritisch bewertet werden, Wettbewerbsmechanismen und Konkurrenzdruck werden ambivalent beurteilt. Kooperative Steuerung wird demgegenüber als positiv angesehen. Viele Voraussetzungen für eine kooperative Steuerung an Universitäten sind nach Einschätzung der Autorin allerdings erst herzustellen.

Die externe Begutachtung in Berufungsverfahren an deutschen Universitäten – Zwischenstand aus einem laufenden Projekt

Lisa Walther (Deutsches Zentrum für Hochschul- und Wissenschaftsforschung),
Maren Klawitter (Hochschule für Bildende Künste Braunschweig)

Die Besetzung von Professor*innen ist für Universitäten von zentraler Bedeutung, da diese die Aufgabenerfüllung in Lehre und Forschung und damit auch das Profil der jeweiligen Organisation maßgeblich mitgestalten. Die Bewertung von Bewerber*innen um Professuren ist daher als mehrstufiger Prozess angelegt, der auf der zentralen Annahme basiert, dass Peer Review „the only legitimate method for valuing scientific quality“ sei (Langfeldt 2004: 52). Dementsprechend bewerten zunächst Fachkolleg*innen in der Berufungskommission alle Bewerber*innen anhand der Bewerbungsunterlagen und im zweiten Schritt auf Basis einer persönlichen Vorstellung.

Anschließend werden ausgewählte Bewerber*innen dann von organisationsexternen Fachwissenschaftler*innen begutachtet. Dieses Bewertungsverfahren der externen Begutachtung der Bewerber*innen, das der Absicherung der Kommissionsentscheidung durch die Scientific Community dienen soll, steht im Fokus dieses Beitrags. Es gehört zum etablierten Wissensstand der Peer Review-Forschung, dass die Auswahl von Gutachtenden eine Entscheidung darüber darstellt, „which scholarly points of view were included in, and which excluded from, the process [...]“ (Langfeldt 2004: 60). Entsprechend ist die Auswahl von Gutachtenden eine zentrale Stellschraube, um das Ergebnis der Beurteilung der Bewerber*innen zu beeinflussen. Über eine gezielte Beauftragung bestimmter Gutachter*innen kann also der Bewertungsprozess maßgeblich gesteuert werden (Langfeldt & Kyvik 2011; Lamont & Huutoniemi 2011). Ausgehend von diesen Erkenntnissen lautet die zu bearbeitende Forschungsfrage: Welche Rolle spielt die externe Begutachtung in Berufungsverfahren an deutschen Universitäten für den Auswahlprozess von Professor*innen?

Im Rahmen des Beitrags soll zunächst dargestellt werden, wie die externe Begutachtung im Auswahlprozess formal geregelt ist. Dabei geht es im Sinne der systemtheoretischen Organisationstheorie (Luhmann 2000; Kühl 2011) um die formalen Strukturen in der Organisation Universität. Nach Luhmann grenzen sich Organisationen durch spezifische Entscheidungsstrukturen von ihrer Umwelt ab. Diese sogenannten Entscheidungsprämissen sind bereits getroffene Entscheidungen, die als Voraussetzung für zukünftige Entscheidungen innerhalb einer Organisation dienen. Mit der formalen Struktur sind im Kontext der Forschungsfrage Entscheidungsprämissen im Zuge der Auswahl der externen Gutachtenden sowie die formalen Vorgaben für die externe Begutachtung gemeint. Die Entscheidungsprogramme sind zunächst das jeweilige Landeshochschulgesetz, dem sich die Universität unterordnen muss, sowie die von der Organisation festgelegten Entscheidungsprogramme - die Berufsordnungen. Eine Analyse zur tatsächlichen Rolle der externen Begutachtung im Auswahlprozess von Professor*innen soll in einem zweiten Schritt herausgearbeitet werden, der zum jetzigen Zeitpunkt noch nicht abgeschlossen ist. Hier geht es schließlich um informale Entscheidungsstrukturen, die als dauerhafte Erwartungen, aber nichtentschiedene Entscheidungsstrukturen innerhalb einer Organisation bestehen (Kühl 2011: 115ff). Im Fokus stehen hier die informale Entscheidungsstrukturen im Umgang mit der externen Begutachtung unter den am Auswahlprozess beteiligten Personen.

Empirische Grundlage des Beitrags bildet eine Dokumentenanalyse der Landeshochschulgesetze und exemplarisch ausgewählte Berufsordnungen deutscher Universitäten. Mithilfe der Berufsordnungen lassen sich Aussagen über unterschiedliche formale Anforderungen zur Auswahl der Gutachtenden sowie zu unterschiedlichen Anforderungen an die Gutachten treffen. Um die Frage

nach der Rolle der externen Begutachtung im Auswahlprozess herauszuarbeiten, sollen zudem qualitative Interviews mit für Berufungsverfahren relevanten Akteuren hinzugezogen werden. Im Rahmen des Vortrags wird ein erster Ausblick auf diese Ergebnisse gegeben.

Freitag, 22.03.2019

11:45 - 12:45 Uhr / Raum G40B-140

Zum Funktionswandel der Hochschulen

Martin Winter (Netzwerk Musikhochschulen)

Obgleich der (fast) bruchlose Übergang von Schule zur Hochschule in der Post-Adoleszenz nach wie vor die Regel ist, ist das Verhältnis von Schule zu Hochschule gravierenden Veränderungen unterworfen. Dies liegt insbesondere an der veränderten Bedeutung des Abiturs. Einerseits reicht das Abitur nicht mehr aus, um einen Studienplatz zu bekommen. Die Hochschulen wählen oftmals selbst aus. Sie lassen nicht alle, sondern nur ausgesuchte Abiturient*innen zum Studium zu – zum Teil sogar in nicht-zulassungsbeschränkten Fächern (!). Bei der Auswahl für zulassungsbeschränkte Studiengänge verlangt das Bundesverfassungsgericht in seinem aktuellen NC-Urteil vom 19.12.2017, neben der Abiturnote weitere nicht-schulnotenbasierte Eignungskriterien heranzuziehen. Es wird die Aufgabe der Hochschulen sein, diese in Auswahlverfahren zu überprüfen. Andererseits übernehmen die Hochschulen studienvorbereitende Aufgaben, indem sie entweder vor dem Studium oder studienbegleitend entsprechende Kurse anbieten. Die Hochschulen sorgen somit selbst für die Hochschulreife – zumindest für den „letzten Schliff“ zur Studierfähigkeit.

Generell kümmern sich die Hochschulen um Angelegenheiten, für die sie bislang nicht zuständig gemacht wurden. Sie erweitern ihr Funktionsspektrum als Bildungseinrichtung, sie werden immer stärker aktiv auf dem Feld der Weiterbildung – eine Aufgabe, die seit langem in den Landeshochschulgesetzen festgeschrieben ist – sowie in der beruflichen Bildung (wobei beides nicht voneinander zu trennen ist). Zudem werden die Hochschulen für Menschen ohne Abitur geöffnet, indem ihnen andere bereits erbrachte Leistungen angerechnet werden. So verfügen „nicht-traditionelle Studierende“ zwar über berufliche Qualifikationen, aber kein Abitur. Und gerade für diese Studierende bzw. Studieninteressenten sind die genannten studienvorbereitenden bzw. studienbegleitenden Maßnahmen sinnvoll.

Die Öffnung der Hochschulen und die gestiegene Studierquote führen nicht nur zu einer Akademisierung der Berufsausbildung, sie führen auch zu einer Verberuflichung der akademischen Bildung. Dies zeigt sich insbesondere in der aktuellen Hochkonjunktur der dualen Studiengänge, die große berufspraktische Anteile aufweisen bzw. im Rahmen derer parallel ein beruflicher und ein akademischer Abschluss erworben werden kann. Hier verstärken die Hochschulen ihren Charakter als Stätten berufspraktischer Ausbildung.

Die vielen Einzelentwicklungen ergeben zusammen einen grundlegenden institutionellen Wandel der Hochschule. Dieser kann mit dem Begriff der Multiversität umschrieben werden: Die Hochschule übernimmt vielfältige Aufgaben und ist entsprechend organisationsintern differenziert. Dies gilt im

Übrigen auch für die Forschung. Auch hier kommen neue Aufgaben jenseits des Kernbereichs wissenschaftlicher Arbeit hinzu. Beispielsweise werden höhere Anforderungen an die Wissenschaftskommunikation gestellt, die Hochschulen sollen ihre Befunde für die Öffentlichkeit vermitteln. Mehr Transferleistungen in Wirtschaft und Gesellschaft sind zudem gefordert. In Bezug auf ihr Verhältnis zu den außeruniversitären Forschungseinrichtungen und der Industrieforschung sieht der Wissenschaftsrat die Hochschulen, genauer: die Universitäten gar als „Organisationszentren der Wissenschaft“. Vielleicht geschieht im Bildungsbereich Ähnliches, die Hochschule – insbesondere die Universität – rückt immer mehr ins Zentrum des Bildungssystems? Diese These vom Funktionsswandel der Hochschule möchte ich meinen Beitrag näher ausführen, begründen und diskutieren.

Open (Open Track)

Donnerstag, 21.03.2019

10:15 - 11:15 Uhr / Raum G40B-332

Die Transformation von Universitäten zu stärker inklusiven Hochschulen – gesellschaftliche Ansprüche, politische Steuerungsanreize und organisationsinterne Praktiken beim Umgang mit Behinderung und/oder chronischer Krankheit im Wissenschaftssystem

Marco Miguel Valero Sanchez (Leibniz Universität Hannover)

Mit dem Übereinkommen über die Rechte von Menschen mit Behinderungen (kurz: UN-Behindertenrechtskonvention oder UN-BRK) aus dem Jahr 2008 haben die Vereinten Nationen „nicht nur die erste verbindliche universelle Menschenrechtsquelle für behinderte Menschen geschaffen, sie haben damit auch die Behindertenfrage in das allgemeine UN-Menschenrechtssystem eingeordnet (disability mainstreaming)“ (Degener 2009). In der Folge hat sich auch in Deutschland die Debatte um Inklusion deutlich forciert (vgl. Tippelt & Schmidt-Hertha 2013). Die Vertragsstaaten sind aufgefordert, alle geeigneten Gesetzgebungs-, Verwaltungs- und sonstigen Maßnahmen zur Umsetzung der in der UN-BRK anerkannten Rechte zu treffen (vgl. Art. 4 UN-BRK 2008). Speziell mit Blick auf den Hochschulbereich sollen sie vielfältige Anstrengungen unternehmen, um Menschen mit Behinderungen ohne Diskriminierung und gleichberechtigt mit anderen Zugang zu allgemeiner Hochschulbildung, Erwachsenenbildung und lebenslangem Lernen zu ermöglichen (vgl. Art. 24 UN-BRK 2008). Auch am Arbeitsplatz ist jegliche Diskriminierung zu unterbinden und Menschen mit Behinderungen das gleiche Recht auf gerechte, günstige, sichere und gesunde Arbeitsbedingungen zu sichern (vgl. Art. 27 UN-BRK 2008). Aus diesen Ansprüchen ist zu folgern, dass Hochschulen in ihrer Doppelrolle als Bildungsinstitutionen und Arbeitgeberinnen in mehrfacher Weise gefordert sind, sich zu stärker inklusiven Organisationen zu entwickeln.

Vor diesen Hintergründen geht der vorgeschlagene Beitrag den Fragen nach, inwiefern sich gesellschaftliche Ansprüche an eine verbesserte Inklusion behinderter und chronisch kranker Menschen erkennbar auf den Hochschulbereich auswirken, welche Akteure mit welchen Instrumenten eine Implementation der UN-BRK und damit eine Transformation der Hochschulen zu steuern versuchen und welche organisationalen Praktiken der Umsetzung sich derzeit zeigen.

Aus organisationstheoretischer Perspektive (u.a. Weick 1995 und Wetzell 2002) kann eine Behinderung oder chronische Krankheit als ein Stigma verstanden werden, welches Erwartungen produziert, die in der Regel nicht mit den formalen Erwartungen in Organisationen homogen bzw. synchron sind. Dies kann sich auf die Leistungsbeurteilung, den Karriereverlauf sowie die soziale Akzeptanz und Unterstützung der Betroffenen auswirken.

In methodischer Hinsicht wird hierzu einerseits der aktuelle Forschungsstand zur Inklusion an Hochschulen aufbereitet, bei dem eine deutliche Schwerpunktsetzung auf gesundheitlich beeinträchtigten Studierenden auszumachen ist (vgl. Unger et al. 2012, Klein & Schindler 2016; Poskowsky et al. 2018). Mit Blick auf die Inklusion des wissenschaftlichen Nachwuchses zeigt sich bereits, dass Promovierende mit Behinderungen in den Aktionsplänen der deutschen Bundesländer zur Umsetzung der UN-BRK nahezu unberücksichtigt bleiben, für Postdoktorand*innen mit Behinderung und/oder chronischer Krankheit steht eine systematische Analyse hingegen noch aus (vgl. Konsortium

Bundesbericht Wissenschaftlicher Nachwuchs 2013; Autorengruppe Bildungsberichterstattung 2014, Bauer et al. 2017).

Darüber hinaus werden die an der Umsetzung der UN-BRK beteiligten Akteure (z.B. Hochschulrektorenkonferenz (vgl. HRK 2009), Landesministerien, Behindertenbeauftragte) systematisiert und die Steuerungsinstrumente beleuchtet, die entweder indirekt (z.B. durch Landesaktionspläne) oder direkt (z.B. durch Ziel- und Leistungsvereinbarungen; vgl. In der Smitten & Valero Sanchez 2016) auf die Transformation der Hochschulen einzuwirken versuchen. Die Hochschulgesetze der deutschen Bundesländer werden vergleichend auf die getroffenen Regelungen zur Inklusion im Hochschulbereich analysiert. Veranschaulichende Fallbeispiele zu organisationsinternen Praktiken der Inklusion an einzelnen Hochschulen runden die empirischen Darstellungen ab und leiten über in eine Reflexion, wie der weitere Transformationsprozess gefördert und gestaltet werden kann.

Wissenschaft und Populismus. De-Legitimation von Wissenschaft durch Populismus

Markus Seyfried (Universität Potsdam)

Populistische Bewegungen sind mittlerweile weltweit verbreitet. Sie beeinflussen gesamte Gesellschaften und zeichnen sich nach jüngeren Forschungen vor allem durch eine sogenannte „thin ideology“ aus, die für vielfältige politische und ideologische Positionen zugänglich sind. Ferner ist dem Populismus eine sehr reduktionistische Argumentation zu Eigen. Er kreiert klare Feindbilder im Sinne einer „wir“ und „die anderen“ Logik. Gleichzeitig lässt sich feststellen, dass gerade der Begriff des Populismus für den wissenschaftlichen Gebrauch nur bedingt verwendbar ist, da es oftmals die spezifischeren und dahinter stehenden Phänomene sind, die sich letztlich auch viel genauer eingrenzen und auch untersuchen lassen.

Entscheidend für den Populismus ist das Surrogat eines Mehrheitswillens, den populistische Akteure sie für sich beanspruchen und woraus sie letztlich ihre zentrale Legitimation beziehen oder die De-Legitimation anderer Akteure ableiten. Das populistische Legitimationskonzept basiert ausschließlich auf sogenannter Input-Legitimation, das andere Formen von Legitimation – wie etwa Output- oder Throughput-Legitimation – mehr oder weniger vollständig ausblendet oder sogar negiert.

Dabei provozieren populistische Bewegungen vor allem Konflikte mit Organisationen, die eben nicht auf solche direkten Formen von Input-Legitimation zurückgreifen können. Dazu gehören Zentralbanken, Verfassungsgerichte aber auch Hochschulen und andere wissenschaftliche Forschungseinrichtungen. Im Zusammenhang mit der Freiheit von Forschung und Lehre müssen sich die Organisationen im Wissenschaftsbereich mit dem was sie tun, nicht an externen Wünschen oder gar Ideologien orientieren bzw. sie lassen hier eine maximal mögliche Pluralität zu, so das ein möglichst breites Spektrum für den wissenschaftlichen Diskurs entsteht. Das hat in der jüngeren Vergangenheit wiederholt zu Auseinandersetzungen geführt, die auf einer Komplexitätsverweigerung basieren und darauf abzielen der Wissenschaft und wissenschaftlichen Einrichtungen die Legitimation abzuspüren und sie damit zu de-legitimieren. Dies bezieht sich beispielsweise auf Forschungen, die als nicht forschungs- oder förderungswürdig erachtet werden und endet bei unerwünschter Lehre. Die De-Legitimation setzt damit gezielt an den Grundwerten von Wissenschaft, Forschung und Lehre an. Sie ist im Kern relativistisch und verbreitet ein fehlerhaftes Bild von dem was Wissenschaft, Forschung und Lehre sind und was sie bedeuten. Der Beitrag geht damit der Frage nach, wie solche De-Legitimierungsstrategien aussehen und welche Implikationen sie für die Wissenschaft

haben. Gerade letzteres ist von besonderem Interesse. Zum einen weil freie Wissenschaft von Diskursen lebt, die Komplexität und Pluralität als gegeben annehmen und zum anderen, weil nicht auszuschließen ist, dass solche De-Legitimierungsstrategien schlussendlich in konkreten Politikhalten oder Maßnahmen münden können, die versuchen Wissenschaft an einem wie auch immer aussehenden Mehrheitswillen auszurichten. Fraglich ist auch, ob die Hinwendung der Wissenschaft zur Gesellschaft ein elementarer Bestandteil sein kann, der letztlich dazu in der Lage ist, genau solche De-Legitimierungsstrategien zu verhindern. Science Slams, Lange Nächte der Wissenschaften, Citizen Science oder andere Formate sind nur einige wenige Beispiele, die praktisch zeigen, wie wissenschaftliche Einrichtungen versuchen sich jenseits von Artikeln, Drittmitteln oder Lehrveranstaltungen Output-Legitimität zu verschaffen.

Donnerstag, 21.03.2019

11:30 - 12:30 Uhr / Raum G40B-332

Schaffen individuelle und strukturierte Promotionsformen und ihre Lernbedingungen unterschiedliche Startvoraussetzungen für Karrieren innerhalb und außerhalb der Wissenschaft?

Susanne de Vogel (Deutsches Zentrum für Hochschul- und Wissenschaftsforschung)

Die Mehrheit der Promovierenden in Deutschland strebt für ihren weiteren beruflichen Werdegang langfristig eine Tätigkeit in leitender Funktion an (Johann und Neufeld 2016). Obgleich eine abgeschlossene Promotion primär Voraussetzung ist, um eine Karriere in der Wissenschaft einzuschlagen, verfolgt der überwiegende Teil der Promovierten Beschäftigungsziele außerhalb der Wissenschaft (z. B. Briedis et al. 2014; Enders und Teichler 1994; Epstein 2016; Flöther 2013; Krempkow et al. 2016).

Im Zuge nationaler und internationaler Reformbewegungen wurden die traditionellen Formen der Individualpromotion in Deutschland in den vergangenen Jahrzehnten durch strukturierte Promotionsprogramme wie Graduiertenkollegs und Graduiertenschulen ergänzt. Der Ausbau strukturierter Promotionsformen erfolgte u. A. mit dem Ziel, Promovierende besser auf eine wissenschaftliche Laufbahn vorzubereiten, ihnen aber auch gezielter Kompetenzen für eine Führungsposition außerhalb der Wissenschaft zu vermitteln (Wissenschaftsrat 2002). Bereits während ihrer Promotionsphase sind Promovierende unterschiedlicher Promotionsformen bereits mehr oder weniger stark in Tätigkeitsbereiche innerhalb und außerhalb der Wissenschaft eingebunden (Berning und Falk 2006; Enders und Kottmann 2009; Jaksztat et al. 2012). Empirische Studien, die den Zusammenhang zwischen formalen Promotionsformen, bestimmten Promotionsbedingungen und den Werdegängen nach der Promotion prüfen, sind jedoch selten (Jaksztat et al. 2017; Enders und Kottmann 2009). Die vorliegenden Analysen setzen hier an und überprüfen, wie die formale Promotionsform und die Lernbedingungen während der Promotionsphase das Erreichen von Führungspositionen innerhalb und außerhalb der Wissenschaft beeinflussen.

Sozial-kognitiven (Lent et al. 1994) und sozialisationstheoretischen (Weidman et al. 2001) Ansätzen

folgend können die formalen Promotionsformen und ihre Lernbedingungen die Aufstiegsintentionen Promovierter innerhalb und außerhalb der Wissenschaft prägen. Aus arbeitsmarktökonomischer (Spence 1973) und netzwerktheoretischer (Granovetter 1973) Sicht determinieren die mit den Lernbedingungen korrespondierenden Lernergebnisse der Promotionsphase (z. B. die Anzahl der Publikationen und Tagungsbesuche, berufspraktische Erfahrungen oder die Netzwerkeinbindung) die Aufstiegschancen innerhalb und außerhalb der Wissenschaft.

Für die Analysen werden die Daten des DZHW-Promoviertenpanels 2014 genutzt. Unter Verwendung von Ereignisdaten der ersten drei Erhebungswellen kann die berufliche Entwicklung innerhalb der ersten drei Jahre nach dem Abschluss der Promotion betrachtet werden.

Kaplan-Meier-Survivor-Analysen zeigen zunächst, dass in den ersten drei Jahren nach der Beendigung der Promotion erst sehr wenige Promovierte in eine Tätigkeit mit Leitungsfunktion übergegangen sind. Aufstiege in Führungspositionen außerhalb der Wissenschaft sind dabei häufiger geschehen als Aufstiege in leitende Positionen innerhalb der Wissenschaft. Um zu prüfen, welche Einflüsse die formalen Promotionsformen und die Lernbedingungen während der Promotionsphase auf die Aufstiegswahrscheinlichkeit nach der Promotion haben, wurden Cox-Regressionen gerechnet und Übergänge innerhalb und außerhalb der Wissenschaft als konkurrierende Risiken modelliert. Dass strukturierte Promotionen frühe Aufstiege in Führungspositionen begünstigen, lässt sich anhand der vorliegenden Befunde nicht bestätigen. Freie Promotionen machen einen Aufstieg in wissenschaftliche Führungspositionen im Vergleich zu Promotionen auf Haushaltsstellen deutlich weniger wahrscheinlich. Außerdem führen sie außerhalb der Wissenschaft auch nicht eher in Führungspositionen. Im Vergleich zu Promotionen auf Haushaltsstellen sind es vor allem die Promotionen in Stipendienprogrammen, die mit größerer Wahrscheinlichkeit früh in leitende Positionen führen. Darüber hinaus erhöhen Lernumgebungen, in denen von den Promovierten eine Beteiligung am wissenschaftlichen Diskurs erwartet wurde, die Aufstiegschancen innerhalb der Wissenschaft. Berufspraktisch orientierte Unterstützungsangebote begünstigen den Übergang in Tätigkeiten mit Leitungsfunktion außerhalb der Wissenschaft.

ProWi+ – Quo vadis Post-Doc: Professur, Wirtschaft oder prekäres Arbeitsverhältnis? Individuelle, soziale und organisationale Faktoren für die Laufbahnentwicklung und den Laufbahnerfolg des wissenschaftlichen Nachwuchses

Simone Kauffeld, Daniel Spurk, Luisa Barthauer, Philipp Kaucher, Nora Nixon (TU Braunschweig)

Ziel der Studie ist es Prädiktoren für erfolgreiche und gesunde Laufbahnen in der Wissenschaft zu identifizieren. Prädiktoren werden in individuelle, soziale und organisationale Faktoren unterteilt. Theoretisch eingebettet werden Aspekte zu individuellen Prädiktoren in Ressourcen-orientierte Modelle wie beispielsweise das Job-Demands-Resources Modell (Demerouti, Bakker, Nachreiner, & Schaufeli, 2001) oder der Conservation of Resources Theorie (Hobfoll, 1989). Beide Ansätze beschäftigen sich mit der Grundmenge an Ressourcen, deren Erweiterung und Minimierung sowie dem Umgang mit Ressourcen. Soziale Prädiktoren werden beispielsweise über Ansätze des sozialen Kapitals und der Netzwerktheorie integriert (Seibert, Kraimer, & Liden, 2001). Innerhalb des Vortrages werden empirische Untersuchungen zu verschiedenen Prädiktoren für eine gesunde und erfolgreiche wissenschaftliche Laufbahn vorgestellt. Es wird der Zusammenhang von Karriereanpas-

sungsfähigkeit als persönliche Ressource für die Beanspruchung in der Wissenschaft vorgestellt. Hierbei wird angenommen, dass Karriereanpassungsfähigkeit Burnout Symptome verringern kann. Des Weiteren wird auf das positive psychologische Kapital sowie das Sozialkapital im Umfeld der Nachwuchswissenschaftler_innen eingegangen. Beim positiven psychologischen Kapital als auch dem sozialen Kapital wird davon ausgegangen, dass sich beide als Ressource positiv auf Karriereerfolg in der Wissenschaft auswirken, wobei sich Karriereerfolg nach der Einteilung in subjektiven und objektiven Erfolg stark mit Gesundheitsaspekten verbinden lässt. Zusätzlich werden förderliche und hinderliche Faktoren als auch der kompetitive Charakter des wissenschaftlichen Systems betrachtet. Die Stichprobe besteht aus 1041 (Messzeitpunkt 1, 642 Messzeitpunkt 2, 593 Messzeitpunkt 3, 544 Messzeitpunkt 4) Doktorand_innen und Post-Doktorand_innen aus unterschiedlichsten Fachrichtungen (MINT-SGW), mit je Studie leicht angepasstem Sample. Den Fragestellungen wird unter anderem mittels Strukturgleichungsmodellen in R und Mplus nachgegangen.

Ergebnisse zeigen, dass sowohl individuelle, soziale als auch organisationale Prädiktoren eine einflussreiche Rolle in Bezug auf gesunde und erfolgreiche Laufbahnen spielen. Dies konnte sowohl für den Prädiktor Karriereanpassungsfähigkeit als auch den Prädiktor positives psychologisches Kapital und das Sozialkapital bestätigt werden. Das kompetitive Klima spielt ebenfalls eine Rolle für objektiven Laufbahnerfolg (Publikationen). In Bezug auf die förderlichen Faktoren konnte gezeigt werden, dass Leistung als persönlicher Faktor und Vernetzung, Sichtbarkeit und Einbindung in der Scientific Community von den deutschen Wissenschaftler_innen als positive Einflussnahmen auf ihre Karrieren wahrgenommen wurden. Die Erkenntnisse der Studie eröffnen Handlungs- und Interventionsmöglichkeiten für die Laufbahnplanung und Laufbahngestaltung von Nachwuchswissenschaftler_innen.

Donnerstag, 21.03.2019

13:30 - 14:30 Uhr / Raum G40B-332

Karrierezielprofile und das Zusammenspiel von subjektiver Karriereunsicherheit und Selbstmanagementkompetenz: Eine Längsschnittstudie mit Nachwuchswissenschaftler/innen

Ruth Noppeney, Aida Alisic, Christian L. Burk, Anna M. Stertz, Bettina S. Wiese (Rheinisch-Westfälische Technische Hochschule Aachen)

Im Rahmen der BMBF-Förderlinie „Forschung zum Wissenschaftlichen Nachwuchs (FoWiN)“ wurden Karriereentscheidungen und -verläufe von Nachwuchswissenschaftler/innen in den MINT-Fächern untersucht. Der vorliegende Beitrag thematisiert zwei Teilaspekte, die im Rahmen dieses FoWiN-Projekts behandelt wurden.

Zum einen werden Karrierezielprofile von Nachwuchswissenschaftler/innen und Veränderungen über die Zeit dargestellt; zum anderen wird der längsschnittliche Zusammenhang von berufsbezogenen Selbstmanagementkompetenzen und subjektiver Karriereunsicherheit von Nachwuchswissenschaftler/innen beleuchtet.

Forschungsfragen und Relevanz

Um die Karriereentscheidungen der Nachwuchswissenschaftler/innen besser verstehen zu können, wird zu Beginn der Frage nachgegangen, wie Karriereziele dieser Gruppe gut ausgebildeter Individuen strukturiert und organisiert sind. Im zweiten Teil wird die akademische Laufbahn genauer untersucht: Die akademische Karriere ist durch längere Phasen der Unsicherheiten charakterisiert. Der erfolgreiche Umgang mit subjektiv empfundener Karriereunsicherheit ist für Nachwuchswissenschaftler/innen daher von hoher Relevanz.

Theoretischer Rahmen

Theoretisch basiert unsere Forschung auf sozial-kognitiven und stresstheoretischen Ansätzen. Der sozial-kognitiven Laufbahntheorie (SCCT; Lent, Brown, & Hackett, 1994) folgend wird angenommen, dass sich Karriereziele aus der Interaktion von personalen und umweltbezogenen Ressourcen entwickeln. Unklar ist jedoch bisher, wie diese Ziele bei Akademiker/innen organisiert sind, die sehr gute Voraussetzungen für unterschiedliche Karrierewege mitbringen und entsprechend zeitgleich verschiedene berufliche Ziele in Erwägung ziehen können.

Trotz insgesamt guter Arbeitsmarktlage für MINT-Absolvent/innen, erleben allerdings auch diese eine deutliche Karriereunsicherheit, insbesondere dann, wenn sie eine wissenschaftliche Laufbahn verfolgen. Basierend auf der Selbstregulationstheorie (Bandura, 1991) und der Theorie der Ressourcenkonservierung (Hobfoll, 1989, 2001), wird ein negativer (reziproker) Zusammenhang zwischen subjektiv empfundener Karriereunsicherheit und Selbstmanagementkompetenz angenommen.

Methodisches Vorgehen und Datengrundlage

Die Daten entstammen einem längsschnittlichen Online-Survey von Nachwuchswissenschaftler/innen (N > 3000 Doktorand/innen und Postdoktorand/innen; 40.6% Frauen) aus den MINT-Fächern, die zu acht Messzeitpunkten (jeweils Halbjahresabstand) befragt wurden.

Die Auswertung der Angaben erfolgte mittels Latenter Profilanalyse (Lazarfeld & Henry, 1968; Muthén, 2001) bzw. Latenter Transitionsanalyse (Nylund, Asparouhov, & Muthén, 2007) sowie eines Random-Intercept Cross-Lagged Panelmodels (RI-CLPM; Hamaker, Kuiper, & Grasman, 2015).

Ergebnisse

Bezogen auf die Karrierezielprofile deuten die Ergebnisse darauf hin, dass die Befragten in homogene Subgruppen unterteilt werden können, die folgenden Karriereprofilen entsprechen: 1. Managementposition, 2. Angestelltenverhältnis ohne Führungsverantwortung, 3. Forschung, 4. Unentschlossene. Teilweise ändern Personen über die Zeit ihre Karrierepräferenzen. Die häufigsten Interessensverschiebungen finden zugunsten einer Managementkarriere statt.

Hinsichtlich des längsschnittlichen Zusammenhangs von Karriereunsicherheit und Selbstmanagementkompetenzen zeigen sich negative reziproke Effekte zwischen berufsbezogenem Selbstmanagement und subjektiver Karriereunsicherheit. Anders ausgedrückt verringert ein effizientes Selbstmanagement das Unsicherheitserleben, was wiederum das Vertrauen in die eigene Handlungsfähigkeit stärkt und damit den weiteren Einsatz von Selbstmanagementstrategien begünstigt.

Beschäftigungsverläufe Promovierter in Deutschland: der Record-Linkage-Ansatz des Projekts WISKIDZ_2 (FoWiN / 16FWN016) und erste Auswertungen Guido Bünstorf, Dominik Heinisch, Johannes König (Universität Kassel) & Anne Otto (Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung)

Obwohl rund 80% aller Promovierten mittelfristig außerhalb des Wissenschaftssystems beschäftigt sind, ist relativ wenig über ihre Karriereverläufe und die Höhe der „Lohnprämie“ bekannt, die sich mittels einer Promotion am Arbeitsmarkt realisieren lässt. Um die Datenlage zu Promovierten im Arbeitsmarkt zu verbessern, wurde im INCHER-Vorhaben WISKIDZ_2 (Wissenschaftliche Karrieredynamiken in Deutschland im Zeitverlauf; zweite Förderphase in der BMBF-Förderlinie Forschung zum wissenschaftlichen Nachwuchs) ein neuartiger Zugang gewählt. Dieser beruht darauf, dass Informationen zu Autor*innen von Dissertationen, die an deutschen Universitäten abgeschlossen wurden, aus dem Katalog der Deutschen Nationalbibliothek (DNB) extrahiert (insgesamt 1,1 Millionen Dissertationen; 1970-2015) extrahiert und mit Daten zu individuellen Beschäftigungsverläufen aus den Integrierten Erwerbsbiographien (IEB) des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) verknüpft wurden. Die IEB decken ca. 80% des deutschen Arbeitsmarkts seit 1975 ab. In unserem Beitrag für die GfHf-Tagung 2019 werden wir (i) die methodischen Grundlagen des Record-Linkage-Verfahrens zur Verknüpfung der beiden Datenmengen und (ii) erste Auswertungen zur Adäquanz der Beschäftigung Promovierter im nicht-akademischen Arbeitsmarkt vorstellen.

Da in den DNB-Daten kein eindeutiges Identifikationskriterium vorliegt, erforderte die Verknüpfung von DNB- und IAB-Daten ein aufwändiges Verfahren auf Grundlage von Verfahren des maschinellen Lernens. Mittels dieses Verfahrens kann mehr als die Hälfte aller Dissertationsautor*innen eindeutig einer IAB-Erwerbsbiographie zugeordnet werden. Die sich dadurch ergebende hohe Fallzahl erlaubt Auswertungen nach einzelnen Kriterien ebenso wie die langfristige Nachverfolgung individueller Beschäftigungsverläufe für einen Zeitraum von fünf Jahren vor bis zu 15 Jahren nach der Promotion. Erste Auswertungen zeigen erhebliche Unterschiede im Beschäftigungsverlauf zwischen Promovierten verschiedener Fächer ebenso wie zwischen Männern und Frauen. Arbeitslosigkeit ist kein relevantes Problem für Promovierte. Allerdings ist ein hoher Anteil promovierter Frauen zehn Jahre nach der Promotion nicht in einem Vollzeit-Beschäftigungsverhältnis. Auch bei Kontrolle für Fächerdifferenzen haben Frauen signifikant geringere Chancen, hohe Einkommen zu realisieren. Ein hoher und im Karriereverlauf wachsender Anteil der Promovierten arbeitet nicht in einer „Experten“-Position, für die nach Auffassung des Arbeitgebers ein Masterabschluss notwendig ist. Zugleich beruht die Lohnprämie für die abgeschlossene Promotion nicht primär darauf, dass eine solche Expertenposition besetzt wird. Vielmehr scheint das Gehalt Promovierter dann besonders hoch, wenn sie in eine Management-Position wechseln, selbst wenn sie formal für diese Position überqualifiziert sind. Unsere Auswertungen zeigen darüber hinaus, dass ein temporärer Verbleib an der Universität nach Abschluss der Promotion vom nicht-akademischen Arbeitsmarkt nicht honoriert wird. Nicht zuletzt deshalb, weil mit wachsender Post-Promotions-Beschäftigungsdauer an der Universität die Wahrscheinlichkeit sinkt, dass Promovierte tatsächlich aus Expertenpositionen in besser entlohnte Managementstellen wechseln.

Donnerstag, 21.03.2019

15:00 - 16:30 Uhr / Raum G40B-332

Was motiviert Wissenschaftler*innen zu einer akademischen Karriere? - Eine Untersuchung der Unterstützungsbedingungen, deren Einfluss auf die Identifikation mit dem Wissenschaftler-Beruf und Konsequenzen für die Karriereaspirationen von promovierten Lebenswissenschaftlern anhand einer Teilstudie von E-Prom

Julia S. Meuleners (Ludwig-Maximilians-Universität München), Julia Eberle (Ruhr-Universität Bochum), Birgit J. Neuhaus (Ludwig-Maximilians-Universität München)

Obwohl die Promotion in erster Linie eine Ausbildung für eine wissenschaftliche Karriere darstellt, ist sie doch häufig zugleich auch deren Endpunkt. Individuelle Karriereentscheidungen sind dabei von psychologischen Faktoren determiniert. Eine Assoziation zwischen Identitätsfacetten und Karriereaspirationen wurde bereits in anderen Berufsfeldern gefunden (Lally & Kerr, 2005). Die Selbstbestimmungstheorie impliziert wiederum, dass die Unterstützung des Kompetenz- und Autonomieerlebens sowie die soziale Eingebundenheit Einfluss auf die Entwicklung von Identität haben (z. B. Deci & Ryan, 2002).

Daraus lassen sich folgende Fragestellungen ableiten:

- 1) Inwiefern wirken sich die wahrgenommenen Unterstützungsbedingungen während der Promotion (Kompetenz- und Autonomiestütze, soziale Eingebundenheit) auf die Karriereaspirationen ein Jahr später aus?
- 2) Inwiefern mediiert die Identifikation mit dem Wissenschaftler-Beruf den Effekt dieser zeitversetzten Zusammenhänge?

Im Rahmen des Projekts E-Prom („Einflussfaktoren auf die Karriere Promovierter in den Lebenswissenschaften“) des FoWiN-Programms („Forschung zum Wissenschaftlichen Nachwuchs“) des BMBF (Bundesministerium für Bildung und Forschung) wurde eine Teilmenge einer Multi-Kohorten-Panel-Studie analysiert. Es wurden Lebenswissenschaftler*innen befragt, die an 14 repräsentativen deutschen Universitäten promoviert hatten. Dabei wurden die Daten von insgesamt N=175 Promovierten (62 % weiblich) analysiert, die in den Jahren 2014 und 2015 Fragebögen beantwortet hatten. Im ersten Fragebogen direkt im Anschluss an die Promotion wurden die wahrgenommene Kompetenz- (4 Items, $\beta = .85$) und Autonomieunterstützung (4 Items, $\beta = .69$) sowie die wahrgenommene soziale Eingebundenheit (6 Items, $\beta = .90$) während der Promotion erfragt. Außerdem wurde nach der Identifikation mit dem Wissenschaftler-Beruf (7 Items, $r = .91$) gefragt.

Im zweiten Fragebogen, ein Jahr später, wurde erneut die Identifikation mit dem Wissenschaftler-Beruf (7 Items, $r = .91$) sowie die Aspiration zu einer Wissenschaftskarriere (Ja/Nein-Frage) erfragt. Die angenommenen Zusammenhänge wurden in einer Mediationsanalyse mithilfe von AMOS analysiert. Die Ergebnisse zur ersten Fragestellung zeigen, dass nur die wahrgenommene soziale Eingebundenheit in die Scientific Community während der Promotion ($\beta = .19^{**}$) und die Identifikation mit dem Wissenschaftler-Beruf T1 ($\beta = .47^{***}$) die Aspiration zu einer Wissenschaftskarriere ein Jahr nach Abschluss der Promotion voraussagen. Die Identifikation mit dem Wissenschaftler-Beruf (T2) mediiert den Effekt der wahrgenommenen sozialen Eingebundenheit auf die Karriereaspirationen

(Fragestellung 2): Beispielsweise hat die Eingebundenheit einen positiven Effekt auf die Identität ($\beta = .16^{**}$), die sich wiederum auf die Karriereaspirationen auswirkt ($\beta = .52^{***}$), wobei der direkte Effekt der Eingebundenheit auf die Aspirationen nicht-signifikant wird ($\beta = .10$).

Die Identifikation mit dem Wissenschaftler-Beruf ist demnach hochgradig relevant für die Erklärung, wer eine wissenschaftliche Karriere anstrebt oder nicht anstrebt. Außerdem gibt es auch noch ein Jahr nach Beendigung der Promotion einen Effekt der sozialen Eingebundenheit in die Scientific Community auf die Karriereaspiration.

Promovierendenerfassung in Deutschland: Neue Chancen für die Hochschulforschung

Jens Brauer (Universitätsverband zur Qualifizierung des wissenschaftlichen Nachwuchses in Deutschland, Friedrich-Schiller-Universität Jena)

Zum Stichtag 1. Dezember 2017 haben alle Hochschulen mit Promotionsrecht in Deutschland Daten zu ihren Promovierenden erfasst und geliefert. Damit gibt es erstmalig eine Datenbasis zu Promovierenden in Deutschland und erste Ergebnisse der neuen Promovierendenstatistik liegen nunmehr vor. Auch wenn davon auszugehen ist, dass diese erstmalige Datenerhebung noch unvollständig ist, bieten sich perspektivisch neue Möglichkeiten für die Qualitätssicherung der Promotionsphase. Dabei profitieren Angebotsplanung und Qualitätsmanagement an den Hochschulen ebenso wie Hochschulforschung und sozialwissenschaftliche Studien von einer Datenbasis rund um das Promotionsgeschehen. Ziel des Projektes UniKoN (UniWiND-Koordinierungsstelle Nachwuchsinformationen) ist es, diesen Prozess zu unterstützen und die Verfügbarkeit von Daten über den wissenschaftlichen Nachwuchs an deutschen Hochschulen grundlegend zu verbessern. Die Einrichtungen werden dabei unterstützt, ihre Promovierenden nach einem einheitlichen Standard elektronisch zu erfassen und Daten zum Promotionsverlauf bundesweit einheitlich zu erheben. UniKoN wirkt dabei als zentraler Vernetzungspunkt zwischen Universitätsleitungen, Leitungen von Einrichtungen zur Graduiertenförderung, Hochschulforschungseinrichtungen, Förderorganisationen sowie den statistischen Ämtern und Landesministerien und dem Bundesministerium für Bildung und Forschung. Daten zum wissenschaftlichen Nachwuchs sind insbesondere notwendig für die Qualitätssicherung der Promotionsphase. Der Vortrag wird die Datengrundlage und Merkmale der Promovierendenerfassung und die Ergebnisse der ersten Promovierendenstatistik sowie die sich eröffnenden Möglichkeiten für die Hochschulforschung vorstellen.

Die UniWiND-Koordinierungsstelle Nachwuchsinformationen ist ein Verbundprojekt des Universitätsverbandes zur Qualifizierung des wissenschaftlichen Nachwuchses in Deutschland (UniWiND) e. V. und der Friedrich-Schiller-Universität Jena. Das Projekt wird durch das Bundesministerium für Bildung und Forschung gefördert.

Freitag, 22.03.2019

10:30 - 11:30 Uhr / Raum G40B-332

Hochschullehrende: Manageriale Hochschul-Governance und die Lehr-Motivation von DozentInnen in der wissenschaftlichen Weiterbildung

Christian Schmid, Uwe Wilkesmann (TU Dortmund)

Der Vortrag wird der Frage nachgehen, wie sich meso-organisationale Kontextbedingungen von Hochschulen auf die Lehr-Motivation von DozentInnen in der wissenschaftlichen Weiterbildung (wWB) auswirken; oder auch nicht. Dazu rekurrieren wir auf eine praxistheoretisch reflektierte bzw. fundierte Konzeption der (managerialen) Governance der wWB an Hochschulen in staatlicher Trägerschaft (siehe Schmid und Wilkesmann 2018a). Empirisch werden wir statistische Auswertungen eines gematchten Datensatzes von insgesamt drei nationalen Online-Erhebungen (Feldphase: bis Ende 2018) interpretieren. Mit Letzteren werden bereits in der wWB-Lehre aktive DozentInnen umfassend und detailliert zu ihrer Lehr-Motivation (Motive) sowie den unmittelbaren organisationalen Rahmenbedingungen ihrer Lehr-Tätigkeit in der wWB befragt werden (vgl. hierzu Schmid und Wilkesmann 2018b).

Kurzformate in der wissenschaftlichen Weiterbildung – Ein Lösungsansatz um den Bedürfnissen heterogener Zielgruppen gerecht zu werden?

Sigrun Nickel, Anna-Lena Thiele (CHE Centrum für Hochschulentwicklung)

In den vergangenen Jahren ist die Öffnung des Hochschulsystems für neue Zielgruppen wie Berufstätige, Personen mit Familienpflichten oder Berufsrückkehrer(innen) stärker in den Fokus von Hochschulen und Politik gerückt. Infolgedessen gibt es verschiedene staatliche Förderprogramme, Initiativen und Wettbewerbe, die sich mit heterogenen Zielgruppen sowie deren Bedarfe beschäftigen. Dazu zählt auch der Bund-Länder-Wettbewerb „Aufstieg durch Bildung: offene Hochschulen“, welcher innovative, nachfrageorientierte und nachhaltige Konzepte für berufsbegleitendes Studieren und lebenslanges, wissenschaftliches Lernen an Hochschulen fördert. Die weiterbildenden Studienangebote im Wettbewerb richten sich in der Regel an Zielgruppen mit begrenzten Zeitbudgets, die gleichzeitig auch hohe Erwartungen an die Effizienz und Effektivität des Studiums haben.

Dies ist einer der Gründe dafür, dass sich hier ein Trend zu kürzeren Studienangeboten abzeichnet. Dabei handelt es sich primär um Zertifikatskurse und -programme, aber auch um relativ neue Certificates of Advanced Studies (CAS) oder Diplomas of Advanced Studies (DAS) nach dem Schweizer Vorbild. Deren Umfang bewegt sich zwischen sechs und 30 Kreditpunkten. Parallel dazu haben sich sowohl die Anteile umfangreicherer Formate wie berufsbegleitende Bachelor- und Masterstudiengänge als auch mehrsemestriger Zertifikatsprogramme reduziert. Weiterhin wird deutlich, dass die Heterogenität der Teilnehmenden aufgrund der individuellen Lebensumstände (z.B. Vereinbarkeit von Berufstätigkeit, Familie und Studium) vielfältige Bedarfe mit sich bringt. Diese beziehen sich u. a. auf die zeitliche und räumliche Organisation der Angebote oder auf begleitende Beratungs- und Unterstützungsmaßnahmen.

Ziel des Vortrags ist es daher, in den Blick zu nehmen, welche belegbaren Unterschiede zwischen den Bedürfnissen heterogener Zielgruppen bestehen und welche Angebotsformate diesen Bedürfnissen gerecht werden können. Datengrundlage hierfür sind zwei vom CHE im Rahmen der wissenschaftlichen Begleitung durchgeführte empirische Untersuchungen (Nickel et al. 2018; Nickel et al. im Erscheinen) sowie Erkenntnisse aus den begleitenden Forschungsarbeiten zum Themenschwerpunkt „Heterogenität der Zielgruppen“ (Nickel/Thiele 2017).

In dem Vortrag wird aufgezeigt, in welcher Ausprägung und in welchem Ausmaß Kurzformate wie Zertifikatsangebote oder CAS/DAS derzeit vorkommen und inwiefern es hier zu einem Bedeutungszuwachs gekommen ist. Dies wird in Beziehung gesetzt mit den Bedürfnissen unter den Teilnehmenden, welche im Rahmen der empirischen Untersuchung ermittelt wurden und den festgestellten Maßnahmen, die ergriffen werden, um diesen gerecht zu werden. Zum Abschluss soll der Frage nachgegangen werden, ob sich bei dem Trend zu Kurzformaten lediglich um ein Phänomen in der wissenschaftlichen Weiterbildung handelt oder ob es hier auch Querbezüge zum traditionellen Studium gibt. Dabei wird auch ein Schlaglicht auf Entwicklungen in anderen europäischen Hochschulsystemen geworfen.

Zur Analyse und Gestaltung des Verhältnisses von Theorie und Praxis in der wissenschaftlichen Weiterbildung – erste Ergebnisse und Schlussfolgerungen aus zwei empirischen Studien

Anita Mörth, Eva Cendon, Uwe Elsholz (FernUniversität in Hagen)

Berufsbegleitende, weiterbildende Studiengänge sowie weiterbildende Zertifikatsangebote zeichnen sich durch eine hybride oder intermediäre Positionierung zwischen Wissenschaftlichkeit und Anwendungsbezug aus (Seitter, 2017). Sie liegen oftmals quer zur disziplinären und fachlichen Logik und sind durch einen mehr oder weniger stark ausgeprägten Arbeitsmarktbezug gekennzeichnet. Eine der zentralen organisationalen und didaktischen Herausforderungen von Studienangeboten, die sich insbesondere an Berufserfahrene und Berufstätige richten, ist, wie sie einen konstruktiven Bezug zwischen akademischen und beruflichen Wissens- und Handlungslogiken als Theorie-Praxis-Verzahnung herstellen (Cendon, Mörth & Pellert, 2016; Cendon, 2017). Im Rahmen der wissenschaftlichen Begleitung des Bund-Länder-Wettbewerbs „Aufstieg durch Bildung: offene Hochschulen“ wurden bzw. werden dazu zwei Studien durchgeführt. In einer ersten Studie wurden berufsbegleitende Bachelor- und Masterstudiengänge im Hinblick auf ihre Theorie-Praxis-Verzahnung analysiert. Als Ergebnis ist ein Modell entstanden, das als Konzeptions- und Analyserahmen bei der Entwicklung von Studienangeboten mit Blick auf Theorie-Praxis-Verzahnung dienen kann (Mörth, Schiller, Cendon, Fritzsche & Elsholz, 2018). In einer zweiten Studie werden gemeinsam mit Projekten des Wettbewerbs kürzere Studienangebote im Hinblick auf die Verknüpfung zwischen beruflichem und wissenschaftlichem Wissen analysiert und systematisiert.

Der Vortrag setzt die Ergebnisse der beiden Studien zueinander in Bezug und nimmt eine Einbettung in den internationalen Kontext vor (Lester & Costley, 2010; Talbot, 2019) vor. Abschließend wird die Frage danach gestellt, welche Anforderungen sich daraus für eine Hochschullehre, die sich an unterschiedliche Zielgruppen bzw. lebenslang Lernende richtet, ergeben.

Freitag, 22.03.2019

10:30 - 11:30 Uhr / Raum G40B-331

„... da wird von Chancengerechtigkeit irgendwie erzählt, ähm, in meinen Augen ist das ne Illusion ...“ – Studienabbruch in der „Wissengesellschaft“
Natalie Pape (Universität Duisburg-Essen), Kerstin Heil (Hochschule Hannover),
Heidrun Schneider (Deutsches Zentrum für Hochschul- und Wissenschaftsforschung)

Durch tiefgreifende Umstrukturierung und soziale Öffnung der Hochschulen einerseits sowie gesellschaftliche Transformationsprozesse zu einer „Wissengesellschaft“ (Bittlingmayer/Bauer 2006) andererseits sehen sich Hochschulen mit einer stetig wachsenden und zunehmend heterogenen Studierendenschaft konfrontiert (Banscherus u.a. 2014). In einem Studium erlangtes Wissen gewinnt immer mehr an Bedeutung. Das zeigen der vielerorts beschworene Fachkräftemangel und die zunehmende Akademisierung beruflicher Ausbildungen. Auch der Studienabbruchthematik gilt in diesem Zusammenhang erhöhte Aufmerksamkeit.

Durchschnittlich bricht etwa ein Drittel (29%) der Studierenden das Bachelorstudium ab (Heublein u.a. 2017, S. 263). Ein höheres Abbruchrisiko haben Studierende aus nichtakademischen Elternhäusern (ebd., S. 59ff.). Die soziale Herkunft ist relevant für die Art und Weise, wie ein Studium bewältigt wird und auch dafür, ob sich Studierende an der Hochschule „fehl“ oder „am richtigen Platz“ fühlen (z.B. Lange-Vester/Teiwes-Kügler 2006; Hild 2016; Middendorff u.a. 2017). Während also der Ruf nach mehr Studienanfänger*innen/Absolvent*innen lauter wird, setzt sich soziale Ungleichheit an den Hochschulen fort.

Ein aktuelles vom BMBF gefördertes Forschungsprojekt fragt vor diesem Hintergrund danach, wie Studienzweifel und Studienabbrüche entstehen und wie Studienabbrüche biografisch verarbeitet werden. Theoretisch fußt das Vorhaben auf Bourdieus (1982; 1987) Habitus-Feld-Konzept und dessen Erweiterung im Ansatz der sozialen Milieus (Vester u.a. 2001; Bremer/Lange-Vester 2014). Zentrale Annahme ist, dass Studienzweifel und -abbrüche auf „Passungsverhältnisse“ zurückzuführen sind: In den Studiengängen treffen sehr unterschiedliche soziale Gruppen mit je spezifischen Habitusmustern und je eigener Affinität zur Hochschulkultur aufeinander. Einigen Studierenden gelingt es vergleichsweise rasch und ohne größere Probleme, eine Passung zwischen ihrem an die Hochschule mitgebrachten Habitus und den Anforderungen und Konventionen der Fachkultur herzustellen. Bei anderen äußert sich die Beziehung zwischen Habitus und akademischem Feld u.U. in einem dauerhaften und schwerwiegenden Spannungsverhältnis.

Ziel des Projekts ist ein vertieftes Verstehen der sozialen Mechanismen und Logiken, die zu Studienzweifel und -abbruch führen. Bildungs- bzw. Studienstrategien werden daher auch in ihrer Verbindung mit „Gesellschaftsbildern“ als handlungsleitend über den Habitus vermittelte Orientierungen analysiert (Bremer u.a. 2015). Dies ist bedeutsam, weil höhere Bildung in der „Wissengesellschaft“ zentral für Fragen sozialer Mobilität, Durchlässigkeit und Gerechtigkeit ist.

In dem geplanten Beitrag sollen erste Ergebnisse des BMBF-Projekts sowie eines anschließenden Promotionsprojekts präsentiert werden. Die vergleichend angelegten Forschungsprojekte umfassen bisher 58 leitfadengestützte Interviews mit „abbruchgefährdeten“ und ehemaligen Bachelorstudierenden von Fächergruppen mit hoher und niedriger Abbruchquote (Ingenieurwissenschaften/Informa-

tik und Soziale Arbeit/Erziehungswissenschaft). Zusätzlich zu den mehrstündigen Interviews haben die (ehemaligen) Studierenden Einzelcollagen zu ihren Vorstellungen von einer guten Gesellschaft erstellt. Die Datenauswertung ist explorativ angelegt und folgt der qualitativ-rekonstruktiven Methodologie der „Habitus-Hermeneutik“ (Bremer/Teiwes-Kügler 2013).

Exemplarische Fallstudien zeigen, dass ein Studienabbruch Ausdruck von gesellschaftlich als legitim erachteten und relativ souverän bewältigten Suchbewegungen, aber auch Konsequenz schwieriger Passungsverhältnisse sein kann. Letztere können eine als unausweichlich empfundene Neuorientierung nach sich ziehen, die teilweise deutlich als (gesellschaftliche) Ausschlusserfahrung thematisiert wird. Auf der Mikroebene lassen sich daraus auch Hinweise für die Gestaltung von Studium und Lehre ableiten, so dass sich neben der Möglichkeit einer Präsentation in Track 5 eine Verbindung zu Track 2 herstellen lässt.

Disruption oder Evolution? Entwicklung von Policies für die Digitalisierung in der Hochschulbildung

Justus Henke, Sebastian Schneider (Institut für Hochschulforschung Halle-Wittenberg)

Für Studium und Lehre besteht zunehmend ein Handlungsdruck, die Integration digitaler Lehrformate und Lernplattformen zu forcieren. Hinzu kommen neuartige Bildungsangebote im Bereich onlinebasierter Weiterbildung und lebenslangen Lernens. Zudem durchlaufen nicht zuletzt die Hochschulbibliotheken tiefgreifende Veränderungen hin zu umfassend vernetzten wie universellen Wissens- und Mediendienstleistern. Überdies ist eine zunehmende Konkurrenz privater Bildungsanbieter im Tertiär- und Quartärbereich, die ortsunabhängig global verfügbar E-Learning kommerzialisieren und den Erwerb von Bildungszertifikaten ermöglichen, spürbar. Gleichzeitig stellt die Digitalisierung die Hochschulen unter einen enormen Effizienz- und Kostendruck, der neben der finanziellen auch eine organisatorische ebenso wie eine soziale Herausforderung darstellt. Dies stellt Hochschulen vor ein grundlegendes Gestaltungsproblem: Einerseits sind diese Herausforderungen nicht durch Nichthandeln zu bewältigen, andererseits kommt diese Bewältigung nicht ohne Scheiternserfahrungen aus bzw. muss die Möglichkeit von Fehlschlägen in Kauf genommen werden. Die Wissenschaftspolitik kann sich indes nicht auf die Selbstregulierung weitgehend autonom agierender Hochschulen verlassen, sondern muss einen Rahmen für diese Entwicklungen, einschließlich nötiger Korrekturen von Versuchsprozessen, schaffen. Denn neben erheblichen Investitionsbedarfen bestehen zahlreiche offene Rechtsfragen und hochschulübergreifend zu treffende Weichenstellungen. Diese stellen die Rahmenbedingungen für die Umsetzung digitalgestützter Hochschulbildung an den Hochschulstandorten dar.

Mit Blick auf diese Rahmenbedingungen herrscht kein Mangel an Problemwahrnehmungen. Es besteht jedoch bislang ein Defizit an systematischen Herangehensweisen, um diese Probleme und dafür mögliche Lösungsansätze angemessen zu bewerten. Daher gilt es aufzuklären, wie die Hochschulpolitik hier rahmengestaltend so tätig werden kann, dass daraus möglichst wenig Fehlentwicklungen hervorgehen, etwa indem sie ihre Prioritätensetzungen anhand der relevantesten Rahmenbedingungen, also analysegestützt statt intuitiv, vornimmt. Es wird ein Bewertungssystem vorgestellt, das einerseits auf die kriteriengeleitete Identifikation relevanter systemischer Rahmenbedingungen der Digitalisierung in der Hochschulbildung abzielt. Andererseits sollen politische Handlungsoptionen für Digitalisierungsprozesse in der Hochschulbildung diskutiert werden. Konzeptionell wird zunächst eine

systematische Einordnung der Rahmenbedingungen entwickelt, für die dann Kriterien hergeleitet werden, die eine Bewertung des politischen Steuerungsbedarfs ermöglichen. Solche Kriterien sind etwa Digitalisierungsrelevanz, Änderungsbedarfe oder Intervenierbarkeit. Auf dieser Basis können die relevantesten Rahmenbedingungen in einem strukturierten Prozess bewertet, ausgewählt und anschließend konkrete Handlungsbedarfe sowie erfolgversprechende Handlungsoptionen für diese gesucht werden.

Auf Basis aktueller Daten, Studien, Diskussionsbeiträgen und Positionspapieren wurden in einer umfassenden Sekundäranalyse zunächst 40 Rahmenbedingungen eingegrenzt. Aus diesen wurden mittels des erwähnten Bewertungsverfahrens zehn identifiziert, die derzeit als besonders bearbeitungsbedürftig erachtet werden können. Insgesamt konnten aus der Analyse knapp 30 Handlungsoptionen für staatliche Interventionen ermittelt werden, die potenziell signifikante Verbesserungen der Ausgangslage als Reaktion auf die Handlungsbedarfe mit sich bringen. Die Rahmenbedingungen weisen zudem gegenseitige Abhängigkeiten auf, d.h. es gibt Folgewirkungen durch Veränderungen einer Stellschraube auf andere Rahmenbedingungen. Die Untersuchung verweist aber auch auf grundlegende strategische Weichenstellungen, über die die Wissenschaftspolitik sich im Klaren werden muss, nämlich wohin sich das öffentliche Hochschulsystem entwickeln soll. Im Lichte der identifizierten Handlungsbedarfe und gegenwärtig erkennbaren Dynamiken erscheinen, je nach wissenschaftspolitischer Prioritätensetzung und aktivierter Schlüsselfaktoren, in einem ersten Zugriff drei Entwicklungspfade denkbar: (1) Disruption, d.h. den Wandel von der Präsenzlehre hin zu überwiegend onlinebasierter Lehre zu gestalten; (2) Evolution, d.h. die Erweiterung der Präsenzlehre zum Blended Learning zu forcieren und (3) Diversifizierung, d.h. die Spezialisierung einzelner Hochschulen hin zu überwiegend Präsenz- oder onlinebasierten Lehrformen zu fördern.

Freitag, 22.03.2019

10:30 - 11:30 Uhr / Raum G40B-330

Wofür Anwesenheitspflicht? Außeruniversitäre Einflüsse versus inneruniversitäre Wahrnehmung

Jennifer Weßler, Stefanie van Ophuysen (Westfälische Wilhelms-Universität Münster)

Aufgrund der föderalistischen Organisation der Hochschulbildung ist die strukturelle Ausgestaltung des Studiums je nach Bundesland verschieden. Durch die Hochschulgesetze der Länder werden Rahmenbedingungen vorgegeben, die durch die Hochschulen zu berücksichtigen sind. Im Bereich Lehre und Studium ist aktuell in Nordrhein-Westfalen eine allgemeine Anwesenheitspflicht in universitären Lehrveranstaltungen verboten (vgl. § 64 Abs. 2a HG NRW). Die derzeitige Landesregierung hat jedoch Änderungen dahingehend angekündigt, dass – wie in vielen anderen Bundesländern auch – die Hochschulen hierüber selbstständig entscheiden sollen (vgl. MKuW, 2018). Weiterhin bedingen gesellschaftliche Strukturen, z.B. der selbstverständliche Zugang zu Bildung, dass die Rechte der Studierenden (z.B. Selbstbestimmung) vermehrt in den Fokus rücken. Neben den rechtlichen und gesellschaftlichen Einflussfaktoren bestimmen innerhalb der Universität insbesondere Themen zur Qualität von Lehre, nicht zuletzt neue Möglichkeiten der digitalisierten Lehre, die Auseinander-

setzung mit der Anwesenheitspflicht.

Vor diesem Hintergrund stellt sich die Frage, welche Merkmale Lehrende und Studierende als Hochschulakteurinnen als Qualitätsindikatoren akademischer Bildung erachten. Ist z.B. die Unterstützung des Lernens der Studierenden mithilfe des vielfältigen aktuellen Medienangebots ein Qualitätskriterium akademischer Bildung? Inwiefern bewerten Lehrende und Studierende eine verpflichtende Anwesenheit als bedeutsam für die Sicherung der als relevant identifizierten Qualitätskriterien?

Um sich diesen Fragen zu nähern, wurden zentrale Argumentationslinien aus dem Diskurs um Anwesenheit und Anwesenheitspflicht herausgearbeitet und den Bereichen (Lern-) Ergebnisse von Lehre und Studium, Rechte und Verantwortlichkeiten sowie Gestaltung von Studium und Lehre zugeordnet. Diese wurden in Items überführt und in ein quantitatives Erhebungsinstrument integriert. Insgesamt nahmen 220 Studierende sowie 585 Lehrende der WWU Münster an der online-Befragung teil. Zur Datenanalyse wurden deskriptive sowie inferenzstatistische Auswertungsmethoden (z.B. Faktorenanalyse, T-Test) herangezogen.

Die Befunde zeigen, dass sich die Einschätzungen von Lehrenden und Studierenden bezüglich der Bestandteile eines guten Studiums in den Bereichen (Lern-)Ergebnisse von Studium und Lehre (z.B. Fähigkeit des (fach-)wissenschaftlichen Austauschs) sowie Gestaltung von Studium und Lehre (z.B. didaktische Qualität) signifikant unterscheiden. Bei der Prüfung, ob eine Anwesenheitspflicht für die Umsetzung dieser Aspekte förderlich/hinderlich/bedeutungslos ist, liegt insgesamt eine neutrale Einschätzung der Anwesenheitspflicht zur Erreichung der (Studien-)Bedingungen vor. Hierbei zeigt sich jedoch, dass die Lehrenden über alle Bedingungen hinweg der Anwesenheitspflicht eine positivere Wirkung zusprechen als die Studierenden [$t(803) = -10,696$, $p = .000$, $d = .328$].

Insgesamt geben 78,1 % der Befragten an, dass die Unterstützung des Lernens der Studierenden mithilfe des vielfältigen aktuellen Medienangebots ein Bestandteil eines guten Studiums ist. Eine Anwesenheitspflicht wird zur Förderung dieses Bestandteils jedoch von 72,9 % als bedeutungslos angesehen. Diese Einschätzung liegt bei den Studierenden signifikant stärker vor [$F(1,804) = 32,73$, $p = .000$].

Die empirischen Befunde werden vor dem Hintergrund der aktuellen Herausforderungen für die Hochschulen für die Gestaltung von Lehre und Studium diskutiert. Entsprechende hochschuldidaktische und lehrbezogene Handlungsimplicationen werden aufgezeigt und weitere Anschlussforschung wird thematisiert.

Transformation der universitären Lehre im Spannungsfeld zwischen New Public Management und Bolognareform

Katharina Mojescik, Caroline Richter, Jessica Pflüger (Ruhr-Universität Bochum)

Mit der politisch gesteuerten Bologna-Studienreform war die Hoffnung verbunden sowohl die Internationalisierung des universitären Studiums im europäischen Raum zu beschleunigen als auch die Employability von Absolvent*innen in außeruniversitären Kontexten zu fördern. Damit sollte ein elementarer Wandel der akademischen Lehre angestoßen werden. Um diese Entwicklung voranzutreiben, wurden seitens der Politik im Qualitätspakt Lehre finanzielle Mittel für die Lehrentwicklung an Hochschulen zur Verfügung gestellt.

Parallel zu dieser Entwicklung gewinnen im hochschuldidaktischen Diskurs Lehrbildungskonzepte wie „Forschendes Lernen“ oder „entrepreneurial learning“ an Aufmerksamkeit. Auch sie zielen vornehmlich darauf ab, Studierende für die Anforderungen in wissensbasierten Tätigkeitsfeldern außerhalb

der Universität vorzubereiten. Mit dem Mitteln des Qualitätspakt Lehre soll die Implementierung dieser neuen Lehr-/Lernformate vorangetrieben werden.

Die Organisation Hochschule steht jedoch vor die Herausforderung die externen gesellschaftlichen sowie politischen Erwartungen an die universitäre Lehre zu erfüllen, da die Lehrenden in der Ausgestaltung ihrer Lehrformate autonom handeln und sich selbst vorrangig als Forschende verstehen. Zunehmend finden sich an Universitäten daher seitens der Hochschulleitungen initiierte Lehr-Förderprogramme, die Lehrende bei der Durchführung bestimmter Lehr-/Lernformate mit finanziellen Mitteln ausstatten.

Fragestellung dieses Beitrages ist daher, wie sich von der Organisation Hochschule initiierte Lehr-Förderprogramme auf die Umsetzung bestimmter Lehrbildungskonzepte und somit auf die Ausgestaltung akademischen Lehre auswirken.

Empirische Grundlage sind 22 problemzentrierte Interviews sowohl mit Organisationsvertreter*innen als auch mit Lehrenden, die im Rahmen des Projektes FLOAT (Forschendes Lernen aus Perspektive von Organisation und Akteuren) erhoben wurden.

Ausgehend von den Grundannahmen des Neo-Institutionalismus (Bitektine/Haack 2015; Meyer/Rowan 1977, Powell/DiMaggio 1991) sowie der Organisations- und Governanceforschung zu Hochschule und Wissenschaftssystem (Wilkesmann/Schmid 2012; Hüther/Krücken 2016, 2018) soll gezeigt werden, wie die veränderten Rahmenbedingungen im Hochschulsystem zu einer an Marktlogiken orientierten Durchdringung der akademischen Lehre führen. Mit diesem Zugang sollen die Verflechtungen von Governance, Organisation, Akteuren und Didaktik systematisch in den Blick genommen werden.

Freitag, 22.03.2019

11:45 - 12:45 Uhr / Raum G40B-331

Mehr Kräfte freisetzen als binden: Digitalisierung in der Hochschulorganisation

Peer Pasternack, Sebastian Schneider, Steffen Zierold (Institut für Hochschulforschung Halle-Wittenberg)

Versteht man Digitalisierung als Medienrevolution, die vertraute Medien rekonfiguriert und wesentliche strukturelle wie kulturelle Anpassungen der Gesellschaft provoziert, so besteht die Aufgabe darin, Formen zu entwickeln, innovativ und routiniert mit den neuen Möglichkeiten umzugehen. Als Organisationen bearbeiteten und bearbeiten die Hochschulen interne und externe Grenzen und müssen sich entsprechend mit den neuen Herausforderungen der Digitalisierung auseinandersetzen. Daher ist die Digitalisierung der Hochschulen mehr als das, was landläufig unter diesem Stichwort aufgerufen wird: nicht nur IT-Konzepte, nicht allein digital unterstütztes Lehren und Lernen, mehr als digital basierte Kommunikation. Es sind nicht lediglich technische Infrastrukturen aufzubauen, sondern die – immer schon konflikträchtigen – Schnittstellen zwischen Forschung, Lehre und Verwaltung sowie zwischen Wissenschaft und Gesellschaft zu rekonfigurieren.

Mithilfe eines Mixed-Methods-Designs wurden tiefenanalytische Erkundungen zum Stand der Hoch-

schuldigitalisierung unternommen, um Ineffektivitäten und Ineffizienzen bei der Gestaltung digitaler Assistenz von Organisationsprozessen zu identifizieren. Dabei drängte sich ein zentraler Eindruck auf: Die Digitalisierung an den Hochschulen kann sich nicht lediglich punktuell vollziehen, sondern muss als Querschnittsthema be- und verarbeitet werden, denn die Digitalisierung macht Organisationsanpassungen (Strukturen und Prozesse) in allen Bereichen der Hochschule nötig. Aus den Ergebnissen lassen sich einige Suboptimalitäten herausstellen, die sich als Hemmnisse in Hinblick auf die Digitalisierung organisatorischer Prozesse erweisen.

Ein zentrales identifiziertes Problem besteht darin, dass an Hochschulen Ressourcenverluste insbesondere durch stetige Reibungen im Betrieb des elektronischen Hochschulökosystems auftreten. Das elektronische Hochschulökosystem besteht heute typischerweise aus zahlreichen Insellösungen, d.h. die Hochschulangehörigen müssen mehrere parallel bestehende Systeme bzw. Portale anlaufen, um z.B. Lehrbelange zu organisieren, wobei jedes dieser Systeme separat und häufig schnittstellenfrei funktioniert. Schwer rezipierbare Bedienungsfäden und Handbücher korrespondieren mit häufig schwach ausgeprägter Usability der Portale. Faktisch ist auf diese Weise bislang eine Situation der Semi-Digitalisierung erzeugt worden – welche häufig mehr Kräfte bindet, als sie freisetzt. Diese erzeugt Konflikte und absorbiert derart Kapazitäten, die damit für anderes nicht zur Verfügung stehen.

Zum einen wurden Aspekte sichtbar, die spezifisch für die Organisation Hochschule sind. Zum anderen traten Veränderungen hervor, die infolge der Digitalisierung sämtliche Organisationen herausfordern – welche sich auch in der öffentlichen Verwaltung, Krankenhäusern, Schulen oder Großunternehmen finden. Sie lassen sich daher auch nicht (allein) auf das Wirksamwerden einer gleichsam öffentlich-rechtlichen Gemütlichkeit an den Hochschulen zurückführen. Für die Digitalisierungsprobleme immerhin ist das vergleichsweise einfach zu begründen: Wir befinden uns, innerhalb wie außerhalb der Hochschulen, im Zeitalter des Frühdigitalismus.

Innerhalb eines Handlungsprogramms zur Hochschuldigitalisierung empfiehlt es sich daher, einvernehmliche Orientierungsstandards zu definieren, denen mit der umzusetzenden Policy fortwährend Geltung verschafft werden soll: (1) Digitale Instrumente sind nicht Zwecke, sondern Mittel (für anderes); (2) Jegliche digitalen Neuerungen sollen mehr Kräfte freisetzen als binden. Abgeleitet von diesen Orientierungsstandards lassen sich sodann einerseits Standards für die technischen Umsetzungen und andererseits organisatorische Standards der Hochschuldigitalisierung fixieren. Sie zielen darauf, den Wechsel von der bislang dominierenden vorrangig angebots- zu einer strikt nutzerorientierter Gestaltung des digitalen Hochschulökosystems anzuleiten. Es geht darum, immer von den Bedürfnissen, Fertigkeiten, Funktionserfordernissen und Gewohnheiten der Nutzer:innen her zu denken. Die Ansätze zur empirischen Erschließung und Entwicklung solcher Standards, und damit markierten Herausforderungen, werden im Vortrag detailliert dargestellt.

Vom Dipl. Ing. zum Bachelor of Engineering – mehr Abschlüsse oder mehr Abbrüche?

Sonja Bandorski, Gerd Grözinger, Marita McGrory (Europa-Universität Flensburg)

Der Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft bezeichnete noch 2015 Studienerfolg als den „blinden Fleck der Exzellenzdebatte“ (Stifterverband 2015, S.6). Rege beforscht wird in der Tat eher Studienabbruch - genannt seien hier die regelmäßigen Veröffentlichungen des DZHW zu Studienabbruchsquoten (zuletzt Heublein & Schmelzer 2018) und die acatech-Studien zum Studienabbruch

in den Ingenieurwissenschaften (Klöpping et al. 2017). Selbst wenn man Informationen zum Studienerfolg aus diesen Angaben zu Studienabbruch ableiten kann bleiben weitere blinde Flecken: Zum einen gibt es keine Daten über den Studienerfolg bezogen auf konkrete Hochschulen. Zum anderen kann der Studienerfolg in Bachelor-Studiengängen nicht unabhängig von den Vorgänger-Studiengängen mit Diplom-Abschluss betrachtet werden, insbesondere wenn es Übergangsphasen mit Parallelangeboten beider Abschlüsse gab.

Gefühlt liegt die Umstellung von Diplomstudiengängen zum Bachelor-Master-System weit zurück. Legt man für einen erfolgreichen Studienabschluss im Bachelor jedoch eine Regelstudienzeit von 6 bzw. 7 Semestern zugrunde und erlaubt a) eine Überziehung dieser Regelstudienzeit von bis zu 2 Jahren und lässt b) zusätzlich bis zu 2 Unterbrechungssemestern (z.B. Auslands- oder Urlaubssemester) zu, so finden sich in den aktuell vorliegenden amtlichen Hochschulstatistiken Prüfungen der Anfängerkohorten, die ihr Studium in Zeiten des Übergangs vom Diplom zum Bachelor begonnen haben.

Das Projekt „HoStaNu – Hochschulstatistik(en) nutzen!“ ist Teil der Förderlinie „Studienerfolg und Studienabbruch“ des BMBF und beleuchtet die o.g. blinden Flecken. Vorgestellt werden sollen erste Ergebnisse für den Studienbereich Maschinenbau an ausgewählten Hochschulen. Datengrundlage sind die amtliche Studierenden- und Prüfungsstatistik, die in einem intensivierten Cross-Cohort-Ansatz kombiniert werden. Ausgangspunkt ist eine Anfängerkohorte, die ein Maschinenbau-Studium im Diplom oder Bachelor im 1. Fachsemester aufnimmt. Der Studienerfolg wird über eine bestandene Abschlussprüfung im zum Studienbeginn korrespondierenden Zeitraum gemessen, die im selben Studienbereich und an derselben Hochschule abgelegt wird.

Die ersten Projektergebnisse zeigen, dass es mit den vorhandenen Statistiken möglich ist, präzise Erfolgsquoten pro Studienbereich, Hochschule und Zeiteinheit zu berechnen und die Erfolgsquoten zwischen den Hochschulen z.T. sehr stark differieren – was eine differenzierte und transparente Berechnung und Veröffentlichung notwendig macht.

Weiterhin wird sichtbar, dass für den Studienerfolg im Bachelor of Engineering in der Übergangsphase vom Dipl. Ing. sowohl falsch-positive (Wechsler vom Diplom) wie falsch-negative (Wechsler zum Diplom) Verzerrungen möglich sind. Des Weiteren wird deutlich, dass in der Regelstudienzeit an allen bislang betrachteten Hochschulen kaum ein Maschinenbaustudium abgeschlossen wird.

Freitag, 22.03.2019

11:45 - 12:45 Uhr / Raum G40B-332

Symposium: Wandel an Hochschulen? Ein empirischer Blick auf Entwicklungen der Hochschulen und der Hochschullehre im Bund-Länder-Wettbewerb „Aufstieg durch Bildung: offene Hochschulen“

Eva Cendon, Uwe Elsholz (beide FernUniversität in Hagen), Uwe Wilkesmann (Technische Universität Dortmund), Sigrun Nickel (CHE Gemeinnütziges Centrum für Hochschulentwicklung), Karsten Speck, Annika Maschwitz (beide Carl von Ossietzky Universität Oldenburg)

Das geplante Symposium soll den Wandel an Hochschulen mit speziellem Fokus auf die Aktivitäten der Hochschulen im Rahmen des Bund-Länder-Wettbewerbs „Aufstieg durch Bildung: offene Hochschulen“ in den Blick nehmen. Die Öffnung der Hochschulen für eine heterogene Studierendenschaft und deren unterschiedliche berufsbiografische Bildungswege im Kontext des Wettbewerbs deutet über ein enges Verständnis postgradualer wissenschaftlicher Weiterbildung hinaus und lenkt den Blick auf Veränderungen in der Lehre, die Auswirkungen auf Kultur und Struktur von Hochschulen haben können. Aktuelle Forschungsarbeiten zum Wettbewerb ermöglichen erste empirische Antworten auf die Frage, welche Bedarfe die heterogenen Zielgruppen haben, wie sich Lehr-Lern-Formate verändern, warum und unter welchen organisationalen Strukturbedingungen sich Hochschullehrende engagieren und wie ein nachhaltiger Transfer von Projektergebnissen in Hochschulen gestaltet werden kann. Konkret werden folgende Perspektiven in den Blick genommen:

Heterogenität der Zielgruppen: Kurzformate in der wissenschaftlichen Weiterbildung – Ein Lösungsansatz um den Bedürfnissen heterogener Zielgruppen gerecht zu werden?

Sigrun Nickel und Anna-Lena Thiele (CHE)

Lehr-Lern-Formate: Zur Analyse und Gestaltung des Verhältnisses von Theorie und Praxis in der wissenschaftlichen Weiterbildung – erste Ergebnisse und Schlussfolgerungen aus zwei empirischen Studien

Anita Mörth, Eva Cendon und Uwe Elsholz (FernUniversität in Hagen)

Hochschullehrende: Manageriale Hochschul-Governance und die Lehr-Motivation von DozentInnen in der wissenschaftlichen Weiterbildung

Christian J. Schmid und Uwe Wilkesmann (TU Dortmund)

Nachhaltigkeit: Nachhaltiger Transfer von Projektergebnissen in Hochschulen

Karsten Speck, Annika Maschwitz, Katrin Brinkmann und Andrea von Fleischbein (Universität Oldenburg)

Freitag, 22.03.2019

11:45 - 12:45 Uhr / Raum G40B-330

Möglichkeiten und Grenzen des Wissenstransfers in den Praxisphasen des dualen Studiums

Bettina Langfeldt (Universität Kassel)

Das duale Studium gilt als außergewöhnliches und sehr erfolgreiches Format im tertiären Bereich der deutschen Bildungslandschaft. Es schlägt eine Brücke zwischen der akademischen und der beruflichen Säule und verspricht zugleich einen erhöhten Wissenstransfer zwischen Hochschule und Praxis. In den vergangenen zehn Jahren hat es ein rasantes quantitatives Wachstum erfahren und ist im Bereich der Erstausbildung von 512 dualen Studiengängen im Jahr 2004 auf 1.592

im Jahr 2016 angestiegen (BIBB 2017). Die angebotenen Studiengänge konzentrieren sich auf die ursprünglichen Fachrichtungen des dualen Studiums: die Ingenieurwissenschaften (38 %) und die Wirtschaftswissenschaften (34 %). Seit einigen Jahren wächst allerdings das Angebot in der Informatik (12 %) und bedingt durch die voranschreitende Akademisierung verschiedener Berufe auch auf dem Gebiet Erziehung, Gesundheit und Pflege (10 %) (BiBB 2017). Das duale Studium in der Erstausbildung kann entweder ausbildungsintegrierend erfolgen, d. h. einen Hochschulabschluss und einen vollqualifizierenden beruflichen Ausbildungsabschluss beinhalten, oder praxisintegrierend gestaltet sein, d. h. nur einen Hochschulabschluss umfassen. Das letztgenannte Modell erfreut sich zunehmender Beliebtheit und macht mittlerweile die Mehrheit der dualen Studiengänge aus.

Zumindest in der Darstellung der Bildungsanbieter und der Unternehmen verspricht das hybride Studienformat in vielerlei Hinsicht eine Win-Win-Situation für die beteiligten Akteure. Der propagierte Nutzen mit Blick auf einen besonders gelungenen Wissenstransfer von der Hochschule bzw. Berufsakademie in die Unternehmen und umgekehrt stellt sich jedoch nur bei einer entsprechenden Theorie-Praxis-Verzahnung ein, die wiederum Lernortkooperation voraussetzt. Bisherige Untersuchungen verdeutlichen, dass die Vorstellungen bezüglich des notwendigen Ausmaßes der inhaltlichen Abstimmung des Kompetenzerwerbs an beiden Lernorten im dualen Studium stark divergieren (Langfeldt 2018) und der Formalisierungsgrad der Kooperationsbeziehungen häufig eher gering ist (Hähn 2015). Der Beitrag greift auf empirisches Material einer methodenintegrativ (Kelle 2006) angelegten, fortdauernden Studie zurück und beleuchtet zunächst auf Basis einer Dokumentenanalyse, wie (unterschiedlich) die Theorie-Praxis-Verknüpfung und somit der Wissenstransfer in den verschiedenen dualen Studiengängen in den Fachgebieten der Wirtschafts- und der Ingenieurwissenschaften konzipiert ist. Anhand der Ergebnisse einer quantitativen Studierendenbefragung (Hesser & Langfeldt 2017) kann außerdem gezeigt werden, dass die Erwartungen der dual Studierenden an die Theorie-Praxis-Verzahnung insbesondere im Kontext der Praxisphasen nicht immer erfüllt werden. Die Antworten auf die offenen Fragen des Fragebogens liefern Anhaltspunkte für Kriterien, an denen sich aus Studierendensicht gelingende und misslingende Lernortkooperation festmachen lässt. Die studentische Bewertung der Situation wird mit Ergebnissen einer quantitativen Unternehmensbefragung sowie Befunden qualitativer Interviews mit Koordinatoren des dualen Studiums (Hochschule und Unternehmen) gespiegelt (Langfeldt 2018). Datengestützt findet somit eine Diskussion über Optimierungsbedarfe bei der Gestaltung der Praxisphase als zentrales Instrument des Wissenstransfers statt. Hierbei wird partiell eine neo-institutionalistische Analyseperspektive eingenommen (DiMaggio & Powell 1983; Meyer & Rowan 1977; Zucker 1988), um auf die unterschiedlichen Strategien aufmerksam zu machen, mit denen speziell die Bildungsanbieter im dualen Studium die von außen an sie herangetragenen Ansprüche – z. B. die des Wissenschaftsrats – so abfedern, dass diese nicht vollständig erfüllt werden müssen. Aber auch gegenteilige Verhaltensweisen, wie z. B. Umsetzungsversuche von Vorgaben zur Qualitätssicherung im Bereich der Lernortkooperation oder proaktive Maßnahmen der Hochschulen und Berufsakademien zur (Neu-)Gestaltung der Praxisphasen mit Blick auf sich ändernde Akkreditierungsvorgaben, können unter Hinzuziehung der Typologie von Oliver (1991), bei der strategische Antworten auf institutionelle Prozesse systematisiert werden, sinnvoll gedeutet werden.

Bereitschaft von akademischem Lehrpersonal zur hochschuldidaktischen Qualifizierung im Bereich E-Learning

Jaqueline Schulz (Ruprecht-Karls-Universität Heidelberg)

Seit über zwei Jahrzehnten findet digitales Lernen Einzug in die Hochschulen. Die nachhaltige Implementierung von E-Learning und die Professionalisierung der (digitalen) Lehre rückten dabei in den letzten Jahren verstärkt in den Vordergrund. In diesem Kontext wird auch die Kompetenzentwicklung von Lehrenden und deren Motivation zur Weiterbildung intensiver erforscht. Wie ein gutes Weiterbildungsformat aufgebaut sein kann, wurde bereits in zahlreichen Projekten erarbeitet. Wenn die Zielgruppe diese Angebote aber nicht wahrnimmt, weil die Bereitschaft dazu fehlt, dann nützt auch das beste Angebot nichts. Die vorliegende Arbeit befasste sich daher mit Weiterbildungsbereitschaft von akademischem Lehrpersonal speziell zum Thema E-Learning und den relevanten motivationalen Einflussfaktoren darauf. Die Untersuchung fand an einer ausgewählten privaten Fachhochschule in Baden-Württemberg statt, an der die Lehre im Vordergrund steht und die durch ein praxis- und kompetenzorientiertes sowie sequentielles Lehrkonzept gekennzeichnet ist. Die Forschungsfrage lautete wie folgt: Wie ausgeprägt ist die Bereitschaft zur hochschuldidaktischen Qualifizierung im Bereich E-Learning beim akademischen Lehrpersonal einer ausgewählten privaten Fachhochschule in Baden-Württemberg und welche Faktoren können dies positiv oder negativ beeinflussen? Zunächst wurde dafür die Organisationsform Hochschule aus organisationstheoretischer Perspektive betrachtet, da sie sich von anderen Organisationen unterscheidet. Auch die verschiedenen Akteursgruppen in Hochschulen wurden vorgestellt. Diese Besonderheiten beeinflussen die Organisationsentwicklung und somit auch die (erfolgreiche) Implementierung von E-Learning in Hochschulen. Vor der empirischen Erhebung wurden außerdem (mögliche) Einflussfaktoren auf Weiterbildungsbereitschaft im Hochschulkontext gesammelt: einerseits aus Theorien zur Erklärung menschlichen Verhaltens, wie z. B. die Theory of Reasoned Action, aufgrund derer die Einstellung gegenüber einem Gegenstand die Handlungsabsicht und das freiwillige Verhalten beeinflusst (Hurtz und Williams 2009.). Andererseits wurden bestehende Studien herangezogen, in denen die Einflussfaktoren getestet wurden. Häufig wurde dort in situative (Arbeitsumgebung, Weiterbildungsangebot) und individuelle Faktoren (Einstellungen, Vorerfahrungen) unterteilt. Für diese Arbeit fiel die Wahl auf eine qualitative Studie mit explorativem Charakter. Von der ausgewählten Hochschule wurden im Rahmen einer geplanten Digitalisierungsstrategie bereits Daten zum Weiterbildungsbedarf erhoben. Die vorliegende Arbeit sollte diese Daten vertiefen und überprüfen sowie mögliche Zusammenhänge aufdecken. Dafür wurden qualitative leitfadengestützte Experteninterviews mit acht Lehrpersonen an zentralen Schnittstellen der Hochschule durchgeführt. Die Befragungspersonen wurden nach Art der gezielten Stichprobe ausgewählt. Sie waren in leitenden Positionen von Fakultäten und Instituten tätig und wurden somit als Gate-Keeper zum weiteren Lehrpersonal angesehen. Die Interviews wurden vollständig transkribiert und mittels inhaltlicher Strukturierung nach Mayring (2010) ausgewertet. Nach abgeschlossener Auswertung zeigte sich, dass die Weiterbildungsbereitschaft der befragten Experten zum Thema E-Learning eher gering ausgeprägt war. Relevante Einflussfaktoren waren der individuelle Faktor Einstellung zu E-Learning sowie die situativen Faktoren Weiterbildungsangebot, Arbeitsbeanspruchung, Unternehmens- und Lehrkultur sowie Vorgesetztenverhalten. Insbesondere die hohe Identifikation der Lehrpersonen mit dem hochschuleigenen Lehrkonzept widersprach einer Befürwortung von E-Learning und entsprechender Weiterbildungsmaßnahmen dazu. Der Hochschule wurden Empfehlungen an die Hand gegeben, wie diese Bereitschaft erhöht werden könnte, u. a. eine enge Verzahnung der Digitalisierungsstrategie mit dem bestehenden Lehrkonzept.

Postersession

Donnerstag, 21.03.2019

16:30 - 17:00 Uhr / Foyer Hörsaal 6

Die Postersession mit Kaffeepause ist als Gallery Walk angelegt. Zehn Poster werden ausgestellt, die Forschungsprojekte zu verschiedenen Themen im Bereich Transformation betrachten. Die Posterpräsentatoren stellen in dieser Zeit Ihre Forschungsprojekte vor und kommen gern über die Inhalte Ihrer Poster mit Ihnen ins Gespräch. Die Postersession beinhaltet folgende Beiträge:

“Studentische Nutzeinschätzung von Praktika in Fachkulturen mit unterschiedlichen Berufsfeldbezügen” - *Thomas Fischer (Universität Flensburg)*

“AHEAD - A Higher Education “Digital” for 2030” - *Dr. Klaus Wannemacher; Dr. Maren Lübcke (HIS-HE)*

“Transformation der Wissensgesellschaft durch Sorge” - *Richard Paluch (Uni Oldenburg)*

“Was ist ‘Institutional Research’ eigentlich wirklich und wozu soll das gut sein” - *Stefan Büttner (Universität Tübingen)*

“Wissenschaftliche Weiterbildung als Erfolgsmodell für den Ausbau des Hochschulsystems im Kontext des lebenslangen Lernens? Ein theoretischer Modellansatz” - *Anja Wurdack (OTH Regensburg)*

“Innovative Hochschule oder Innovateur in der Hochschule” - *Cindy Konen (Universität Flensburg)*

“Gesundheit, akademische Selbstwirksamkeit und Karriereintentionen von Promovierenden in Deutschland” - *Janine Lange; Dr. Andreas Sarcletti (DZHW)*

“Achtsamkeit als Mittel der Organisationsentwicklung eines Gesundheitscampus an der Medizinischen Hochschule Hannover” - *Dr. Michael Krohn; Kambiz Afshar; Monika Schwarze (MH Hannover)*

“Habitus oder rationale Wahl: Einfluss der Gründe zur Promotionsaufnahme auf die forschungsbezogene Selbstwirksamkeitserfahrung” - *Sonja Heuser; Daniel Lachmann; Martin Fischer (LMU/Medizin)*

“The impact of digitalisation on access in computer science study programmes in German higher education institutions” - *Sude Peksen (TU Dortmund)*

Podiums- diskussion

Freitag, 22.03.2019

09:00 - 10:15 Uhr / Hörsaal 6

Internationalisierung der Wissenschaft - Chancen und Potentiale internationaler Zusammenarbeit - Welche Rolle spielt sie für die Entwicklung der Gesellschaft?

Chair: Margret Bülow-Schramm, René Krempkow

5 DiskutantInnen vertreten jeweils eine erkennbare Position zu einem Thema vor dem Hintergrund ihrer Fachgesellschaft. Nach einer kurzen inhaltlichen Einführung, beantworten die Podiumsgäste in 3 Statementrunden Fragen zum Thema. Das Publikum kann sich im Anschluss an die Statementrunden mit Fragen und Kommentierungen an der Diskussion beteiligen.

Inhaltliche Einführung: Susan Harris-Hümmert (SRHE)

Podiumsgäste:

- Liudvika Leysite (GfHf)
- Antonia Scholkmann (dghd)
- Maria Kondratjuk (DGWF)
- Philipp Pohlenz (DeGEval)
- Anne Schreiter (Netzwerk Wissenschaftsmanagement)

English (Track VI)

Donnerstag, 21.03.2019

10:15 - 11:15 Uhr / Raum G40B-330

Transformation of Teaching at the Global South: The Maelstrom of Colombian Teacher Online Programs

Pedro Pineda (Universität Kassel)

The replacement of direct human interaction by the computer connected to the internet is one of the most radical reforms in the history of education. This particular use of information and communication technologies (ICT) to support teaching and learning processes has rapidly changed the educational dynamics and university experience of many of the more than 156 million people enrolled in higher education (UNESCO, 2018).

Statements about its functionality in the literature—which reproduce heroic stories about its implementation according to the imaginary model of how the university operates elsewhere—seem to be based more on an ideology rather than the effectiveness of its use. It is therefore necessary to study the institutionalization of online programs from approaches that do not assume their functionality in an a-critical way. The sociological, neo-institutional perspective of the theory of world society (Meyer & Ramirez, 2013) offers an alternative perspective, by allowing us to understand the expansion of online education as a modality of university training that is part of the package of pedagogical models and technologies that universities around the world adopt to show themselves and the general public that they are fulfilling their role of supporting national progress.

In the first part, we show chronologically how—unlike correspondence, radio and television—the internet is the only technology that has sought to replace human interaction in teacher education training in Colombia. By consulting databases, we describe the institutionalization of online programs in terms of a maelstrom with problems and tensions that occur while growing exponentially to represent 18.3% and 33.8% of the offer in higher education and educational sciences in Colombia. Through the online modality, the Corporación Universitaria Minuto de Dios and the Universidad Nacional Abierta y a Distancia in Colombia have become the universities with the highest number of students enrolled in online programs in the country, with 64,327 and 119,314 students, respectively (SNIES, 2018). In a second part, we compared the experience of 1,206 teachers who study postgraduate teacher training programs in Bogotá in both online and face-to-face modes through a student survey and a writing test. The results indicate lower weighted performances in the theoretical content and work volume among those who study their programs in the online modality, as well as a lower but statistically non-significant mean in teachers enrolled in online programs. On a theoretical level, our text shows how online education can be studied from different perspectives to a functional approach that takes its efficacy for granted. The institutionalization of online higher education and online teacher education did not occur in Colombia as an organized process of politician and intellectuals reviewing the state of the art in the literature before gradually adopting a new best practice. By contrast, the process has been chaotic expansion of online programs that resembles the metaphor of the maelstrom used in the title of the classic of Latin American modernist novel *La Vorágine* (Rivera, 1924/2013) to highlight the social chaos that followed the rubber rush in the Amazon basin.

Measuring mismatch in cognitive skills: implications for higher education in Russia

Vera Maltseva (Ural State University of Economics, Russland)

Skills are the new “global currency of the 21st-century economies” [OECD, 2012] and one of the key predictors of career success. Recently, the issue of skill mismatch has gained importance in the policy sphere. There appears to be a misalignment between the focus of the academic research on skill mismatch and policy initiatives. According to [McGuinness et al. 2017] only 28 percent of papers published on a mismatch in 2006-2016 examined the issues of skill mismatch (over-, underskilling, skill gaps, skill shortages), other literature is devoted to education mismatch, and mostly overeducation. At the same time, policy initiatives related to mismatch seem to be focused on combating forms of skill mismatch and tend to concentrate on initiatives aimed at enhancing responsiveness of the education, including HE, for anticipating and adapting to emerging employers’ needs. But the biggest challenge is that there is no widely accepted skill mismatch measure because of the complexity of the direct objective measurement of supply and demand for skills. Instead, a number of different approaches to measure skill mismatch have been suggested [Quintini, 2012; Allen et al. 2013; Pellizzari, Fichen, 2013; Perry et al., 2014; Pierre et al., 2014; Handel, 2017] and they entail different policy implications.

The study compares the approaches of measuring skill mismatch in cognitive skills used in both international (PIAAC, STEP, OECD Skills for Jobs Database) and national (in the EU, U.S. and Russia) projects. As a result, all measurement approaches are differentiated in three types: direct objective, indirect objective (or empirical) and direct subjective. Most approaches to measuring skill mismatch combine two types and almost none are direct objective in measuring both skill supply and demand. To the moment, O*NET base is the most comprehensive resource to measure skill demand directly, while ACT WorkKeys project is the one direct objective measurement of skill supply with immediate comparison with the need of this skill for the particular job. This measuring is available for job applicants, including students and graduates, and helps to prevent mismatch but in the limited number of skills. In this study, the U.S. approach of direct objective measurement of mismatch between supply and demand (ACT WorkKeys tests integrated to O*NET base) is approbated in Russia. As this approach is tested in Russia for the first time the prime goal is to check its adequacy in the context of Russian HE and labour market, the survey of the participating students and interviews with employers are conducted. WorkKeys approbation includes implementation of probe tests in Applied Math and Graphic Literacy (sample of 80 students), students’ feedback questionnaires and interviews with employers (the latter in progress). According to the students’ survey WorkKeys tests are valid (more than 90% agreed), 53% consider tests as ‘difficult’ and ‘rather difficult’ but there is no statistical relationship between this consideration and year of study. 83% of students agree that these two skills are improving during university studies, and 61% agree on the need for reshaping undergraduate programs in pursuit of further improvement of existing cognitive skills.

Donnerstag, 21.03.2019

11:30 - 12:30 Uhr / Raum G40B-330

Coercion, Mimesis, and Normativity in UK Social Science Doctoral Funding Policy

Richard Budd (Liverpool Hope University, Vereinigtes Königreich)

Research Question and Relevance

Policy scholars have long noted policies are a solution to a problem, but that they may not solve them, and they can also create un-/intended consequences. This is certainly the case of the UK's ESRC (Economic and Social Research Council) Doctoral Training Centre (DTC) policy. Upon its implementation, the number of universities able to offer state funding for social science doctorates shrank by half, a loss predominantly falling in the less 'elite' portion of the UK's stratified university sector. There is also some literature from within universities within DTCs which points to operational issues within the DTCs themselves, but there is relatively little research on this topic. This paper therefore seeks to address the following research questions:

To what extent – and for whom – did the ESRC Doctoral Training Centre policy represent a solution to a problem, and what were the further consequences?

The broader relevance here is that Performance-based Research Funding Systems (PRFSs) are increasingly prevalent, worldwide (Hicks, 2012). It will be suggested that the case of the DTCs, as a PRFS, may offer a useful example for further comparison with the implementation other policies of this type, and with other models of doctoral funding, elsewhere.

Theoretical Framework and Methodology

This paper is built around the neo-institutional argument from DiMaggio and Powell (1983) that organisational behaviour, rather than being driven principally by rationalisation on efficiency grounds, is heavily influenced by three other forces. These are, coercive alignment through rule-setting with related organisations, mimesis of other organisations for reasons of legitimacy, and normativity in terms of adherence to professional codes of conduct. This appears to offer a suitable framework for considering the research question suggested above. To investigate this, 30 senior academics or research managers were interviewed, on a semi-structured basis. The sample was drawn from 30 different universities from across the spectrum of status in the UK – those who had a DTC, those who lost access to state funding for social science doctorates during DTC policy period, and those who had always been excluded.

Findings

The findings show that the potential benefits of the DTC policy, at least as they were initially envisaged, were realised to some extent, but also that a number of factors hampered their ability to do so. Costs were saved, but only by the ESRC, and the creation and maintenance of DTCs required the commitment of significant time and resources from the universities involved. There was, for many interviews, a fine line behind the symbolic value of the ESRC 'badge' and the significant costs required to gain and retain it. There was evidence of coercive alignment – vertically

and horizontally - between the universities and the ESRC, and within and between universities, too. Mimesis was seen in that universities copied each other and other doctoral training models. Also, normativity was evident in the sense that, for some universities, having a doctoral programme - particularly a state-recognised one - was seen as essential to their organisational identity.

The Value of PhD in the Changing World of Work: traditional and alternative research career

Galina Volkova, Natalia Shmatko (National Research University — Higher School of Economics, Russland)

The main trend in the academic sector is a high supply combined with a low demand. Young researchers have to accept short-term employment contracts at early career stages, and get a chance to secure a permanent academic position only after several years. Therefore, about fifty percent of recent doctorate holders, especially those specializing in natural and engineering sciences, choose not to continue their academic career and move on to other areas, and a non-academic career frequently does not imply discontinuing research and development (R&D) activities. But universities keep maintaining that they train postgraduates for an academic career. Accordingly, new doctorate holders frequently do not receive a sufficient amount of information and support from the university which would help them to pursue a career outside the academic sector. So better understanding of socio-economic processes evolving in the academic and non-academic labor markets and a transformation of knowledge management are needed.

The main purpose of this research is to analyze career patterns of PhD holders and identify factors affecting their career success. Taking into account the approaches developed earlier in the framework of the sociology of science, the sociology of employment and the theory of life cycles, authors propose a new model of academic career. The model was tested on the data obtained during a survey among Russian researchers involving 828 respondents aged between 30 and 49 and employed by universities, research institutes, organizations of engineering services, industrial enterprises, medical centers and clinics.

Characteristics of researchers' employment obtained by the survey were quite different for academic and non-academic careers, while, within the academic sector, significant differences were revealed between research institutes and universities. Depending on the type of the organization, researchers have different salaries, demonstrate different publication and patent results, a different level of participation in international academic cooperation, and a different likelihood of receiving awards. However, despite these differences, all researchers estimate their chances to win recognition for their professional achievements at about the same level. It can be concluded that researchers use different variables to measure "recognition", and no single parameter or universal criterion can be adopted to measure research career success, but the interactions between variables must also be analyzed. Factor analysis was conducted to identify common important factors affecting success of research careers.

The analysis revealed five main factors determining the research career: recognition in the academic community; application of the scientific results in practice; implementation of research interests; formal criteria for successful employment (salary and level of position); mobility (including international). Parameters describing R&D careers can be grouped in line with the principle of extending the scope of professional realization and recognition: from the work matching the

researcher's personal interests ("subjective career") via recognition by the narrow professional community to a high status in the overall society (including in other subject areas and countries). Various career success criteria can be divided into specifically professional ones, primarily applied in the R&D sector, and more general ones, which can serve as measures of success in wider social circles too.

Donnerstag, 21.03.2019

13:30 - 14:30 Uhr / Raum G40B-330

What are the international students' success rates in Germany's Institutes of Higher Education?

Marita McGrory (Europa-Universität Flensburg)

International student success is a global theme, and with the increasing pressure on students and higher education institutions to accomplish an international portfolio, internationalization remains a concept with varying effects on HEIs. Although this development is encouraged and shaped by national policies, the diversity that international students bring to the HEI is also influenced by intergovernmental policies such as the Bologna Process (Hackl 2001). The impact of such policies goes beyond exchange programmes with the international diversity being considered as a positive attribute to the HEI's portfolio (Rienties et al 2012). However, there remains a dearth of knowledge surrounding international student success, and the increasing demand on students to succeed and experience internationalization gives cause for this work to analyse what the international student success rates are in Germany's HEIs. Focussing on Bachelor and Master degree programmes in economics, mechanical engineering, and architecture, this work defines three different groups of students:

- 1) German students with German HEI-entrance qualification,
- 2) non-natives with a German HEI-entrance qualification, and
- 3) international students with an international HEI-entrance qualification.

Whilst Australia and Canada compete to maintain and attract international students, they also offer stable and safe environments (Mazzarol Soutar 2002). Both countries are more enticing in the wake of uncertainty rebounding around the US under Trump and the UK amidst a Brexit (NY Time 2017, Hunter and de Witt 2016). Therefore, understanding students' success and their temporal development is relevant for the HEIs because it lends insight into the success rates of different degrees, their comparative uptake by students, and the success rates of different types of students. This is important for both HEIs and students alike, for it sheds light on development within and between the HEIs, and probes possible path dependencies amongst varying cohorts. Furthermore, it explores whether a changing heterogeneity in a cohort contribute to the complexities of student success rates (Bowman 2011).

The chosen fields of study incorporate the most frequented programmes in Germany. Identifiable differences facilitate in interpreting emerging trends amongst the migrant students in comparison to the national students. Both migration systems theory (Mabogunje 1970) and Tinto's (2012)

theories of integration are applied to gain a better understanding of international students and their success rates.

The pertinence of student success in Germany has encouraged the German Ministry for Education to support analysing the student success rates in Germany's HEIs with restricted data. The databank contains the federal data of all student registrations in Germany from 1995-2015, and all student final exams from 1996-2015, and the employee data from 1998-2015. A multivariate cohort analysis specifies full-time students with their first-time registration in the respective degree courses. Further factors such as the type of HEI (University/ Technical University/ Universities of Applied Sciences), and state and private HEIs are included in the analyses. The duration of the study time and the final examination results are included in defining different levels of student success.

Organizational Development Related to Digital Performance Data Management in Learning and Teaching. A Case Study of Six European Universities Based on Benchlearning and Strategic SWOT Analysis

Theodor Leiber (Evaluationsagentur Baden-Württemberg)

Background and motivation

Higher education worldwide is characterized by increasing 'massification', digitization, globalization and competition, all under the condition of decreasing resources. Therefore, there is a strong need in higher education institutions (HEIs) for development-oriented quality management (QM) and evidence-based organizational change and development (EBOCD) to make HEIs fit for facing future challenges through targeted strategy building and implementation.

Against this backdrop, a case study of EBOCD in six European universities related to their digital performance data management (DPDM) models in learning and teaching (L&T) is presented. The universities from Austria, Belgium, Italy, Poland, Portugal and the United Kingdom are cooperating in an EU-funded project for strategic partnership.

Goals and methodology

The project aims at establishing a comprehensive set of performance indicators and their framework in DPDM in L&T. Thereby, the project contributes to the 'Research on Indicators of Teaching Quality' recently recommended to the European Parliament. The project builds on available models of (D)PDM in L&T, a literature analysis, benchlearning and surveys with respect to (D)PDM models of the participating HEIs, and external experts' knowledge. The project follows the fundamental goals of QM and EBOCD. In a first step, the project universities carried out a benchlearning exercise related to their respective DPDM models in L&T. This project step followed the main principles of good university benchlearning, among them: selecting partners that one can learn from; conceiving benchlearning as an ongoing activity; incorporating the feedback into the performance improvement. Furthermore, the following benchlearning tools were used: self-evaluation (benchlearning) reports; document analyses; structured focus group discussions and interviews.

In a second step, the six universities further developed and refined the initiated strategic SWOT analysis. Several sub-dimensions of their DPDM models in L&T were taken into consideration, e.g. 'PIs, broadly construed', 'software solutions', 'learning analytics', 'ethics of DPDM', and 'policy framework'.

Preliminary results

Among other things, benchlearning and strategic SWOT analyses exhibit the need of several EBOCD initiatives to further develop, improve and refine the DPDM models of the case study universities. In that sense, academic management and self-governance in DPDM in L&T have the following organizational transformation needs:

Procedures of data processing and communication, software platforms and responsible bodies for collecting and interpreting PIs must be (further) developed to improve quality as well as usability and accessibility of data and information. Particularly, there is a need for better organizing DPDM systems that avoid multiple island solutions and unnecessary resources' consumption.

The 'real' performance monitoring needs of HEIs must be balanced with various policy demands originating from traditional disciplinary attitudes as well as from education politics.

Processes, bodies and human resources for fostering participative responsibility for DPDM including more efficient decision-making of collegial bodies must be established.

Educational strategies (mission, values, vision) must be established, including the prospects and ambiguities of DPDM and learning analytics.

Currently, the following success factors of DPDM can be identified: justifiable belief in success promises of DPDM; leadership engagement; reflected information ethics; financial climate. All of them are only present in rudimentary ways, or not at all, in the case study HEIs.

Donnerstag, 21.03.2019

15:00 - 16:30 Uhr / Raum G40B-330

The emergence of interdisciplinary structures in academic project settings – A case study of inclusive teacher training at a German university

Anna-Lena Rose (TU Dortmund)

Over the course of the past decades, interdisciplinarity has become a focus of policy makers and funding agencies and there is increasing demand and encouragement for academics to produce knowledge in multidisciplinary or interdisciplinary collaborations and to convey knowledge to students in interdisciplinary teaching programmes (Cummings & Kiesler, 2005; Henkel, 2007; Holley, 2009) – among other to address societal challenges, which are of increasingly complex nature and can oftentimes no longer be approached with questions and methods from single disciplines. While existing literature in the field of higher education does include many studies on academic collaboration and brings forward a broad range of assumptions of phenomena presumably constitutive of interdisciplinarity, there is a lack of knowledge specifically with regard to the emergence of structures across disciplinary boundaries as well as a lack of understanding of processes that produce and transform interdisciplinarity relationships (Jacobs & Fricke, 2009).

Drawing upon theories of organisational change and –learning, social theory (e.g. Giddens' structuration theory) and governance theories, this research project does therefore focus on facilitating understanding of the emergence of interdisciplinary structures across traditional faculty boundar-

ies at German universities. An ethnographic single case study of a project for inclusion oriented teacher education at a technical university in Germany, which is funded within the scope of the federal ministry initiative "Qualitätsoffensive Lehrerbildung", is employed. The case has been selected because the broad range of actors involved (academics on different levels from various disciplines faculties, members of the rectorate, and representatives of university administration) is likely to lead to dynamics of conflict between managerial and collegial decision making by incorporating elements of both bottom-up and top-down implementation and, as such, reflects organisational complexity of the university as a whole. Within the scope of this presentation, I would like to present first findings, which are based on participatory observation and a first round of targeted data collection, which consisted of a focus group discussion among early- and mid-career researchers in the project (June 2018) and 14 interviews with a range of project participants in different positions (August-November 2018). The findings will provide a first overview of the kind of interdisciplinary structures that emerge and who participates in them. While preliminary findings concerning barriers for the emergence of interdisciplinary structures (e.g. lack of time, disciplinary differences, pre-existing structures) are not surprising, our data points to interesting dynamics and conflict between bottom-up and top-down implementation as well as attempts to shift agency from the top of the project to early- and mid-career researchers.

Governance of the third mission at a multi-campus university: the case of cooperative study programs

Benjamin Schiller (TU Dortmund)

Cooperative higher education in Germany combines features of the domestic vocational education and training system (VET) with higher education. According to the German Science Council (GSC) (Wissenschaftsrat, 2013) the concept closes a gap in the tertiary education system. In a decade, the numbers have grown significant. For example, the number of engaged profit/non-profit organizations has doubled from 18,100 to 42,500 (BIBB, 2016). Furthermore, cooperative teaching promises a stable success rate of university studies (Statistisches Landesamt Baden-Württemberg, 2016) and this resulted in a positive reception in industry and in higher education policy. Any longer, the GSC (Wissenschaftsrat, 2012, 2013, 2014) denotes cooperative teaching as a strategic feature within the national higher education systems' differentiation process, which takes place at two levels: The program level combines academic learning with workplace training due to a close collaboration between university and industry professionals (micro-level). Then, on the institutional level (meso-level), universities collaborate with profit/non-profit organizations in order to provide skilled work force by putting 'employability' as main feature at the center of course offers. In addition, an important objective of higher education policy is met. These characteristics show a specific type of 'university-industry' interaction, and literature designates it as third mission (Jongbloed, Enders, & Salerno, 2008; Laredo, 2007). In order to that, the university adopts 'employability' and responds with a common shape and coordination of curricula for study courses, serving regional labor markets (Laredo, 2007). Scholars describe third mission contains a complex web of stakeholders and a structurally conditioned governance problem (Graf, 2013; Krone, Mill, Schütz, Ratermann, & Hähn, 2015). Furthermore, governance of third mission in the case of cooperative teaching has not merited much attention in literature to date. Therefore, our research project addresses the following question: How do stakeholders influence the governance of cooperative

study programs in context of a multi-campus university? A range of sub-questions guides our research question. For our research, we use the Baden-Wuerttemberg Cooperative State University as case study institution. Literature indicates it as a prime example of cooperative teaching in Germany (Maschke, 2015; Thies, 2015; Wissenschaftsrat, 2013). We assume the case reveals main characteristics of third mission governance and provides insights into a multi-campus university. Research has shown, that third mission represents a challenge to higher education governance in general, boosts blurring boundaries between institutions and changes the work of the academic profession (Jongbloed et al., 2008; Krone et al., 2015; Leišytė & Dee, 2012). Furthermore, a lack of research constitutes a fact and if so, a fuzziness of definitions and variety of models impede studying the phenomenon in general (Brünner, Chvosta, & Oertel, 2016; Wissenschaftsrat, 2013). For this reason, we build upon the original model of cooperative higher education, the so-called practice-integrated model (Wissenschaftsrat, 2013, 2014). A typical characteristic is the structural rooted alternation between academic training at university and practical training at profit/non-profit organizations.

For our theoretical exploration, we build upon a 'theoretical model' encompassing stakeholder theory, conceptualizations of higher education governance and third mission. Freeman's Stakeholder Theory (Freeman, 1984; Freeman, Harrison, Wicks, Parmar, & Colle, 2010) puts stakeholder involvement in university governance at the center and the stakeholder salience concept (Logemann, 2014; Mitchell, Agle, & Wood, 1997) makes 'definitive stakeholders' of cooperative teaching visible: (1) professors, (2) students and (3) representatives from profit/non-profit organizations as well as ministry representatives. Stafford Beer's Viable System Model (Beer, 1984, 2008) promotes to gain an understanding of stakeholder localization and their underlying role in university governance in the context of a multi-campus university. Furthermore, we interpret higher education governance as steering and influencing behaviour through structures, relationships, processes and stakeholder involvement (Austin & Jones, 2016; OECD, 2008). Supplementary, the governance equalizer concept provides five dimensions to gather insights into the specific governance nature of a university (de Boer, Enders, & Schimank, 2007). Furthermore, conceptualizations of third mission help us to explore the 'emerging hybrid organization' in its social context (Etzkowitz, 2008; Etzkowitz & Leydesdorff, 2000) in the case of 'knowledge dissemination' (vice versa interpretation of Mode 2) (Gibbons et al., 1994; Nowotny, Scott, & Gibbons, 2003) and the 'stakeholder participation' in 'university's decision-making' (Bleiklie & Kogan, 2007; Jongbloed et al., 2008).

We conduct a single case study with integrated cases. This provides a suitable design for the examination of the question of 'how' stakeholders exert influence on governance of cooperative teaching and our empirical inquiry studies a contemporary phenomenon in its real-life context (Phelan, 2011; Seawright & Gerring, 2008; Yin, 2014). The DHBW case provides a central organizational unit as a larger unit of analysis (meso-level), which bears responsibility for the overall organization and further provides a basis for an extensive analysis for an insights' enhancement via campuses (micro-level). As primary data, we use 26 interviews carried out in the period between August to November 2018 with a duration from 30 to 70 minutes. The interviews were recorded as MP3-file and transcribed verbatim. The section is supplemented by interview notes and website data. As secondary data, we build upon documents (political concept papers, corporate documents). Our data selection follows the rationale of 'data triangulation' (Flick, 2011) and we conduct data analysis following the concept of 'qualitative content analysis' (Mayring, 2008).

We conduct our data analysis during the winter term 2018/2019 and we expect to present preliminary findings at the end of the first quarter of 2019. We expect the following results: stakeholders

exert influence on the governance of cooperative teaching via a complex multi-level committee system. Such a committee system integrates 'definitive stakeholders' and their interests concerning matters of cooperative teaching. The goal is to acquire balanced decisions at the end of an intense negotiation and decision-making process. Profit/non-profit organization representatives receive an institutional membership at the university in general and therefore they are able to exert influence, concerning for example in strategic direction setting on study course portfolios or on an adjustment of operated study programs to local needs. Professors take on the role as 'creator' and 'guardian' of the study programs and the underlying curricula and they bear responsibility for all academic matters in general. Interview data show, that cooperative study programs perform in an orderly flow at the micro-levels. On the meso-level, the nature of the multi-campus university reveals a high complexity with 'heavy burdens to carry' (Austin & Jones, 2016; Pinheiro & Berg, 2016). For example, a struggle for financial resources or particularities of single campuses reflects this statement

